
144/KOMM XXIII. GP

Kommuniké

**des Untersuchungsausschusses hinsichtlich der Vertuschung von
Polizeiaffären und des Missbrauchs der politischen Macht insbesondere im
Bundesministerium für Inneres, aber auch in den Bundesministerien für
Justiz, für Finanzen und für europäische und internationale
Angelegenheiten (129/GO XXIII. GP)**

Untersuchungsausschussprotokoll (129/GO) 6. Sitzung, 23. April 2008 - öffentlicher Teil

Der Untersuchungsausschuss hinsichtlich der Vertuschung von Polizeiaffären und des Missbrauchs der politischen Macht insbesondere im Bundesministerium für Inneres, aber auch in den Bundesministerien für Justiz, für Finanzen und für europäische und internationale Angelegenheiten hat am 7. März 2008 einstimmig beschlossen, alle Protokolle (bzw. Tonbandabschriften) der öffentlichen Teile der Sitzungen dieses Untersuchungsausschusses im Internet auf der Homepage des Parlaments gemäß § 39 Abs. 1 GOG als Kommuniké zu veröffentlichen.

PROTOKOLL

**Untersuchungsausschuss
hinsichtlich**

**der Vertuschung von Polizeiaffären und des Missbrauchs der politischen Macht
insbesondere im Bundesministerium für Inneres, aber auch in den Bundesministerien für
Justiz, für Finanzen und für europäische und internationale Angelegenheiten**

6. Sitzung/ öffentlicher Teil

Mittwoch , 23. April 2008

Gesamtdauer der Sitzung:

10:16 Uhr – 18:56 Uhr

Hinweis: Allfällige von Auskunftspersonen bzw. Sachverständigen erhobene und vom Untersuchungsausschuss anerkannte Einwendungen gegen Fehler der Übertragung vom Tonträger in das Protokoll werden in späteren Protokollen angeführt.

Wien, 23. April 2008

Mag. Johann Maier

Schriftführer

Dr. Peter Fichtenbauer

Obmann



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

Untersuchungsausschuss

hinsichtlich

**der Vertuschung von Polizeiaffären und des Missbrauchs der politischen Macht
insbesondere im Bundesministerium für Inneres, aber auch in den
Bundesministerien für Justiz, für Finanzen und für europäische und internationale
Angelegenheiten**



PROTOKOLL

(verfasst vom Stenographenbüro)

6. Sitzung

10.16 Uhr – 18.56 Uhr

(öffentlicher Teil)

Mittwoch, 23. April 2008

Lokal VI

Auskunftspersonen

(6. Sitzung; 23. April 2008)

<i>Dr. Herwig Haidinger</i>	3
<i>Dr. Helmut Salomon</i>	52
<i>Bernhard Treibenreif</i>	83
<i>Gegenüberstellung Haidinger – Treibenreif</i>	108
<i>Bernhard Treibenreif</i>	112

*Die Beratungen des Untersuchungsausschusses beginnen um 10.16 Uhr und finden bis 10.44 Uhr unter **Ausschluss der Öffentlichkeit** statt. (s. dazu gesonderte **Auszugsweise Darstellung**; „**nichtöffentlicher Teil**“.)*

10.45

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer leitet – um 10.45 Uhr – zum *öffentlichen* Teil der Sitzung über und ersucht darum, als *erste Auskunftsperson* Herrn **Dr. Herwig Haidinger** in den Saal zu bitten.

(Die Auskunftsperson Dr. Herwig Haidinger wird von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)

Der Obmann teilt noch mit, dass das Telefonat mit der Bundesministerin für Justiz stattgefunden hat und dass erklärt wurde, dass keine Blockade ausgesprochen wird. Der Obmann ersucht daher die Parlamentsdirektion, die Scannung vorzunehmen.

Der Obmann begrüßt sodann – nach einem Hinweis an die anwesenden MedienvertreterInnen, dass Fernseh- und Hörfunkaufnahmen und –übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig seien, derartige Geräte außerhalb des Saales zu lassen und Mobiltelefone abzuschalten seien – Herrn **Dr. Haidinger** als *Auskunftsperson*, dankt für dessen Erscheinen, erinnert ihn an die Wahrheitspflicht und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage – eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und gibt seine Personalien wieder, die von Dr. Haidinger als korrekt bestätigt werden:

Dr. Herwig Haidinger; geboren am 24.1.1954; Adresse: Bundesministerium für Inneres, 1014 Wien; Beruf: Beamter.

Der Obmann weist Herrn Dr. Haidinger als öffentlich Bediensteten darauf hin, dass er sich gemäß § 6 der Verfahrensordnung bei seiner Einvernahme nicht auf die Amtsverschwiegenheit berufen dürfe, dass seine vorgesetzte Dienstbehörde, das Bundesministerium für Inneres, von seiner Ladung und den Themen der Befragung in Kenntnis gesetzt worden sei und keine Mitteilung gemacht habe, dass sie die Wahrung der Vertraulichkeit seiner Aussagen für erforderlich halte.

Der Obmann verweist auf die schriftliche Belehrung über die Aussageverweigerungsgründe gemäß § 7 der Verfahrensordnung und fragt die Auskunftsperson, ob einer dieser Gründe bei ihr vorliege.

Dr. Herwig Haidinger (Bundesministerium für Inneres): Ich werde das im Fall einzelner Fragen an mich prüfen. Ich wurde mehrfach von Abgeordneten der ÖVP in

die Nähe eines Verdachts gerückt, rechtswidrig gehandelt zu haben, ich wurde auch in die Nähe des Verdachts gerückt, ein Protokoll weitergegeben zu haben, das Einvernahmeprotokoll Staatsanwalt Gildemeister, und andere Dinge. – Damit bin ich möglicherweise allenfalls der Gefahr einer strafrechtlichen Verfolgung ausgesetzt, sofern ein dazu befugtes Organ das als Grundlage für Ermittlungen heranzieht.

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Gut, das ist also im gesamten Inhalt des § 7 nicht der Fall, sondern Sie verweisen darauf, dass Sie einzelne Fragen gegebenenfalls im Hinblick auf die von Ihnen angeführten Gründe nicht beantworten würden.

Vor Eingang in die Befragung haben Sie die Möglichkeit zu einer zusammenhängenden Erzählung der den Gegenstand des Zeugnisses bildenden Tatsachen. Wollen Sie von dieser Möglichkeit Gebrauch machen oder nicht?

Dr. Herwig Haidinger: Ich möchte ein kurzes Statement dazu abgeben, Herr Vorsitzender.

Abgeordneter Mag. Helmut Kukacka (ÖVP): Ich habe das leider wirklich sehr schlecht verstanden, ich bitte um Vergebung. Ich möchte Herrn Dr. Haidinger noch einmal fragen: Können Sie ... (Abg. **Krainer:** Keine Fragen, bitte!) Doch! Es geht um seine Entschlagungsgründe, Herr Kollege Krainer. Und ich würde vorschlagen – ich weiß, das gilt auch manchmal für mich –, dass wir es dem Vorsitzenden überlassen, ob er mir das Wort erteilt, und dass Sie hier nicht mich unterbrechen und einen Kommentar dazu abgeben. Darum würde ich ersuchen. (Abg. **Krainer:** Zur Geschäftsordnung können Sie sich eh zu Wort melden, aber nicht als Frage!)

Ich will ja eigentlich nur – und warum es da ein Problem geben sollte, verstehe ich nicht –, dass Herr Dr. Haidinger wiederholt, warum er sich hier möglicherweise bei einigen Punkten oder bei einigen der Fragen, die gestellt werden, entschlagen möchte. Ich ersuche nur, dass er das kurz wiederholt.

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Ich bitte um Entschuldigung: Ich lasse keine diesbezüglichen Wortmeldungen mehr zu, weil es gemäß § 7 der Verfahrensordnung der Auskunftsperson im Falle der *einzelnen* Frage obliegt, eine Aussageverweigerung samt Begründung vorzunehmen oder nicht. – Eine allgemeine Debatte über den Inhalt des § 7 bitte ich, nicht durchzuführen. (Abg. **Dr. Jarolim** – auf Abg. **Mag. Kukacka**weisend –: *Er ist auch nicht zur Rechtsberatung beauftragt!*)

Ich bitte Herrn Dr. Haidinger, mit seinen Ausführungen zu beginnen.

Dr. Herwig Haidinger: Mir wurde immer wieder der Vorwurf gemacht, ich würde aus Rache, weil ich frustriert bin, und wie auch immer, diesen Weg gehen. – Ich habe mich für diesen Weg entschieden, und zwar aus einem guten Grund: Ich möchte, dass sich die Unternehmenskultur im Innenministerium grundlegend ändert. Ich habe in den letzten Wochen und Monaten Anrufe und Mails von Leuten aus dem Innenministerium bekommen, die im Wesentlichen immer ein und dasselbe sagen: Ja, das bist du, und irgendwie ist es schön zu sehen, dass Leute, die in Funktionen kommen, wie du gekommen bist, diese Charaktereigenschaft immer noch haben! – Das ist mein Antrieb, das ist mein Motiv. Alles andere ist Unterstellung.

Ich habe bisher, auch wenn ich nicht unter Wahrheitspflicht stand, die Wahrheit gesagt, und ich werde sehr genau darauf achten, hier wahrheitsgemäß zu antworten.

Ich möchte noch eines auszuführen zum Thema Aktenübermittlung – für das Allgemeinverständnis –: Ich war ab 4. Februar 2008 bis 21. April 2008 auf Urlaub. Während dieser Zeit bin ich von meinem neuen Vorgesetzten, dem Direktor der Sicherheitsakademie, angerufen worden – es war dies am 31. März und am 2. April –, und am 2. April hat er mir mitgeteilt, dass ich alles für den Ausschuss Relevante im Wege der Linie an den Dienstvorgesetzten, nämlich an ihn, zu übermitteln habe. – Das

ist eine Selbstverständlichkeit. Ich habe ihm darauf aber gesagt: Das kann ich derzeit nicht, weil ich keinen Zugriff auf meine E-Mails habe! – Ich hatte erst wieder nach vielfacher Intervention durch den Helpdesk im Innenministerium, durch den Direktor der SIAK später, erstmals am 15.4., etwa um 15.30 Uhr, wieder Zugriff auf meine E-Mails. Bis dahin konnte ich damit nicht arbeiten.

Ich habe in den letzten Nächten diese E-Mails übersichtsweise durchforstet. Ich habe bisher einige relevante gefunden. Ich werde alles relevante Material sehr genau dokumentieren und im Wege der Linie auch vorlegen.

Ich habe, weil ich gestern in der APA die Aussendung des Herrn Abgeordneten Kukacka gelesen habe: ich sei an einer Aufklärung nicht interessiert, und welches Spiel ich denn spielen würde, bis ... – ich habe es nicht mehr genau im Kopf; aus meiner Sicht sind Vorwürfe darin erhalten –, auch E-Mails herausgesucht. Demnach wird mir wieder einmal – und das verstehe ich nicht, warum Sie das machen – versucht, mich schlechtzumachen, es wird versucht, meine Glaubwürdigkeit anzuzweifeln. Und das letzte und aktuellste Beispiel ist eben dieses, und da steht *auch* über die Glaubwürdigkeit etwas drinnen.

Jetzt hatte ich in diesem Zusammenhang im Kopf: Ich habe doch informiert!, und habe zwei E-Mails gefunden. Die kann ich hier jederzeit aufrufen. Die werde ich auch meinen Vorgesetzten vorlegen. Es geht darum: In der Fallführung BAWAG habe ich eine Reihe von Ausführungen gemacht, die ich im Einzelnen jetzt nicht ausführe – Sie werden mich dazu ja wohl fragen –, herausgesucht, und alles im Zusammenhang mit der BAWAG Stehende, was derzeit an Vorwürfen vorliegt, ist in einem Mail vom 29.6.2007 an den Sektionschef I, Dr. Franz Einzinger, schon enthalten. – 29.6.2007! Diese E-Mail habe ich, mit eben dem Wortlaut, am 12.7.2007 an den Stellvertretenden Kabinettschef Dr. Wechner, an das Funktionspostfach **BMI-IV-6-BIA@bmi.gv.at** und an den Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit auf sein Namenspostfach gesendet. Am 29.6.; und am 12.7. ... (Abg. Mag. **Kukacka**: Wann? 29. ...?) – Am 29.6. ging die erste Sendung mit ebendiesem umfangreichen Inhalt an den Leiter der Sektion I, Dr. Franz Einzinger. Am 12.7. ging diese E-Mail vollinhaltlich und unverändert an die eben erwähnten Adressaten.

Das heißt, ich habe aus meiner Sicht spätestens zu diesem Zeitpunkt *nachweislich* über diese Vorkommnisse berichtet. – Wenn man mir vorhält, ich hätte nicht korrekt gehandelt und hätte nicht informiert, kann ich diese E-Mails selbstverständlich jederzeit vorlegen. Im Übrigen sind diese E-Mails Aktenbestand im Innenministerium, denn ich habe sie ja abgesendet an Empfänger, und dort müssen sie aufliegen. – Danke schön.

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer erteilt als erstem Fragesteller Abg. Mag. Kukacka das Wort.

Abgeordneter Mag. Helmut Kukacka (ÖVP): Herr Dr. Haidinger hat einleitend auch etwas zu seiner Motivlage gesagt. Das ist seine Interpretation. Die akzeptiere ich selbstverständlich so. Ich möchte aber doch, weil Sie das erwähnt haben, noch einmal kurz den Zusammenhang herstellen:

Am 1. Februar ist ein neuer Chef des Bundeskriminalamtes, Herr Franz Lang, bestellt worden beziehungsweise ist das veröffentlicht worden. Es liegen hier die entsprechenden Pressemeldungen darüber vor. Haidinger hat das in einem Interview, in einem APA-Gespräch kommentiert: Man sei äußerst schäbig mit ihm umgegangen; es gab kein Danke, keine Auszeichnung, nichts. – Das möchte ich festhalten.

Es ist dann sofort im Anschluss, am selben Abend, in der ORF-„ZiB 2“ festgehalten worden, dass das ein Thema im Innenausschuss werden wird, dass am Dienstag der Innenminister zu einer Aussprache erwartet wird und dass da auch dieses Thema eine

Rolle spielen wird. – Es ist dann ja auch im Gleichschritt Herr Dr. Haidinger mit Herrn Dr. Pilz vor dem Ausschuss erschienen, und es sind dann dort die entsprechenden Vorwürfe vorgebracht worden.

Das heißt, es war klar, es hat hier ein entsprechendes Zusammenwirken mit Herrn Dr. Pilz gegeben. Es sind Aktenbestände in die Öffentlichkeit gekommen, die eigentlich damals selbstverständlich noch unter dem Amtsgeheimnis gelaufen sind. Herr Dr. Pilz hat diesen E-Mail-Verkehr auch auf seine Homepage gestellt – allerdings natürlich nicht alles, aber einiges; unter anderem nicht dieses ominöse E-Mail, das einige Zeit später in der „Kronen Zeitung“ erschienen ist, wo Sie, Herr Dr. Haidinger, an einen Kabinettsmitarbeiter geschrieben haben: „Versuch nicht, mich auf dem Gebiet von Information und Desinformation zu schlagen. Das kannst Du nicht so gut wie ich.“ Ich würde meinen, Sie sollten uns schon noch einmal erklären, was Sie denn eigentlich damit gemeint haben, dass sie ein *Meister der Desinformation* sind und dass das eigentlich niemand so gut kann wie sie.

Herr Innenminister Platter hat darauf hingewiesen, dass die Vorwürfe nicht in seine Ressortzeit fallen, und er hat auch sofort die Staatsanwaltschaft eingeschaltet; ebenso das BIA, das auch sämtliche Vorwürfe des Dr. Haidinger erhalten hat. Die Volkspartei hat im Übrigen – ich sage das nur wegen der Diskussion der letzten Tage – in diesem Zusammenhang am 15. Februar einen Bericht, eine Sachverhaltsdarstellung an die Staatsanwaltschaft gerichtet, in der darauf hingewiesen wurde, dass diese Informationen durch rechtswidriges Verhalten in die Öffentlichkeit gekommen sind und dass das entsprechend untersucht werden muss. – Diesbezügliche Untersuchungen und Erhebungen der Staatsanwaltschaft sind ja bekanntlich noch in Gang.

Dieses Zusammenspiel zwischen Herrn Dr. Pilz und Herrn Dr. Haidinger gibt es ja nicht erst seit diesem Fall Anfang Februar dieses Jahres. Es liegt mir ein Aktenvermerk vor, der dieses Zusammenspiel dokumentiert, und zwar von Frau Vizedirektorin des Bundeskriminalamtes Dr. Andrea Raninger. Dieser Aktenvermerk liegt natürlich nicht nur mir vor, sondern er ist natürlich auch im Akt entsprechend vorgesehen. (*Abg. Dr. Jarolim: Entschuldigung, was heißt „vorgesehen“? – Abg. Parnigoni: Er ist schon im Parlament!*) Ja selbstverständlich ist er im Akt, selbstverständlich ist er schon da. Sie können sich 100-prozentig darauf verlassen, dass ich nur aus Beständen zitiere, die dem Haus und daher auch Ihnen, Herr Kollege, vorliegen.

Frau Dr. Raninger schreibt – und das dokumentiert auch das langjährige Zusammenspiel mit Herrn Kollegen Pilz, denn dieser Aktenvermerk stammt vom 14.11.2004 –:

Der Abgeordnete zum Nationalrat Dr. Pilz hat erstmalig am 2.11.2004 nachmittags in der Direktion des Bundeskriminalamtes angerufen und wollte Dr. Haidinger sprechen, der sich allerdings zu diesem Zeitpunkt auf Dienstreise befunden hat. Es wurde um dringenden Rückruf durch Dr. Haidinger oder die Stellvertreterin gebeten.

Am 3.11. hat sie dann Herrn Dr. Pilz zurückgerufen, und Dr. Pilz hat mitgeteilt, dass ihm in der Sache Bürstmayr/Lorenz Dr. Haidinger ein persönliches Gespräch über den Sachverhalt versprochen hätte.

Es ist dann dazu gekommen, dass Frau Dr. Raninger – alles im Akt entsprechend nachzulesen – gesagt hat, nein, sie sei mit diesen Fällen nicht hinreichend vertraut, müsse sich erst informieren und müsse in dieser Frage auch mit dem Direktor und dem zuständigen Abteilungsleiter Rücksprache halten.

Pilz wollte wissen, wann in diesen beiden Fällen das Kabinett der Frau Bundesministerin beziehungsweise des Herrn Bundesministers das erste Mal verständigt wurde und ob entsprechende konkrete Aufträge des Kabinetts an das Bundeskriminalamt ergangen sind beziehungsweise welche Aufträge in diesem

Zusammenhang ergangen sind. Nach Ansicht von Dr. Pilz seien diese Fragen leicht zu beantworten, da diese Fakten eindeutig aus dem Akt hervorgehen sollten. – Frau Raninger sagt: Diese Fragen können zum jetzigen Zeitpunkt nicht beantwortet werden. Es hat dann ein weiteres telefonisches Gespräch mit Dr. Pilz stattgefunden. Frau Dr. Raninger hat gesagt, nein, sie könne darauf keine Antwort geben, und im Übrigen gemeint, es gebe ja in der Frage bereits eine parlamentarische Anfrage: Da wird der Sachverhalt dargestellt, gedulden Sie sich, bis diese parlamentarische Anfrage kommt!, so Frau Dr. Raninger.

Pilz sagt: Nein, damit bin ich in keiner Weise einverstanden. Ich will nicht zwei Monate auf die Beantwortung dieser Fragen warten. Ich plane, sagt er, für die nächste Woche eine Pressekonferenz und hätte genug Material, um die missbräuchliche Vorgangsweise nachzuweisen. Außerdem, so Pilz, bekäme er sowieso alle Informationen, die er wolle, und sei nicht auf jene von mir angewiesen.

Das BKA würde durch die Nichtbeantwortung seiner Fragen nur Schwierigkeiten bekommen, hat er gesagt. Er bestand weiter auf eine rasche Beantwortung, verwies neuerlich auf eine angebliche Zusage von Dr. Haidinger und erwartete, dass ihn Haidinger nach seiner Rückkehr telefonisch kontaktiert.

Klar ist also: Es gibt seit langem Kontakt zu Haidinger. Es hat eine Zusage von Haidinger an Pilz gegeben – zur Information in einer Frage, die möglicherweise strafrechtlich relevant ist und die ganz sicherlich das Amtsgeheimnis betrifft. Und es hat eine eindeutige Drohung von Pilz gegenüber dem BKA und Frau Dr. Raninger gegeben, dass sie Schwierigkeiten bekommen würden, wenn sie nicht diese Auskunft an ihn erteilen.

Das, meine Damen und Herren, gibt einen tiefen Einblick in dieses Zusammenspiel, und das ist auch ein unakzeptables Rechts- und Selbstverständnis, dass mit Drohungen von einem Abgeordneten gegen eine Behörde vorgegangen wird, damit die Amtsverschwiegenheit durchbrochen wird. Ich glaube, das sagt alles in diesem Zusammenhang, und ich ersuche Sie, Herr Dr. Haidinger, auf diesen Vorwurf entsprechend einzugehen und Ihr Verhalten diesbezüglich zu erklären.

Ich möchte Ihnen auch die ganz wichtige Frage stellen, warum Sie eigentlich den Dienstweg nie eingehalten haben? Warum haben Sie Generaldirektor Buxbaum als Ihren direkten Vorgesetzten nicht von Ihrer Kritik, von Ihren Vorwürfen, von angeblich rechtswidrigem Verhalten, das man von Ihnen verlangt hat, vom Amtsmissbrauch, der angeblich begangen wurde, informiert? Dr. Buxbaum war Ihr Dienstvorgesetzter, und er gehört angeblich auch noch einer anderen Partei als die Frau Bundesministerin beziehungsweise der frühere Bundesminister an.

Ich habe gestern Herrn Generaldirektor Buxbaum auf seine Aussage bei der Marent-Kommission angesprochen. Dort hat Herr Generaldirektor Buxbaum festgehalten, auch und vor allem im Zusammenhang mit dem ganzen BAWAG-Komplex, von dem wir heute auch reden:

Ich möchte in diesem Zusammenhang dezidiert festhalten, dass ich von Haidinger vor seinen schriftlichen Behauptungen in Richtung unkorrektes Verhalten von Angehörigen im Zusammenhang mit der BAWAG-Causa *nie* irgendeine Mitteilung oder einen Hinweis erhalten habe. – Zitatende.

Das hat Herr Dr. Buxbaum vor der Marent-Kommission ausgesagt. Ich habe ihm das gestern vorgehalten, und er hat gestern gesagt: Ja, das stimmt. Ich habe bis zum heutigen Tag – hat er gestern gesagt – von Haidinger nie eine Mitteilung oder einen Hinweis dazu erhalten. – Zitatende.

Betreffend Ursachen und Gründe für die ganzen Probleme, die es in diesem Zusammenhang mit Herrn Dr. Haidinger im BKA gibt, hat Kollege Hornek Herrn Generaldirektor Buxbaum gestern gefragt: Können Sie bestätigen, dass Herwig Haidinger über das normale Maß hinaus Probleme und Konflikte mit seinen Mitarbeitern hatte? Herr Dr. Buxbaum hat gesagt: **Ja**, das kann ich bestätigen! – Das können Sie im Protokoll nachlesen, Herr Dr. Haidinger.

Ich frage Sie also noch einmal, Herr Dr. Haidinger: Hat es rechtswidrige Weisungen an Sie gegeben? Wenn es sie gegeben hat, warum haben Sie diese nicht schriftlich verlangt? Sie wissen auch, dass Weisungen, die vom Empfänger als rechtswidrig eingestuft werden, schriftlich zu verlangen sind. Das ist gesetzlich so geregelt. In keinem Fall hat Haidinger je eine schriftliche Weisung verlangt oder erhalten. – Warum ist das so gewesen?

Weiters: Was sagen Sie zu Ihren Äußerungen im BAWAG-Prozess, die nicht ganz mit dem übereinstimmen, was Sie sonst an Anschuldigungen vorgebracht haben? Sie haben im BAWAG-Prozess gesagt: In der Causa BAWAG hat es **keine** politische Einflussnahme und Weisung gegeben, in eine bestimmte Richtung zu ermitteln oder Ermittlungen zu unterlassen.

Auf die Frage der RichterIn, ob Zeugen unter Druck gesetzt wurden, haben Sie mit einem klaren **Nein** geantwortet.

Weiters haben Sie bestätigt, dass Unterlagen weder vorenthalten noch manipuliert wurden. Auf die Frage, ob Unterlagen an den ÖVP-Klub weitergeleitet wurden, haben Sie gesagt: **Nein**, meines Wissens nicht! Also auch die Frage, ob einseitig ermittelt wurde, verneinte Haidinger klar.

Ich frage Sie: Stehen Sie zu dieser Aussage im BAWAG-Prozess? Haben Sie das dort so gesagt, und entspricht das dem, was Sie auch sonst bei Ihren Verdächtigungen geäußert haben?

Auch zum Thema **Kampusch** möchte ich nur einmal klar feststellen, was Herr Präsident Adamovich schon einmal gesagt hat, nämlich: dass er persönlich – obwohl Sie diese Vorwürfe ja ständig wiederholt haben –, dass er als der Vorsitzende der Kommission in diesem Fall keine Vertuschung sieht, weil ja nicht nur das Innenministerium, sondern auch das Justizministerium, die Justizverwaltung und die Staatsanwaltschaft von Anfang an mit eingebunden waren. – Warum, Herr Dr. Haidinger, behaupten Sie das Gegenteil?

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Herr Abgeordneter Kukacka, Sie haben jetzt die gesamten 15 Minuten ausgeschöpft. Das Fragerecht geht auf Kollegen Pilz über. Die bisher gestellten Fragen, bitte ich Sie, Herr Dr. Haidinger, in der zweiten Runde zu beantworten.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich möchte nur darauf hinweisen, dass das jetzt nicht nur eine sehr umfassende Frage war, sondern auch eine Frage zu einem Beweisthema, das heute **nicht** auf der Tagesordnung steht. Aber ich halte es für gut, dass der Vorsitzende zu Beginn dieser Befragung durchaus tolerant ist und Fragen über das Beweisthema hinausgehend zulässt.

Ich habe ein paar ganz einfache Fragen. Erinnern Sie sich an die Zeit der Einsetzung der Sonderkommission BAWAG: In welcher Art und Weise ist von der Einsetzung der Sonderkommission BAWAG im Frühjahr 2006 an die Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit beziehungsweise an das Kabinett der Bundesministerin regelmäßig berichtet worden? Sind da Regeln vereinbart worden? Wie waren die Regeln zur Berichtspflicht? – Soweit ich den Akten entnehmen kann, hat es bei der

Verfügung zur Einsetzung der Sonderkommission sehr genaue Bestimmungen über die Berichtspflicht von Ihrer Seite gegeben.

Wie ist mit der Frage der Öffentlichkeit und der Veröffentlichung in Medien umgegangen worden? Welche Regeln hat es dazu gegeben?

Dr. Herwig Haidinger: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Hoher Ausschuss! Die Frage des Abgeordneten Dr. Pilz beantworte ich wie folgt:

Die Sonderkommission zur Ermittlung der Vorfälle bei BAWAG habe ich als Direktor des Bundeskriminalamtes gemäß Geschäftsordnung am 3. April 2006 eingesetzt. Zuvor hat es einzelne Informationsflüsse gegeben zwischen dem Bundeskriminalamt und der Staatsanwaltschaft, wie weit Inhalte bei der Justiz vorliegen und wann denn mit konkreten Aufträgen zur Abarbeitung zu rechnen ist. Mit 3. April also habe ich diese Sonderkommission eingesetzt.

Vereinbart waren in der Folge auch klare Berichtspflichten. Es wurde in den ersten Tagen individuell und direkt an den Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit, aber auch an das Kabinett der Bundesministerin berichtet. In der Folge wurde diese Berichtspflicht strukturiert durchgeführt, und zwar gab es einmal wöchentlich einen Bericht, der vom Leiter der Sonderkommission an den Leiter der Abteilung III und von diesem an mich gegangen ist. Ich habe ihn dann jeweils an den Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit übermittelt. Was der damit gemacht hat, weiß ich nicht. – Soweit die Berichtspflicht dort.

Ich habe dann auch die Weisung erteilt, dass alle Interventionen in diesem Zusammenhang, Anfragen von Presse schriftlich zu dokumentieren und aufzubewahren sind.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich muss jetzt immer dazusagen, wir hatten bis jetzt eigentlich nur wenige Stunden Zeit, uns das übermittelte Aktenmaterial vom Innenministerium anzusehen. Zum Beispiel der Abschlussbericht Marent ist erst vor einer Stunde von „geheim“ auf „vertraulich“ herabgestuft worden, sodass wir vielleicht im Laufe des Tages beginnen können, ernsthaft damit zu arbeiten. Keiner der Klubs hatte bis jetzt die Möglichkeit, die Akten wirklich ernsthaft und strukturiert durchzuarbeiten, deswegen ersuche ich um Nachsicht, wenn wir einige Vorhalte, die wir bei früherer Aktenlieferung präziser hätten begründen können, zum Teil eher vage machen müssen. Durch die verspätete Aktenübermittlung des Innenministeriums besteht natürlich die Gefahr, dass wir einige Befragungen mit wesentlich präziseren Vorhalten bei weiteren Ladungen wiederholen müssen. Ich befürchte, das wird auch Ihnen nicht erspart bleiben; aber schauen wir einmal.

Was mir aufgefallen ist bei diesem Konvolut von E-Mails, das uns erst Anfang dieser Woche übersandt worden ist, sind mehrere Punkte.

Zum Ersten: Es ist auffällig, dass es zwei Berichtslinien ans Kabinett gibt. Die eine Berichtslinie geht, soweit wir das jetzt überprüfen können, immer Haidinger–Buxbaum, und bei Buxbaum steht dann, erstens: an *Ita*, zweitens: *Ablage*. Es handelt sich dabei um Kabinettschef Ita, nehme ich einmal an. Andererseits gibt es aber direkte Berichte von Ihnen an Treibenreif und – ich gehe davon aus – auch an Pils – zumindest an Treibenreif habe ich bei erster Aktendurchsicht schon gesehen –, also an andere Mitglieder des Kabinetts.

Zweitens gibt es einerseits die wöchentlichen Berichte, andererseits substanzielle inhaltliche Informationen ans Kabinett.

Drittens ist bei den wöchentlichen Berichten auffällig, dass immer ein Punkt 3 enthalten ist: Vorhaben für die nächste Woche. Und an dem Tag, an dem dieser Bericht verfasst worden ist, geht dieser Bericht immer direkt sofort an den Kabinettschef der

Innenministerin, durch einen automatischen Verteiler, der dadurch etwa eine Stunde nach Erstellung des Berichts im Regelfall informiert ist über sämtliche Vorhaben der nächsten Woche, über sämtliche geplante Zeugeneinvernahmen und über sämtliche andere Vorhaben der SOKO BAWAG.

Meine erste Frage in diesem Zusammenhang ist: Warum hat es hier verschiedene Berichtswege an verschiedene Mitglieder des Kabinetts gegeben?

Dr. Herwig Haidinger: Richtig ist, dass es diese strukturierte Berichtslegung im Wege der Linie gab; ich habe sie schon erwähnt diese wöchentlichen Statusberichte. Im Laufe der Zeit wurde diese wöchentliche Berichtspflicht – im Übrigen mit Einverständnis oder Absprache des Generaldirektors – auf zwei Wochen ausgedehnt. Es gab daneben selbstredend individuell Berichtsvorlagen an das Kabinett der Bundesministerin. An wen persönlich, kann ich auswendig nicht sagen. Das gab es aber selbstverständlich. Immer wenn Interesse bestand, wurde Information außerhalb der Linie direkt eingeholt, von mir oder, aber das weiß ich nicht, von anderen Mitarbeitern des Bundeskriminalamtes.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es gibt ja eine Reihe auffälliger Punkte bereits bei der ersten Aktendurchsicht.

Erster auffälliger Punkt ist: Es gibt etwas durchaus Normales in Fällen wie diesen, wo Berichtspflicht besteht: einen Bericht in der Linie. (*Dr. Haidinger: Ja!*) Das geht über den Generaldirektor, und der übermittelt das, was er für notwendig hält, und das ist eigentlich alles.

Dr. Herwig Haidinger: Wohin der übermittelt hat, weiß ich nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das können wir nachvollziehen: an den Kabinettschef. Das sind handschriftliche Vermerke des Generaldirektors, unterschrieben mit Buxbaum, wo immer an *Ita* und zweitens *Ablage* dort steht. Das ist die Linie, das ist der Normalfall. Und dann gibt es eben den Spezialfall, der durchaus unüblich ist, spezielle Berichte an andere Mitglieder des Kabinetts.

Können Sie dem Ausschuss etwas sagen, welche Kabinettsmitglieder mit welcher Absicht und in welchem Auftrag ganz spezielle inhaltliche Berichte über diese Causa von Ihnen oder, soweit Sie es wissen, von anderen Beamten des BKA oder der SOKO BAWAG wollten?

Dr. Herwig Haidinger: Diese Forderungen gab es. Darüber habe ich auch bisweilen schon ausgeführt in diesem Hause. Das waren Andreas Pilsl und Bernhard Treibenreif, beide Kabinettsmitglieder, die Informationen von mir eingefordert und auch bekommen haben im Zusammenhang mit Geldflüssen von BAWAG oder ÖGB an SPÖ. Diese Themen, und nur diese Themen, haben die beiden interessiert.

Ich habe vorhin schon gesagt, dass ich nächtelang in meinen Mails nachgesehen habe. Ich habe einige zu diesem Thema gefunden, die habe ich elektronisch gespeichert. Ich werde sie so rasch wie möglich in der Linie dazu übermitteln.

Aus diesen Mails geht hervor, dass ich die Sonderkommission in Person des Leiters Dr. Salomon und des operativen Leiters, damals Walter Folger, beauftrage, in Sachen Geldflüsse die Erhebungen zu konkretisieren.

Das war der Ausnahmefall, dass ich als Direktor des Bundeskriminalamtes in operative Ermittlungen eingegriffen habe. Das tue ich, wie Sie sich vorstellen können, äußerst selten, weil ich die Zeit dazu gar nicht habe. Das habe ich in diesem Fall aber deswegen getan, weil mir von Andreas Pilsl gesagt wurde, ich möge diese Ermittlungen: Geldflüsse an SPÖ forcieren.

Diese Vorgabe, Anweisung, Aufforderung, Weisung, wie immer Sie wollen – dieser Ausdruck „Weisung“ ist dabei nicht gefallen, er hat nicht gesagt, ich erteile dir die Weisung, mach Folgendes, sondern hat inhaltlich geredet.

Das habe ich zunächst auch – und das belegen die Mails, die ich hier gefunden habe – an die Sonderkommission weitergegeben. Diese Mails stammen etwa aus Mitte 2006, ich glaube, August. Im Übrigen sind auch diese Mails, die ich hier habe, selbstverständlich Aktenbestandteil des Innenministeriums, und diese Mails haben mehrere andere Leute, die habe nicht nur ich, ich habe sie ja abgesendet. Also alle Empfänger haben diese Mails, die ich hier gefunden habe in mühevoller nächtlicher Arbeit mit langsam funktionierendem Gerät.

Diese Mails schicke ich an die Sonderkommission und kriege auch Antworten darauf zurück: Ja, wir haben uns das angesehen, diese Geldflüsse. Wir können aber aus Kapazitätsgründen ... – Sinngemäß. – Sie werden es dann nachlesen, ich nehme an, diese Mails sind schon hier im Haus, die gibt es seit Mitte 2006 und sind in der Linie auch vorhanden.

Ich habe dann die Antwort bekommen, sie haben einmal rasch geprüft, was da vorliegt, ob da strafrechtsrelevant etwas vorliegt, und sind zum Schluss gekommen, derzeit scheint nichts strafrechtlich Relevantes vorzuliegen. Im Übrigen gibt es Aufträge vom Staatsanwalt, der uns beauftragt, Sachverhalte aufzuklären, und wir haben für diese Sache nicht mehr wirklich Zeit. – Sinngemäß.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich habe hier einen Aktenvermerk – ich werde Ihnen den später vorhalten – von Herrn Folger bezüglich Geldflüsse SPÖ.

Ich möchte Sie fragen – da wird die verbleibende Zeit nicht vollkommen reichen –: Können Sie zumindest beginnen, jetzt zu sagen, um welche Mails es sich handelt, von wann diese Mails sind, an wen sie gehen, und kurz aus dem Inhalt dieser Mails die wesentlichen Passagen zitieren?

Dr. Herwig Haidinger: Ich kann sie aufrufen hier – das wird ein bisschen dauern – und vorlesen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich werde dann keine weiteren Fragen dazu stellen, weil meine Redezeit vorbei ist. Aber ich glaube, es ist im Interesse des Ausschusses, wenn diese Mails verlesen werden, nachdem sie nicht in schriftlicher Form vorliegen. Ich ersuche den Vorsitzenden, das zu entscheiden.

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Ich entscheide: Wenn es exzessiv ist, wird es von der weiteren Runde abgezogen. Wie viele Minuten? (*Dr. Haidinger: Vier Mails!*) Vier Mails. Bitte, lesen Sie!

Abgeordneter Mag. Helmut Kukacka (ÖVP): Ich wollte nur fragen: Liegen die in den Akten vor? Herr Dr. Haidinger, haben Sie diese Mails übermittelt? Liegen die in unseren Akten vor? Darum geht es mir. (*Abg. Dr. Jarolim: Wir hoffen im Sinne des Innenministeriums, dass sie dort aufliegen!*)

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Darf ich doch bitten, nicht wild durcheinander zu sprechen, sondern die Redeordnung ...

Abgeordneter Mag. Helmut Kukacka (ÖVP): Man wird doch eine Frage stellen dürfen. Er hat doch den Auftrag gehabt, alles zu übermitteln von der Sonderkommission, was in diesem Zusammenhang eine Rolle spielt. Das hat er ja selber einleitend erklärt.

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Herr Kollege Kukacka, es geht nicht, dass man da ein Chaos macht. Ich bitte, dass man die Gelegenheit gibt, dass die Auskunftsperson Äußerungen macht. Ich bitte, rasch und zügig das vorzulesen, was auf den mitgebrachten Unterlagen steht.

Dr. Herwig Haidinger: Ich klicke so rasch wie möglich, den Ablauf muss aber das Gerät (*auf seinen Laptop verweisend*) verantworten. Diese E-Mails, von denen ich gerade gesprochen habe, habe ich natürlich in der Linie weitergeschickt. Die Adressaten waren, soweit ich das auswendig weiß, Dr. Salomon, Oberstleutnant Folger, die diese Mails auch haben, ich habe sie ja dort hingesendet. Ob Sie sie hier haben, weiß ich nicht. (*Abg. Parnigoni: Herr Kollege Kukacka, können Sie uns den Aktenvermerk, den Sie verlesen haben, zur Verfügung stellen?*)

Abgeordneter Mag. Helmut Kukacka (ÖVP): Selbstverständlich kann ich den zur Verfügung stellen, aber der ist in den Aktenunterlagen vorhanden und steht jedem einzelnen Klub zur Verfügung. Ich gehe davon aus ... (*Abg. Parnigoni: Dann brauchen wir nicht zu suchen!*)

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Wenn Sie so freundlich wären, die Fundstelle im Aktenkonvolut anzuführen.

Abgeordneter Mag. Helmut Kukacka (ÖVP): Ich sage euch, wo man das finden kann. Ehrlich gesagt, eure Arbeiten möchte ich nicht auch noch machen müssen.

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Das ist ein Akt des Entgegenkommens im kollegialen Sinne.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Nein, es geht ja darum, Sie haben aus diesem Akt schon im Feber zitiert.

Abgeordneter Rudolf Parnigoni (SPÖ): Es ist deswegen spannend, weil Kollege Kukacka dasselbe schon am 26. Februar wörtlich aus diesem Akt zitiert hat. Und jetzt möchte ich gerne wissen, ob er den Aktenvermerk tatsächlich hat, denn das Parlament hat ihn am 26.2. noch nicht gehabt. Und jetzt möchte ich diesen Akt haben, aus dem Kukacka zitiert, diesen Aktenvermerk, denn das ist schon sehr eigenartig.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Aus diesem Aktenvermerk hat Abgeordneter Kukacka bereits im Innenausschuss zitiert, richtig.

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Darf ich nochmals um Ruhe bitten und um die Äußerung des Herrn Dr. Haidinger ersuchen, ob die Einsicht ...

Dr. Herwig Haidinger: Ich bedauere, ich habe dreimal versucht, ins System einzusteigen, ich werde abgewiesen. (*Abg. Parnigoni: Wieso hat Kukacka Akten, die wir nicht haben?*)

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Darf ich nur von meinem Recht als Vorsitzender Gebrauch machen und Sie fragen, ob das System gesteuert wird durch das Innenministerium oder ob Sie selber steuerungs- und zugriffsfähig sind. Oder blockiert das Innenministerium den Zugriff?

Dr. Herwig Haidinger: Ich habe die Qualität eines Users. Wenn ich jetzt nicht zugreifen kann, heißt das zunächst einmal nicht mehr, als dass das System mich nicht hineinlässt und sagt, ich soll das Password überprüfen et cetera. Diese Dinge passieren. Das passiert mehrfach, dass man nicht hineinkann. Gestern in der Nacht habe ich bis heute 2 Uhr arbeiten können, tagsüber habe ich nicht einsteigen können. Das kann auch mit der Menge der Zugriffe zu tun haben. (*Abg. Dr. Jarolim: Ist das nicht auffällig?*)

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Wir werden uns vielleicht später damit beschäftigen.

Ist Herr Kollege Kukacka bereit, den Aktenvermerk, aus dem er vorgetragen hat, in Kopie den Fraktionen zur Verfügung zu stellen?

Abgeordneter Mag. Helmut Kukacka (ÖVP): Ich bin bereit, genau zu erklären, wo dieser Aktenvermerk zu finden ist. Das ist ganz klar, und zwar bei der Zeugeneinvernahme.

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Dürfen wir akustisch die Möglichkeit haben, das zu verstehen?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Vorsitzender, wäre es möglich, eine Frage zu klären: warum der Abgeordnete Kukacka über diesen Aktenvermerk *ohne Kopierschutz* verfügt?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wenn er einen Kopierschutz hat, verstehen wir, dass er nicht kopieren will für uns. Aber er hat ihn ja ...

Abgeordneter Mag. Helmut Kukacka (ÖVP): Darf ich jetzt auch zu Wort kommen?

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Nicht alle durcheinander, sonst müsste ich die Sitzung unterbrechen. – Herr Kollege Kukacka ist kurz am Wort.

Abgeordneter Mag. Helmut Kukacka (ÖVP): Dieser Aktenvermerk liegt als Beilage der Zeugeneinvernahme des Dr. Herwig Haidinger bei den Unterlagen der SOKO Marent als angeschlossene Unterlage im ersten Ordner. (*Abg. Krainer: Geheim!*) Selbstverständlich. Aber wir sind eine fleißige Fraktion, wir haben das selbstverständlich abgeschrieben. (*Zwischenrufe.*)

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Ich bitte, nicht durcheinander zu reden.

Abgeordneter Mag. Helmut Kukacka (ÖVP): Wir haben das abgeschrieben. Also ist das klar? Ich glaube, ich habe damit all Ihre Fragen schlüssig und nachprüfbar beantwortet.

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Ich bitte um Folgendes: Die Fraktionen, die mit der Bekundung nicht völlig einverstanden sind, bitte ich, das im eigenen Bereich zu überprüfen und später auf die Sache zurückzukommen.

Jetzt erteile ich dem freiheitlichen Abgeordneten das Wort.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Sehr geehrter Herr Dr. Haidinger! Ich hätte eingangs eine Frage zu dem, was Sie gegenüber Herrn Dr. Pilz zuerst erwähnt haben. Sie haben nämlich gesagt, Sie haben in Ihrer Informationsschiene nur den Herrn Dr. Buxbaum informiert.

Meine Frage gleich anschließend an diese Ihre Feststellung: Wer hat dann nach Ihrer Wahrnehmung das Kabinett informiert?

Dr. Herwig Haidinger: In der Fallführung BAWAG? (*Abg. Neubauer: Ja!*) – Da gab es diese offizielle strukturierte Infoschiene wöchentlich, dann zweiwöchentlich. Und dann gab es daneben den direkten Weg der Information von mir an die Ressortleitung, an Andreas Pilsl, Bernhard Treibenreif; die beiden waren meine Ansprechpartner. Ich weiß auch nicht, wer von ihnen jetzt für den Fall zuständig war. Beide haben mich angesprochen; mit beiden habe ich kommuniziert. Die interne Aufgabenteilung des Kabinetts war mit nicht bekannt. Aber die beiden waren zuständig für den Bereich Generaldirektion, und sie haben mich auch angesprochen, und ich habe mit ihnen kommuniziert. Da habe ich unterschiedliche Inhalte eben mitgeteilt.

Ob diese zwei Mitarbeiter des Kabinetts mit anderen Mitgliedern der Sonderkommission kommuniziert haben und was da gesagt wurde, das weiß ich nicht inhaltlich. Ich wurde aber von Dr. Salomon darauf hingewiesen – und diese Mail wollte ich auch holen, aber es funktioniert jetzt nicht ...

Da hat mir nämlich Walter Folger, Oberstleutnant Folger aus Oberösterreich, ein E-Mail geschickt, das hätte ich da präsentieren wollen, in dem drinnen steht, er weist die Vorwürfe des Dr. Salomon zurück und er will da etwas ausräumen, weil Dr. Salomon diesem Oberstleutnant und, ich glaube auch, einigen Leuten, die aus Oberösterreich gekommen sind, das Misstrauen ausgesprochen hat, deshalb, weil sie Akte mit nach Oberösterreich genommen hatten aus der Fallführung BAWAG und weil zu diesem Themenkomplex, so hat er mir das gesagt, ich glaube, in den „Oberösterreichischen

Nachrichten“ Inhalte publiziert wurden. Das hat Dr. Salomon, den ich sehr schätze, aufgebracht, ich meine, zu Recht. Was da inhaltlich war, kann ich jetzt nicht nachvollziehen, weiß ich nicht. Und er hat darüber schriftlich ausgeführt und mich informiert.

Also da sind Akten nach Oberösterreich mitgenommen worden, und aus diesen Akten sind offensichtlich oder aus den Themen, die in diesen Akten enthalten waren, Inhalte in den „Oberösterreichischen Nachrichten“ gestanden. Aber das kann man ja nachprüfen, was dort publiziert wurde. Das hat Dr. Salomon zum Anlass genommen, als Vorgesetzter, als Chef der SOKO, zu intervenieren. In dem E-Mail-Verkehr war ich auch drinnen. Aber auch diese E-Mails hat Folger, hat Salomon. Ich glaube mich erinnern zu können, dass ich dann den Abteilungsleiter Zwettler eingeschaltet und gesagt habe: Kümmere dich um diese Sache, wir müssen das ernst nehmen! Stelle klar, was dort vorgefallen ist! Das hat mir der Dr. Salomon in einem Telefonat gesagt, und ich habe jetzt auch die E-Mails dazu gefunden.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Ergänzend dazu: Hat Ihnen Herr Dr. Salomon im Zusammenhang mit der Berichterstattung in den „Oberösterreichischen Nachrichten“ mitgeteilt, ob er einen Verdacht habe, wie das an die „Oberösterreichischen Nachrichten“ gekommen sein könnte?

Dr. Herwig Haidinger: Als verdächtiges Individuum nicht, war auch nicht möglich. Sache ist, dass diese Akte nach Oberösterreich mitgenommen wurden. Sache ist auch, dass in den „Oberösterreichischen Nachrichten“ Artikel erschienen sind zu diesem Thema. Fragen Sie mich nicht, ich weiß es nicht mehr auswendig, welchen Inhalt diese Artikel hatten. Und Sache ist auch, dass Andreas Pilsl mich angerufen und gesagt hat, ich solle Walter Folger in die Sonderkommission holen, zu Beginn.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Zu einem anderen Punkt möchte ich Sie fragen: Was ist Ihnen zum Nahverhältnis, das Sie im Ausschuss schon einmal angesprochen haben, Ita – Horngacher bekannt in dem Zusammenhang mit dem Fall BAWAG, nämlich diesen an die Wiener Polizei übertragen zu wollen?

Dr. Herwig Haidinger: Kabinettschef Philipp Ita hat mich, soweit meine Erinnerung reicht, zweimal aufgefordert, gefragt, mir nahegelegt, wie immer Sie wollen, er hat mir keine Weisung erteilt. Wie das rechtlich zu würdigen ist, führe ich hier selbstredend nicht aus. Ich sage aber, er hat mir nicht gesagt, ich erteile die Weisung, mache das, sondern er hat mir gesagt, diese Sonderkommission zur Bearbeitung des Falles BAWAG, ob man die nicht in Wien einrichten könnte, nämlich innerhalb der Polizei Wien. – Das habe ich zweimal abgelehnt. Dann wurde mir gesagt, dort gäbe es mehr Ressourcen, wie auch immer und Argumente, die ich eigentlich nie akzeptiert habe. Ich bin auch immer dabei geblieben, zu sagen, nein, diesen Fall macht das Bundeskriminalamt und ich richte nach Geschäftseinteilung auch diese Sonderkommission im Bundeskriminalamt ein, und zwar mit einem für mich ganz maßgeblichen Argument, im Bundeskriminalamt wurde das Büro 3.4, das ist das Büro 4 in der Abteilung 3, Wirtschaftsfinanzermittlung, eingerichtet.

Es wurden damals, als das Bundeskriminalamt gebaut wurde, viele Leute aus der Wirtschaftspolizei Wien ins Bundeskriminalamt geholt, und es ist mit dieser Aufgabenübernahme durch das Bundeskriminalamt natürlich auch die Arbeit mitgegangen, das heißt, Wirtschaftsstrafsachen sind Zuständigkeit des Bundeskriminalamtes. Wir konnten abgeben oder nicht oder anziehen, selbstverständlich, das ist die vorgesezte Stelle.

Alle Agenden, die die Wirtschaftspolizei Wien, das ist die Polizeidirektion Wien, Sicherheitsbehörde erste Instanz, im Laufe der Zeit für ganz Österreich gemacht hat,

sind klarerweise beim Bau der kriminalpolizeilichen Zentralstelle ins Bundeskriminalamt gewandert. Das Hauptargument war für mich, das ist ein Fall für das Bundeskriminalamt. Und wenn das kein Fall ist für das Bundeskriminalamt, welcher dann? (*Zwischenrufe der Abgeordneten Parnigoni, Mag. Kukacka und Dr. Jarolim.*)

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Es wird diese Zwischenintervention nicht in die Redezeit des Kollegen Neubauer eingerechnet.– Kollege Jarolim begehrt die protokollmäßige Feststellung, dass was ausgetauscht worden ist?

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Die Unterlage, aus der Herr Kollege Kukacka vorhin zitiert hat, wo dann der Herr Kollege Pilz gefragt hat, wo er sie hatte, ist nunmehr offensichtlich gegen eine mit dem Kopierschutz versehene Kopie ausgetauscht worden, soweit ich das hier sehen kann. Ich habe es nur deshalb gesagt, weil der Herr Kollege Pilz vorhin ausdrücklich um die Unterlage ersucht hat, und die ist jetzt offensichtlich weg – oder Sie legen sie doch vor.

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Bitte um eine kurze Antwort, aber sonst werden wir auf diesem Punkt nicht weiter verharren. – Bitte, Herr Kollege Kukacka.

Abgeordneter Mag. Helmut Kukacka (ÖVP): Ich weise das ganz entschieden zurück; Herr Kollege! Ich habe Ihnen gesagt, woher das stammt, und hier liegt die *Abschrift* vor, die *Abschrift*, wie jeder Zeit nachvollziehbar ist. Wenn Sie sich den Originalakt ansehen: Ich habe Ihnen ja gesagt, wo Sie ihn jetzt finden können. Ich ersuche, dass Sie hier Ihren Klub auf Trab bringen, damit er in der Lage ist, diese Unterlage auch zu finden, und dann kann ich Ihnen auch zeigen, dass es sich hier um eine Abschrift genau dieser Aussage und dieses Aktenvermerkes handelt. Und das wird Ihnen ja wohl genügen, weil ja von allen Fraktionen festgelegt wurde, dass solche Abschriften gemacht werden dürfen.

Im Übrigen ist auch genau dokumentiert, wer dort hineingegangen ist und wer eine Abschrift angefertigt hat. Das lässt sich ganz leicht nachvollziehen. Wir halten jedenfalls die Vorschriften der Geheimhaltung, die es hier im Parlament gibt, ganz strikt ein. Das kann ich Ihnen hier ganz klar und deutlich sagen.

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Danke für die Klarstellung. (*Dr. Helene Partik-Pablé: Ich habe ihn auch gelesen, den Aktenvermerk! – Abg. Mag. Kukacka: Die Frau Kollegin bestätigt das! Sie hat das auch gelesen!*) Wir können im Anschluss an die Abarbeitung ... (*Abg. Dr. Pilz: Herr Vorsitzender, ...! – Rufe und Gegenrufe zwischen Abgeordneten von ÖVP und SPÖ.*)

Bitte um Ruhe! Es ist für eine Minute der Kollege Pilz zu *diesem* Thema am Wort, dann ist das Thema beendet und an den Schluss der heutigen Sitzung verlegt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich ersuche um zweierlei Dinge: Das erstens nicht jetzt und hier zu diskutieren, und zweitens im Wege der Parlamentsdirektion klären zu lassen, ob bei der Sitzung des Innenausschusses am 26. Februar, bei der der Kollege Kukacka diesen Aktenvermerk vollständig wörtlich zitiert hat, dieser Aktenvermerk bereits dem Parlament vorgelegen ist.

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Wir bitten die Parlamentsdirektion, das zu klären. – Dieses Thema ist jetzt nicht mehr Verhandlungsgegenstand, sondern nach Abschluss aller heutigen Befragungen von Auskunftspersonen wird, wenn dann noch die Energie für dieses Thema besteht, dieses Thema weiter behandelt.

Ich bitte Herrn Kollegen Neubauer, fortzusetzen.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Herr Dr. Haidinger, ich muss zurückkommen auf meine Frage, die Sie mir in diesem Umfang leider nicht vollständig

beantwortet haben. Sie haben bei der Aussage bei der Staatsanwaltschaft Folgendes gesagt:

Damals war mir eine allfällige Nahebeziehung zwischen Mag. Ita und Mag. Horngacher, dem ehemaligen Landespolizeikommandanten von Wien, in dem Umfang, wie es mit diesem Naheverhältnis ... und dem Wunsch ... die Amtshandlung meinem heutigen Wissensstand entspricht, nicht geläufig. – Zitatende.

Meine Frage zielt jetzt dahin, ob es Ihnen *heute* geläufig ist.

Dr. Herwig Haidinger: Mit dem Wissenstand heute sehe ich die Sache natürlich anders. Aufgrund der Hinweise, auch direkten Aussagen, die ich bekommen und die ich selbstredend an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet habe, zunächst an die BIA, dann an die Staatsanwaltschaft, scheint mir vorzuliegen eine Nahebeziehung Ita – Horngacher. Aus Freundschaft – was weiß ich?, das kenne ich nicht –, aber es scheint hier eine Nahebeziehung vorgelegen zu haben, was mir von Dr. Doris Ita erzählt wurde und was ich sonst im Laufe der Zeit auch durch Gespräche mit dem BIA-Chef für mich festgestellt habe.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Würden Sie den Mitgliedern des Ausschusses diese Nahebeziehung etwas definieren? Wie sehen Sie das? Woraus ist dies für Sie schlüssig hervorgegangen?

Dr. Herwig Haidinger: Ich habe Hinweise bekommen, dass es – im Übrigen gibt es hier auch eine E-Mail von mir dazu; ich denke, auch das wird schon hier sein, denn die ist uralt, aus dem Jahre 2005 – Gerüchte gibt, diese Unfallgeschichten, wozu mir, als ich dann der Sache nachgegangen bin, viele Leute gesagt haben, ja, dieses Gerücht kennen sie auch. Das haben offensichtlich sehr viele gekannt, diese Unfallgeschichte, und unter anderem auch den Umstand, Horngacher würde herumerzählen, er hätte das Kabinett des Innenministers „in der Hand“.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Kann man das ein bisschen konkretisieren, von wem diese Hinweise kamen?

Dr. Herwig Haidinger: Diese Hinweise, das war der sogenannte „Gangfunk“, wenn Sie wollen. Wenn Sie in Kantinen herum kommen, wohin ich etwa zwei bis drei Mal im Jahr gekommen bin, dann hören Sie eben so etwas; auch „Latrinengerüchte“; Sie können es nennen, wie Sie wollen. Diese Gerüchte gab es im Innenministerium, und ich sage es noch einmal in aller Deutlichkeit, *seit Jahren*. Und ich war wohl einer der – weiß ich nicht – Letzten, die davon erfahren haben. Ich bin auch nicht herumgegangen und habe Gerüchte eingesammelt oder gefragt, ob jemand eines kennt. Diese Gerüchte haben lange bestanden.

Im Übrigen hat mir auch Martin Kreutner, der Chef der BIA, in Gesprächen gesagt, dass es immer wieder Hinweise gegeben hat oder Ermittlungen geführt wurden; so genau hat er mir das natürlich nicht gesagt. Aber wir haben uns auch über die Person Horngacher unterhalten. Und Martin Kreutner hat mir auch gesagt, dass es Philipp Ita ganz und gar nicht gepasst hätte, dass er konkret Ermittlungen und offensichtlich effiziente Ermittlungen führt, die Horngacher betreffen.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Letzte Frage: Welche Rolle spielte Horngacher bei diesen Unfallgeschichten?

Dr. Herwig Haidinger: Welche Rolle er tatsächlich gespielt hat oder ob das zutrifft, kann ich Ihnen nicht sagen. Ich kann Ihnen nur sagen, was mir dazu gesagt wurde. Er hätte aufgrund seiner Funktion oder Tätigkeit bei der Polizei Wien Philipp Ita zur Seite gestanden und für ihn das eine oder andere erledigt. Den Wahrheitsgehalt dieser Äußerungen – und das habe ich in meinen Mails auch geschrieben – kann ich nicht beurteilen.

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Herr Kollege Westenthaler kommt nun zu Wort.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Herr Dr. Haidinger, wie wir jetzt erfahren, waren Sie ein sehr eifriger Mailschreiber – alles sehr gut dokumentiert, auch ein Inhaltsverzeichnis. Man kann fast den Eindruck haben, man hat sich dabei gedacht: Das könnten wir ja noch einmal brauchen, deswegen sortieren wir das sehr gut! – Und wie wir jetzt sehen, brauchen wir es ja auch.

Nachdem uns ja eine ganze Menge Mails von Ihnen bereits vorliegen – ich weiß nicht, ob Sie das wissen –, die im SOKO-Vorarlberg-Akt, in der Marent-Kommission, beinhaltet sind, meine konkrete erste Frage: Haben Sie der SOKO Vorarlberg, Marent, sämtliche Ihrer Mails, auch die, die Sie jetzt in den letzten Nächten gelesen haben, zur Verfügung gestellt?

Dr. Herwig Haidinger: Ich wurde von der SOKO BAWAG zweimal einvernommen. Das erste Mal bei mir zu Hause von spät abends bis, glaube ich, halb zwei in der Früh, weil das aus familiären Gründen nicht anders möglich gewesen ist, und später im Kommissariat Nord. Bei der zweiten Einvernahme habe ich ein Konvolut, das ich hier habe, und zwar genau in dem Umfang, wie es hier liegt, der SOKO BAWAG übergeben. Das ist eine Auswahl von Mails, die Relevanz zu den Sachverhalten haben – oder auch nicht –, jedenfalls, die ich schon ausgedruckt hatte, denn ich konnte zu dieser Zeit ja nicht zugreifen und ausdrucken schon gar nicht.

Also, was ich da an Mailbestand hatte und von dem es in etwa einen Zusammenhang gibt: Da sind die Dinge Bürstmayr drinnen, und so weiter und so fort, auch in der Sache Kampusch einiges, nämlich die Aktivstrategie, die der Ministerin vorgeschlagen wurde; die hatte die SOKO BAWAG nämlich nicht. Also: Alles, was mir relevant erschien, habe ich in diesem Zusammenhang der SOKO BAWAG im KK Nord anlässlich der zweiten Einvernahme übergeben.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Herr Dr. Haidinger, ich habe eine sehr konkrete Frage gestellt: Haben Sie Ihre Mails der *SOKO Vorarlberg*, *nicht* der SOKO BAWAG, sondern der *SOKO Vorarlberg* unter der Leitung des Herrn Marent, die Sie ja auch befragt haben, zur Verfügung gestellt, weil in diesem Akt eine ganze Menge Ihrer Mails nachzulesen sind?

Dr. Herwig Haidinger: Ich habe der *SOKO Marent*– verzeihen Sie – diese Mails, die ich hier habe, zur Verfügung gestellt.

Ich habe nachher, als ich wieder einsteigen konnte, und das konnte ich erstmals wieder am 15.4.2008, die Mails, die ich hier habe, der SOKO Marent *nicht* zur Verfügung gestellt, *konnte* ich ja auch nicht.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Das heißt, die SOKO Marent ist nicht im Besitz aller Ihrer E-Mails. Das können wir damit zusammenfassen.

Dr. Herwig Haidinger: Das kann man sagen, ja.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Jetzt gibt es offensichtlich zwei Arten von Ihrem E-Mail-Verkehr, und das interessiert mich jetzt. Es gibt den so genannten Linien-E-Mail-Verkehr, und offensichtlich gibt es aber darüber hinaus noch einen Nicht-Linien-E-Mail-Verkehr, um das einmal so zu nennen. (*Dr. Haidinger: Ja!*) Und offensichtlich haben Sie sich bei beiden, also sowohl beim Linien-E-Mail-Verkehr, der über die Instanzen geht, als auch beim Nichtlinien-Verkehr, mehrfach über die Unternehmenskultur, ja sogar über rechtswidrige Angelegenheiten und über das Mit-einander-Umgehen im Innenministerium berichtet oder das aufgezeigt und wollten damit durchdringen.

Jetzt liegen mir da Mails von Ihnen vor aus – ich sage das ganz konkret – dem Akt SOKO Vorarlberg, die alle im Wesentlichen an Herrn Ita sind.

Gehe ich recht in der Annahme, dass diese Mails *Nicht-Linien-Mails* sind, wenn Sie an den Herrn Ita mailen?

Dr. Herwig Haidinger: Richtig. Das war außerhalb der Linie in seiner Funktion als Kabinettschef gerichtet, damit er aufgrund seiner Funktion und seiner Gestaltungsmöglichkeiten mithilft, da etwas zu ändern.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Jetzt halte ich Ihnen vor ein Mail von Ihnen an den Herrn Ita vom 27.2.2004 – wir haben es heute schon einmal gehört –, wo es heißt – ich zitiere –:

Noch etwas, Mathias: Versuche nicht, mich auf dem Gebiet der Information und Desinformation zu schlagen. – Zitatende.

Können Sie uns ein bisschen erklären, was Sie damit meinen?

Dr. Herwig Haidinger: Diese Mail ist an mehrere Leute gegangen. Diese Mail, übrigens aus dem Jahr 2004, die habe ich nicht. Ich habe auch einige Mails zurückliegend gelöscht. Diese, glaube ich, habe ich nicht mehr im Verzeichnis. Wie auch immer: Diese Mail ist, glaube ich, an mehrere Personen gegangen.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Ja, aber auch an den Herrn Ita!

Dr. Herwig Haidinger: Auch an Ita, Mathias Vogel und so weiter. Diese Mail hat im übrigen auch die „Kronen Zeitung“ bekommen ...

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): War das auch in der Linie?

Dr. Herwig Haidinger: ... und hat sich über mich hergemacht, ich sei – ich weiß nicht – der „König der Desinformation“. Dieses Gerücht ist *da* gebildet worden, nicht von mir; ich habe mich nicht so bezeichnet. Das ist im Zusammenhang zu sehen mit der Reform „*team 04*“.

„Team 04“ war ein guter Gedanke. Warum sollte man diese Exekutivkörper denn nicht zusammenlegen? Darüber ernsthaft zu diskutieren und es zu tun, warum denn nicht? Was allerdings dann passiert ist, hat zu einer, wenn man es höflich formuliert, starken Ineffizienz der Kriminalpolizei in Österreich geführt. Das ist durch Zahlen belegbar, auch im internationalen Vergleich, insbesondere was Raubdelikte und die Aufklärungsquote betrifft. Wir haben schlechte Werte.

Das alles habe ich in etwa so gesehen. Der Herr Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit und der Direktor des Bundeskriminalamtes damals haben der Ressortleitung schriftlich mitgeteilt, dass sie, was die Umsetzung der Reform betrifft, den Wachkörper der Behörde *beigeben* wollen – und *nicht unterstellen*. Das heißt, näher zur Sicherheitsbehörde zu rücken.

Es hat vielfach Auseinandersetzungen dazu gegeben, und das soll fachlich auch passieren. Man soll Kritik hören, man soll sich damit auseinandersetzen. – Es ist ein anderer Weg gegangen worden.

In diesem Zusammenhang – jetzt zu der Mail, und jetzt kommt es zum Schluss – hat es mehrere Vorhaben gegeben, die von der Projektleitung – ich nenne es: mental reserviert – beim politischen Entscheidungsträger abgehandelt wurden, und als dann die Lenkungsausschuss-Sitzungen stattfanden im Innenministerium – und ich war in diesem Lenkungsausschuss vertreten als der Vertreter der Kriminalpolizei und dafür verantwortlich; übrigens nur deswegen, weil der Generaldirektor mich hineinnominiert hat, vorher hat mich das Kabinett hinausgenommen –, da hat es auch Auseinandersetzungen gegeben. Und es wurden wesentliche Dinge, ehe sie dem Lenkungsausschuss vorgelegt wurden, der das zu kontrollieren, zu gestalten hatte und auch Weisungen zu erteilen hatte, abgesprochen. Die Projektleitung ist in das Steering Committee gekommen schon mit Entscheidungen des politischen Entscheidungsträgers. Was sollte der Lenkungsausschuss da noch machen?

In diesem Zusammenhang ist die Mail zu verstehen.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Darf ich bitten: Ich habe nur 15 Minuten, und eigentlich war das schon sehr ausführlich beantwortet!

Dr. Herwig Haidinger: Da wurden legistische Vorhaben sozusagen mental reserviert ausgearbeitet und als fertiges und entschiedenes Produkt in den Lenkungsausschuss gebracht. Das habe ich angesprochen.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Herr Dr. Haidinger, waren Sie eigentlich frustriert, weil Sie mit Ihrem Aufzeigen und mit der Unternehmenskultur, mit den Missständen, die Sie aufdecken wollten, nicht vorgedrungen sind?

Dr. Herwig Haidinger: Nein, ich war nicht frustriert und ich bin auch nicht frustriert. Ich bin heute noch engagiert. Wenn ich Ansichten vertrete, die halt die politische Führung oder der Vorgesetzte nicht umsetzen will, dann versuche ich, weiter zu argumentieren.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Kann es sein, dass Sie vielleicht noch aus einem anderen Grund frustriert sind? Ich halte Ihnen noch ein Mail vor, das Sie wieder an Herrn Ita geschrieben haben, und zwar am 7.3.2006:

Lieber Philipp, in der Sache: Ich hab dir gesagt, ich möchte die Funktion des Stellvertretenden Generaldirektors zurück haben, und zwar sehr rasch.

Und weiter – das ist alles Zitat! –:

Warum ich so nachhaltig darauf dränge? Es hat Gründe. – Zitatende.

Gibt es Gründe? Welche Gründe waren das? Sie schreiben: Rechtswidrigkeiten, Manipulationen, Versagen im Management et cetera. Kann es erstens sein, dass Sie deshalb frustriert waren damals? Und zweitens: Das sind ja strafrechtliche Vorhalte, die Sie da machen. Sie wollen deshalb Ihre Position, und zwar sehr rasch, sagen Sie dem Herrn Ita, als Stellvertretender Generaldirektor zurück, weil es offensichtlich Ihrer Meinung nach Rechtswidrigkeiten gegeben hat. Können Sie uns das beantworten?

Dr. Herwig Haidinger: Ich war nicht frustriert. Ich war motiviert, und ich habe sehr mutig der Ressortleitung gegenüber offen kommuniziert, was ich für richtig und falsch halte. Dem muss die Ressortleitung nicht folgen, das steht selbstverständlich fest, aber getan habe ich das.

Ich weiß nicht, welche Mail Sie da haben. Diese Mail hat so begonnen – sie hat geendet, glaube ich, mit acht bis zehn Seiten. In diesen acht bis zehn Seiten sind eine Reihe von Sachverhalten, die einerseits Versagen des Managements aus meiner Sicht ausweisen und die auch Rechtswidrigkeiten beinhalten. – Ich weiß nicht: Haben Sie diese Ausführung, wo das alles dabeisteht?

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Herr Dr. Haidinger, ich habe Ihnen zitiert – ich habe nicht die ganze Mail zitiert – aus einer Mail vom 7.3.2006. Nur, der Punkt ist doch, Herr Dr. Haidinger, und da werden Sie mir recht geben: Wenn Sie dem Herrn Ita von Rechtswidrigkeiten berichten und deshalb auch Ihre Funktion wieder zurück haben wollen, glauben Sie nicht, dass Sie verpflichtet gewesen wären, Rechtswidrigkeiten anzuzeigen, bei der Staatsanwaltschaft oder wo auch immer?

Dr. Herwig Haidinger: Eine Rechtswidrigkeit heißt nicht immer auch strafrechtliche Relevanz. Ich kann einen Bescheid erstellen oder einen Akt erstellen, kreieren, habe rechtswidrig gehandelt, das heißt aber noch lange nicht, dass das *strafrechtsrelevant* ist. Da sehe ich schon einen Unterschied.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Haben Sie versucht, diese Angelegenheiten auch der Ministerin direkt einmal mitzuteilen, in einem Gespräch oder „in der Linie“ zum Beispiel?

Dr. Herwig Haidinger: Es hat mit der Ministerin fünf Gespräche gegeben. Unter anderem war darin auch, und das müsste auch, glaube ich, Inhalt dieser Ausführungen sein, der Dissens in Oberösterreich. Das war ein klassisches Beispiel für die Auswirkungen der Reform.

Im Sommer, ich glaube 2005, bin ich als Vertreter des Generaldirektors, der zu diesem Zeitpunkt auf Urlaub war, darüber informiert worden, dass ein Polizeidirektor in einem Bundesland eine Weisung erteilt hat, schriftlich, und die würde nicht befolgt werden, und zwar geschlossen vom, ich glaube, Stadtpolizeikommando. Das habe ich in dieser Funktion zur Kenntnis bekommen. Daraufhin habe ich nachgefragt, die Unterlagen eingeholt, den Sachverhalt geprüft und bin zu dem Schluss gekommen: Diese Weisung ist rechtmäßig erteilt worden und wäre also zu befolgen gewesen.

Mir wurde dann auch der gesamte E-Mail-Verkehr dazu übermittelt. Kurz und gut habe ich dann entschieden und habe die Führungskräfte in Oberösterreich angeschrieben, worunter auch Andreas Pilsl war, der damals der stellvertretende Landespolizeikommandant in Oberösterreich war und zugleich Kabinettsmitglied. Die habe ich alle angeschrieben und ihnen gesagt: Ihr könnt nicht eure Kompetenz als Führungskräfte nach oben delegieren, ich gebe euch diese Kompetenz jetzt noch einmal zurück! Schafft mir – bis zu einem bestimmten Zeitpunkt; der war knapp bemessen, wobei ich vorher geprüft habe, ob das möglich war – eine konsensuale Lösung! – Das haben sie auch getan.

In diesem Zusammenhang bin ich dann auch gerügt worden, ich würde die Reform konterkarieren, was natürlich Unsinn war und nicht stimmt. Worauf ich geachtet habe, war: rechtskonformer Vollzug, Management muss funktionieren.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Herr Dr. Haidinger, Sie haben in dem von Ihnen selbst erwähnten Mail vom 12. Juli, das an verschiedene Herrschaften gegangen ist, auch darüber gesprochen, dass Sie von der Ressortleitung angewiesen worden sind, Geldflüsse von der BAWAG oder vom ÖGB an die SPÖ, welche auf Grund der Ermittlungshandlungen durch das Bundeskriminalamt hervorkämen, sofort zu berichten und Unterlagen dazu zu übermitteln.

Dazu möchte ich Sie in der nächsten Runde noch im Speziellen fragen, weil mich das sehr interessiert, die ganze Geschichte; auch, wie die Unterlagen Hausdurchsuchung et cetera weitergelaufen sind.

Aber Sie sagen da drinnen einen für mich auch bedeutenden Satz, nämlich, Sie haben der Ressortleitung rückgemeldet, dass die Staatsanwaltschaft dieses Thema derzeit nicht vordringlich behandeln will.

Können Sie uns das erklären? Heißt das wirklich, dass die Staatsanwaltschaft Wien dieses Thema, nämlich Geldflüsse von der BAWAG an die SPÖ/vom ÖGB an die SPÖ, nicht vordringlich behandeln wollte? Und: Mit welchem Staatsanwalt haben Sie darüber gesprochen?

Dr. Herwig Haidinger: Die Antwort liegt zum Teil in der Antwort, die ich vorher schon gegeben habe. Ich habe die SOKO angewiesen, diese Dinge überhaupt zu ermitteln und genauer zu ermitteln. Und da wurde mir – habe ich vorhin gesagt – mitgeteilt: Wir schreiben dir jetzt einmal einen Inhalt, wie wir das sehen, und weitere Ressourcen für diese Sache sehen wir nicht, weil der Staatsanwalt andere Prioritäten gesetzt hat, nämlich andere Dinge vorher oder intensiver zu ermitteln!

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Welcher Staatsanwalt?

Dr. Herwig Haidinger: Der Staatsanwalt damals war Krakow, und mit dem hat die Sonderkommission offensichtlich geredet.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Der hat Ihnen persönlich mitgeteilt, die Sache ist nicht vordringlich?

Dr. Herwig Haidinger: Mir persönlich nicht! Die SOKO hat mit ihm direkt zusammengearbeitet; er war sehr oft im Haus. Ich habe auch zwei-, dreimal mit ihm gesprochen. Die Prioritätensetzung war eine andere.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Bei der Befragung durch Kollegen Pilz war das auch schon Thema. Sie haben gesagt, Sie haben vom Leiter der SOKO, Salomon, ein E-Mail bekommen, wo das drinnen gestanden ist, was Sie jetzt gerade gesagt haben. Wie haben Sie das dem Ressort kommuniziert?

Dr. Herwig Haidinger: Durch persönliche Gespräche. Im Zusammenhang mit Geldflüssen an SPÖ hatte ich Unterredungen mit Pils Andreas und Treibenreif Bernhard, mit beiden, wobei Pils Andreas mir gesagt hat, ich solle diese Ermittlungen forcieren; das habe ich vorhin schon gesagt.

Über die Ergebnisse: Es gibt dazu einen Aktenvermerk oder, besser gesagt, einen Bericht der Sonderkommission, wie sie die Inhalte oder die strafrechtliche Relevanz dieser Geldflüsse sehen. Das wurde an Pils Andreas zunächst und dann an Bernhard Treibenreif übergeben.

Ich habe mit Pils Andreas auch über die Sache geredet, und zwar über die strafrechtliche Relevanz solcher Geldflüsse. Und in den Mails sehen Sie auch die Argumentation: Eine Bank, die BAWAG, verleiht Geld an, weiß ich nicht, diese und jene SPÖ-Organisation, wie an andere auch. Es ist Geschäft der Bank, Kredite zu geben. Unter welchen Voraussetzungen und mit welchen Sicherheiten sie das tut, ist, denke ich, nach der Art und Weise, wie halt ein Kaufmann seriös handeln soll, zu beurteilen, et cetera. Ich kann mich noch erinnern, damals mitgeteilt bekommen zu haben, so genaue Regeln gebe es da nicht, das sei Risiko und habe mit der Erfahrung der Bank zu tun, wie man was vergibt.

Das habe ich mit Pils Andreas erörtert und ihm auch gesagt, ich werde das prüfen lassen, wie beauftragt. – Herausgekommen ist dann offensichtlich, dass es da keine strafrechtliche Relevanz gibt. Das wurde dann, soweit ich das überblicken kann, auch nicht angeklagt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Im Banken-Untersuchungsausschuss ist festgestellt worden, dass es überhaupt keinerlei Auffälligkeiten gab und dass die Kreditlinien, die die SPÖ bei der BAWAG hatte, alle ordentlich bedient wurden und zu absolut marktüblichen Konditionen gelaufen sind.

Und Sie haben dann quasi berichtet. Das muss noch relativ am Anfang der Ermittlungen gewesen sein. In welchen Zeitraum ist das einzuordnen: der Wunsch der Ressortleitung: Schaut euch überhaupt Geldflüsse an!, und gibt es da irgendwelche Verbindungen?; Sie schreiben das Mail an Salomon; Sie bekommen die Rückmeldung, der Staatsanwalt sieht das nicht als prioritär an; Sie melden das zurück; es wird im Moment nichts gemacht. – In welchem Zeitraum war das alles?

Dr. Herwig Haidinger: Darüber habe ich lange nachgedacht. Ich habe aber jetzt dadurch, dass ich die E-Mails gefunden habe, etwas zum Anhalten. Das war etwa im August 2006. Wenn ich hinein könnte, könnte ich Ihnen das Datum der E-Mail sagen, mit dem ich die SOKO beauftragt habe. Der Auftrag, das zu tun, ist vorher gekommen. Es war etwa im August 2006.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das heißt, im August 2006 kam dieser Aufruf. Haben Sie sich da selber gedacht: Wieso will das Ressort das gerade ein paar Wochen vor einer Nationalratswahl wissen? Ist Ihnen das komisch vorgekommen?

Dr. Herwig Haidinger: Also, ehrlich gesagt: Warum eine Ressortleitung von mir Informationen einholt, ist Sache der Ressortleitung. Es hat eine ganze Reihe von Informationen von mir an die Ressortleitung gegeben, außerhalb BAWAG auch. Das war ein Anruf oder eine Mail, und die Information ist dort hingegangen; das ist ja eine vorgesetzte Stelle.

Das ist auch da gekommen: Berichte diese Dinge! Das habe ich getan. Den Kopf habe ich mir darüber nicht zerbrochen.

Im Übrigen gibt es sozusagen im Tagesgeschäft bei Entführungsfällen – wenn Sie da an Algerien denken et cetera – einfach einen Anruf bei mir, und die Ressortleitung erkundigt sich, was denn da letzter Stand ist. Das passiert – wie soll ich sagen? – fast täglich.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja, aber Nationalratswahlen gibt es nicht täglich, sondern alle vier Jahre – in Zukunft vielleicht nur alle fünf. (*Die Auskunftsperson lacht*) Vielleicht, habe ich ausdrücklich gesagt!

Eine heiße Wahlkampfphase und BAWAG: Das waren doch Themen im Wahlkampf! Das könnte durchaus ein bisschen zu denken geben.

Sie haben auch berichtet, dass Sie Unterlagen im Zuge der Ermittlungen zu Weningers Computer hätten, wo eine Durchsuchung durchgeführt wurde, und dass es da irgendwelche Mitteilungen über Spenden gegeben habe, und zwar, wie ich glaube, der Fraktion sozialdemokratischer Gewerkschafter an Gliederungen der SPÖ. Diese Informationen hätten Sie an das Kabinett weitergeleitet.

Könnten Sie das bitte für den Ausschuss präzisieren?

Dr. Herwig Haidinger: Das ist richtig. Dr. Salomon, der Leiter der Sonderkommission, ist mit einem Zettel – oder waren es zwei Zettel; ich weiß es heute nicht mehr; übrigens habe ich dazu auch vor der SOKO Marent detailliert ausgesagt in Ergänzung zur Einvernahme vor dem Staatsanwalt –, ist also mit diesen Aufzeichnungen zu mir gekommen, weil er von mir den Auftrag hatte, dann, wenn es Geldflüsse an SPÖ gibt, an mich zu berichten, damit ich es der Ressortleitung weiterberichten kann.

Er ist mit diesem Zettel zu mir gekommen. Ich glaube, ich war persönlich bei Bernhard Treibenreif mit diesem Zettel und habe ihm diesen Zettel übergeben. Salomon hat mir noch gesagt, dass das eine Beweismittelsicherung aus einem Laptop vom Aufsichtsratsvorsitzenden Weninger ist.

Das habe ich an Bernhard Treibenreif weitergegeben. Und in der Folge sind Inhalte daraus oder Beträge, wie auch immer, öffentlich nachzulesen gewesen. Ich habe in diesem Zusammenhang Bernhard Treibenreif auch nachher gefragt, was er mit dem, was ich ihm da berichtet oder übergeben habe, gemacht hat. Darauf hat er mir gesagt, er habe das an die Chefin, an die Bundesministerin weitergegeben. Was die damit gemacht hat, das wisse er nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Können sie das zeitlich einordnen, wann das zirka war?

Dr. Herwig Haidinger: Nein, das kann ich Ihnen aus dem Gedächtnis nicht sagen. Das weiß ich nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie sagten jetzt, im August kam der Wunsch, Geldflüsse zwischen BAWAG, ÖGB, SPÖ zu erfahren. Und da haben Sie anscheinend etwas erfahren und das gemeldet.

Die Frage ist: War das vorher? War das nachher? War das genau in diesem Zeitraum?

Dr. Herwig Haidinger: Ich kann das nicht sagen. Aber es ist ja in den Zeitungen erschienen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja, ja. Ich weiß schon, dass ich Zeitung lesen kann.

Dr. Herwig Haidinger: Ich kann Ihnen die Frage konkret nicht beantworten. Verzeihen Sie!

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ist okay. – Sie haben weiters berichtet, dass es den Wunsch der Ressortleitung gab, und zwar namentlich Rauch, Treibenreif, Pilsl – das haben Sie zumindest gegenüber der Staatsanwaltschaft so geäußert –, dass Namen und Ladungstermine von Einzuvernehmenden in der Causa BAWAG an die Ressortleitung zu übermitteln sind. – Können Sie das auch hier im Untersuchungsausschuss darlegen?

Dr. Herwig Haidinger: Die Ladungstermine für prominente Verdächtige oder Zeugen, wie auch immer, für Leute, die einzuvernehmen waren, waren der Ressortleitung zu berichten. Und jetzt wurde ich auch schon gefragt: An wen denn? Das waren entweder Pilsl Andreas, Treibenreif Bernhard oder Pressesprecher. Das waren Termine über Einvernahmen. Und ich kann mich da noch erinnern, dass Dr. Salomon zu mir gekommen ist und Beschwerde darüber geführt hat, dass sich vor allem die Verteidiger der Einzuvernehmenden, aber auch diese selbst, als sie zur Einvernahme ins Bundeskriminalamt gekommen sind, darüber beschwert haben, dass sie von der Presse da vor dem Eingang empfangen werden. Das wurden den Mitarbeitern in der SOKO von diesen Leuten auch vorgehalten.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Da haben Sie dann gesagt, Sie hätten das abgestellt, dass die genauen Termine an das Kabinett übermittelt werden?

(*Dr. Haidinger: Bitte?*) Sie haben die genauen Termine dann nicht mehr berichtet?

Dr. Herwig Haidinger: Ich habe die genauen Termine nicht mehr berichtet, weil die Sonderkommission immer das Problem hatte, dafür gerügt zu werden, dass bekannt wird, wenn sie da zu Einvernahmen kommen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Haben Sie im Zuge dieser Wochenberichte über diese Termine informiert, oder haben Sie auch außerhalb der Linie über solche Fragen berichtet?

Dr. Herwig Haidinger: Diese Mitteilung, wann jemand kommt, die ich gemacht habe, war direkt, nicht im Wege der wöchentlichen Berichtspflicht, sondern direkt an diese Leute.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Telefonisch oder per E-Mail?

Dr. Herwig Haidinger: Freilich telefonisch, ja. Ich glaube, telefonisch. Ja. Ich glaube nicht, dass ich da Listen übermittelt habe, sondern das war ein Anruf: Wer kommt jetzt als Nächster dran, und wann ist denn das?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Woher haben Sie diese Information selber bezogen?

Dr. Herwig Haidinger: Diese Informationen habe ich von der SOKO bekommen, die die Ladungen in Absprache mit dem Staatsanwalt ausgesprochen hat.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Im Rahmen von Wochenberichten oder in anderer Form?

Dr. Herwig Haidinger: Nein, ich habe direkt nachgefragt. Wenn ich den Anruf bekommen habe, aufgefordert wurde, habe ich nachgefragt, angerufen in aller Regel beim SOKO-Leiter selbst, wenn der nicht da war, bei jemand anderem, beim Vertreter oder sonst wem, und habe dann diese Auskünfte bekommen und weitergegeben.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Als Sie dann die Rückmeldung von der SOKO bekommen haben, da ist die Presse da, kam dann nie wieder ein Anruf aus dem Ressort, wann denn wieder ein Prominenter kommt?

Dr. Herwig Haidinger: Ja, kam schon.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wie haben Sie darauf reagiert?

Dr. Herwig Haidinger: Ich habe darauf gesagt, dass ich jetzt nichts mehr sage, weil die SOKO BAWAG im Bundeskriminalamt nur Schwierigkeiten damit hat.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ist Ihnen aufgefallen, dass in den Wochenberichten am Anfang immer der genaue Ort, Zeitpunkt und Zeuge der Ladung standen und dass dann im Laufe der Zeit diese Information immer dünner wurde?

Dr. Herwig Haidinger: Ja, die waren am Anfang auch drinnen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ist Ihnen einfach nur passiv aufgefallen, dass das jetzt nicht mehr drinnen steht, oder haben Sie das mit dem Herrn Salomon besprochen?

Dr. Herwig Haidinger: Nein! Erstens einmal wurden diese Berichte im Laufe der Zeit inhaltlich immer – wie soll ich sagen? – weniger aussagekräftig. In der ersten Zeit waren sie inhaltlich ergiebiger. Im Laufe der Zeit sind die Inhalte – wenn man die alle durchschaut bis ein Jahr später, stellt man das fest – nicht mehr so aussagekräftig gewesen. Am Anfang hat man alles, was man für wesentlich hielt, hineingeschrieben, unter anderem auch diese Termine. Diese Inhalte wurden dann sehr dünn, und in der Folge kam es dann auch nicht mehr zu wöchentlichen, sondern zu zweiwöchentlichen Berichten.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wieso wurden die so dünn?

Dr. Herwig Haidinger: Weil das Interesse einfach abgenommen hat. Das ist meine Ansicht dazu.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wann war dieses Interesse erlahmt?

Dr. Herwig Haidinger: Das kann ich nicht so genau sagen. Da war – ich weiß nicht, wie viele – jede Woche ein Bericht. Das sind so und so viele Wochen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie haben vor der Staatsanwaltschaft und im Innenausschuss weiters berichtet, dass es den Wunsch der Ressortleitung, namentlich des Pressesprechers Rauch, gab, dass Sie den Journalisten Worm mit Informationen beliefern. – Können Sie das dem Untersuchungsausschuss auch darlegen?

Dr. Herwig Haidinger: Ich hatte den Anruf von Johannes Rauch bekommen, ich möge den Journalisten Worm empfangen. Das hat mir, ehrlich gesagt, nicht gepasst, und ich wollte es auch nicht. Ich musste es dann aber tun. Ich soll mit ihm über die Sache reden und halt – weiß ich nicht – irgendetwas darstellen.

Johannes Rauch hat niemals zu mir gesagt: Sage ihm auch Amtsgeheimnisse! – das stelle ich gleich einmal klar! –, sondern, ich soll mit ihm reden, und er brauche da etwas, und wir brauchen eine gute Stimmung bei der Presse wegen der Nationalratswahlen.

Ich habe Worm dann auch bei mir in meinem Büro gesprochen, habe aber vorher den Pressesprecher Oberst Hesztera, der mittlerweile bei EUROPOL ist, darüber informiert und gesagt: Du musst da dabei sein! Der war dann auch dabei, und ich habe ihm auch gesagt: Ich muss das Gespräch machen, obwohl ich es nicht will, aber okay, ich mache es! Und dann haben wir beide ausgearbeitet, was wir dem Worm sagen würden, nämlich unter Beachtung der Amtsverschwiegenheit in Wahrheit nichts, wenn Sie es so wollen. Hesztera hat es so genannt, als versierter Pressemensch: Wir haben Nebeltöpfe geworfen! – und das ist Gott sei Dank vorbeigegangen.

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Die Redezeit ist erschöpft. Wir kommen nun zu den 10 Minuten-Reden. Am Zug ist die ÖVP. Diese Runde beginnt mit der Beantwortung der noch nicht beantworteten Fragen. Und dann kommen wir zu den Fragen. (*Abg.*

Mag. Kukacka: Aber ich möchte nicht, dass der Dr. Haidinger 15 oder 10 Minuten lang antwortet!)

Ich wollte gerade den Herrn Dr. Haidinger ersuchen, seine Antworten zeitlich so zu dimensionieren, dass damit nicht die Fragezeit der ÖVP gegenkonsumiert ist, und so energiereich und so rasch wie möglich zu antworten.

Dr. Herwig Haidinger: Ich soll zunächst einmal alle Fragen beantworten, die gestellt wurden.

Das uns unterstellte Naheverhältnis Pilz/Haidinger oder die Behauptung, Haidinger würde mit Pilz schon lange zusammenarbeiten, ist überhaupt nicht zutreffend.

Abgeordneter Mag. Helmut Kukacka (ÖVP): Aber es gibt den Sachverhalt, den ich schildert habe!

Dr. Herwig Haidinger: Ja, ja, natürlich. Auf den gehe ich gerne und selbstverständlich ein. Es ist alles richtig, was Sie da schildert haben. Im Übrigen haben Sie das auch schon vor dem heutigen Tag schildert. Das ist mir auch schon im Ausschuss vorgehalten worden. Und es ist gemeint oder gedacht worden – ich weiß es nicht –, Haidinger hätte da irgendwas getan, was nicht in Ordnung ist. Wie auch immer. Ja, das ist inhaltlich alles richtig und alles dokumentiert. Gott sei Dank, sage ich. Es ging damals um die Geschichte Bürstmayr.

Abgeordneter Mag. Helmut Kukacka (ÖVP): Zu dem Fall kommen wir ohnehin noch.

Dr. Herwig Haidinger: Meine Stellvertreterin hat nicht nur mir geschrieben und die Mails auch an mich geschickt, sondern an andere auch, die sind dann auch weitergegangen, und sie hat informiert, dass ihr, ich weiß nicht, Pilz auf die Pelle gerückt ist, und hat mich angerufen. Ich glaube mich erinnern zu können, ich war in Wiesbaden, die Herbsttagung in Wiesbaden war es, Terrorbekämpfung. Ich glaube schon, weil sie mich angerufen und gefragt hat, was sie da jetzt tun soll, et cetera. Diese Inhalte sind alle richtig, es ging damals um diese Sache, und es ist auch richtig, dass ich gesagt habe zum Abgeordneten Pilz, er kann zu mir kommen, ich möchte das aufklären, ich möchte ihn über die Dinge da informieren. Das ist alles richtig. Unrichtig ist, dass ich dem Abgeordneten Pilz auch nur eine Information dazu gegeben habe. (*Abg. Dr. Pilz: Leider!*)

Abgeordneter Mag. Helmut Kukacka (ÖVP): Das habe ich auch nicht gesagt.

Dr. Herwig Haidinger: Ja, ich sage, was zu sagen ist, und ...

Abgeordneter Mag. Helmut Kukacka (ÖVP): Weil Sie nicht da waren, weil er an die Frau Dr. Raninger gekommen ist und nicht an Sie!

Dr. Herwig Haidinger: Nein, nein, nein! (*Abg. Hornek: Blöde G'schicht'!*) Nein, das ist eine *gute* Geschichte!

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Bitte nicht diskutieren, sondern antworten!

Dr. Herwig Haidinger: Schade. Gut, ich werde mich disziplinieren.

Das ist eine gute Geschichte deswegen, weil sie zeigt, dass ich nicht nur Peter Pilz gegenüber, sondern allen Sicherheitssprechern der im Parlament vertretenen Parteien gegenüber relativ offen war. Sie werden mir ja wohl bestätigen, dass ich Sie jedes Jahr eingeladen habe ins Bundeskriminalamt, um über die strategische Ausrichtung der Kriminalpolizei zu reden. Ja, warum denn nicht, um Himmels willen!?

Ich habe an Peter Pilz keine Informationen gegeben, ich habe eine E-Mail geschrieben, ehe ich an Pilz herantreten bin. Ich bin dann letzten Endes auch gar nicht an Pilz herantreten. Ich habe an den stellvertretenden Kabinettschef, der hieß damals Mag. Gattringer Wolfgang, eine E-Mail geschickt: Pilz möchte mit mir reden, wie soll ich mich verhalten?

Abgeordneter Mag. Helmut Kukacka (ÖVP): Aber erst nachdem das publik geworden ist! (*Dr. Haidinger: Nein!*) – Das ist der Unterschied. (*Dr. Haidinger: Nein!*) – Jawohl!

Dr. Herwig Haidinger: Ach so, zeitlich? Meinetwegen.

Abgeordneter Mag. Helmut Kukacka (ÖVP): Ja, zeitlich, natürlich! Erst nachdem sie von der Frau Dr. Ranninger eine Abfuhr erhalten hat und sie Sie informiert hat über dieses Gespräch mit dem Dr. Pilz und Sie gewusst haben, dass das das Kabinett weiß, haben Sie angefragt, ob Sie mit dem Dr. Pilz sprechen dürfen. Das war der wahre Zusammenhang.

Dr. Herwig Haidinger: Zeitlich nachher. Versuch nicht, mir ständig etwas zu unterstellen! Ich habe nichts gemacht!

Abgeordneter Mag. Helmut Kukacka (ÖVP): Nein, überhaupt nicht. Klarheit!

Dr. Herwig Haidinger: Ich habe, bevor ich an Pilz herantreten bin – ich habe ja gar nicht gewusst, dass Pilz interveniert hat, wenn mich die Ranninger nicht anruft; wie auch immer –, eine E-Mail – die E-Mail liegt vor, natürlich, ist eh klar – an Gattringer Wolfgang geschickt und habe ihn gefragt: Pilz möchte mit mir in dieser Sache reden, wie soll ich mich verhalten? Eine E-Mail-Antwort darauf habe ich natürlich nicht bekommen, sondern er hat mich angerufen, war ziemlich erregt und wütend und hat gesagt, Sie müssen selber wissen, was Sie tun können und was nicht. Und dann habe ich Pilz gar nicht kontaktiert.

Abgeordneter Mag. Helmut Kukacka (ÖVP): Sie haben jetzt wieder darauf hingewiesen, dass Sie immer in der Linie auch Ihre Vorgesetzten informiert haben. Ich halte noch einmal fest die Aussage, dass das offenbar nicht der Fall war, Sie haben über keinen dieser Amtsmissbrauchsvorfälle Ihren Generaldirektor entsprechend informiert. (*Widerspruch der Auskunftsperson.*) Er hat etwas anderes gesagt! Sonst machen wir eine Gegenüberstellung!

Sie haben jetzt wieder gesagt – das ist auch vom Kollegen Krainer releviert worden, diese Geldflüsse von der BAWAG an die SPÖ –, dass hier das Kabinett quasi verlangt hätte, Ermittlungsergebnisse bekanntzugeben. Sie haben gesagt, dass das dann in den Medien erschienen ist und dass das dann ein Thema war, dass hier möglicherweise missbräuchlich diese Daten verwendet werden, um der SPÖ zu schaden. Und Sie haben sich dabei auch auf die „Oberösterreichischen Nachrichten“ berufen, die Sie hier angesprochen haben. Das würde den Herbst 2006 betreffen; jetzt lese ich Ihnen vor. Das erste Mal in den „Oberösterreichischen Nachrichten“ ist etwas über die Geldflüsse gestanden am 6.6.2007, und Sie wissen auch, was dort gestanden ist, und zwar nicht von den Ermittlungsunterlagen des Innenministeriums und des BKA, sondern aus dem Gerichtsakt der BAWAG. Und zwar handelt es sich hier um Unterlagen, die beschlagnahmt wurden bei der Hausdurchsuchung des Herrn Günter Weninger. Da haben sich bei Weninger Vermerke aus seinem Notebook gefunden. Dort schreibt Weninger:

Aufstellung der Wahlspenden 1995 und 1999 – mit Hartl besprochen, dass wir dieses Mal der Bundespartei 2 Millionen Wahlspende geben und Wien nur 500 000.

Weninger vermerkt, dass er Rudolf Hundstorfer informiert habe; der war damals Chef der Gemeindebediensteten: Rudas gab mir die Kontonummer bei der Bank Austria durch; in Wien soll Hundstorfer die Wahlspende übernehmen.

Also in den „Oberösterreichischen Nachrichten“ ist das dokumentiert, aber das stammt nicht, wie Sie insinuierten, aus den Ermittlungsergebnissen, sondern das stammt aus dem Gerichtsakt, wie die „Oberösterreichischen Nachrichten“ selbst schreiben in einem Artikel vom 13.2.2008:

Obwohl BKA-Chef Haidinger über brisante Dokumente über SPÖ-Parteifinanzierung durch den ÖGB nachweislich bereits Monate vor der Nationalratswahl verfügte, wurden erst diese ein halbes Jahr später öffentlich durch einen Bericht in den „Oberösterreichischen Nachrichten“, der sich auf den Gerichtsakt stützt.

Also die Vorwürfe, die Sie hier erheben, sind einfach unrichtig, weil das, was Sie hier zitieren, stammt überhaupt nicht aus Ermittlungsergebnissen. Erstens dokumentiert das Geldflüsse an die SPÖ, damit das klargestellt ist, und zweitens stammt das aus den Gerichtsakten der BAWAG und nicht aus den Ermittlungsunterlagen des Innenministeriums.

Dr. Herwig Haidinger: Ich habe hier zitiert aus den von mir jetzt aufgefundenen E-Mails, die diesen Inhalt wiedergeben, und den habe ich hier dargestellt. Ich kann sie leider nicht vorlesen. Es sind E-Mails an Dr. Salomon, an Folger, wo dieser Inhalt drinnen steht, und den habe ich hier wiedergegeben, wo Dr. Salomon ausführt, dass er Folger und den Ermittlern misstrauet, weil sie Akten mit nach Oberösterreich genommen haben und dann in den „Oberösterreichischen Nachrichten“ etwas erschienen sei. – Das ist der Text dieses Mails, und den habe ich wiedergegeben.

Abgeordneter Mag. Helmut Kukacka (ÖVP): Ja, ja, und das ist falsch!

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Zu meinem Verständnis: Haben Sie jetzt ein Mail entdeckt, auf das Sie vorher nicht zugreifen konnten?

Dr. Herwig Haidinger: Das habe ich vorher ... Ich konnte bis 15.4. nicht zugreifen.

Abgeordneter Mag. Helmut Kukacka (ÖVP): Er hat die Hälfte der Mails gar nicht an die SOKO Marent geliefert, obwohl ihm das vorgeschrieben gewesen ist! Das ist das Faktum.

Dr. Herwig Haidinger: Das ist falsch! Das ist eine Unterstellung, ich hätte etwas nicht weitergegeben, was ich weitergeben hätte müssen.

Abgeordneter Mag. Helmut Kukacka (ÖVP): Das haben Sie ja selbst gesagt!

Dr. Herwig Haidinger: Das weise ich zurück, das ist unrichtig!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich möchte jetzt mit Ihnen einmal durchgehen, in welcher Art und Weise Geldflüsse BAWAG–SPÖ im Bundeskriminalamt untersucht und in welcher Art und Weise sie ans Kabinett der Bundesministerin weitergegeben worden sind.

Die Geschichte beginnt am 3. Juni 2006, Mail Salomon an Zwettler, Bundeskriminalamt: Herr Mag. Krakow hat gestern bezüglich allfälliger Geldflüsse von der BAWAG an die SPÖ angefragt. Auf den angeschlossenen Bericht wird verwiesen. Im Bericht steht:

Direkt wären solche Geldflüsse weder bekannt noch aufgefallen. Aufgrund der bis dato vorhandenen Erkenntnisse kann dies also nicht bestätigt werden.

Aber dann kommt:

Salomon verweist aber auf einen Tagesordnungspunkt eines BAWAG-Vorstandsprotokolls bezüglich Antrag auf Kreditvergabe an die SPÖ Oberösterreich über einen Betrag von 5 Millionen Schilling.

Am 6. Juni, also nach dem Wochenende, um 9.57 Uhr, geht dieses Mail als Information von Ihnen an Generaldirektor Buxbaum und eine knappe Stunde später an Kabinettschef Ita.

Dr. Herwig Haidinger: Verzeihung: Darf ich Sie nur fragen, wann das war. Von wann war die Mail?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Die ursprüngliche war vom 3. Juni 2006, und das Folgemail, also das Mail von Ihnen, war vom 6. Juni 2006. Also da hat es den ersten Verdacht bei den Ermittlungen gegeben, nämlich ein BAWAG-Kredit, ein

möglicherweise unbesicherter BAWAG-Kredit, an die SPÖ Oberösterreich in der Höhe von 5 Millionen Schilling. – Können Sie sich daran erinnern?

Dr. Herwig Haidinger: Dass ich die E-Mail zu diesem Zeitpunkt – darum habe ich gefragt – an den Generaldirektor geschickt habe, hatte ich nicht im Kopf.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Können Sie kurz sagen, wer Herr Folger ist?

Dr. Herwig Haidinger: Herr Folger ist ein leitender Kriminalbeamter. Ich kenne ihn als erfahrenen Mann. Ein Oberstleutnant, zunächst bei der Kriminalabteilung der Gendarmerie in Oberösterreich und nunmehr tätig im Landeskriminalamt Oberösterreich. (*Obmann-Stellvertreter Mag. Kukacka übernimmt den Vorsitz.*)

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Folger legte einen Aktenvermerk an. Der Aktenvermerk lautet – ich lese nur den Kern vor –:

Ich habe im Rahmen der Ermittlungen in der BAWAG-Zentrale gemeinsam mit anderen Kollegen die Protokolle der Vorstandssitzungen genau gesichtet. Dabei ist mir aufgefallen, dass bei allen Kreditanträgen und -vergaben, die in Millionenhöhe getätigt wurden, Zustimmung Vorstand, es immer Sicherheiten gab. Lediglich bei der Kreditvergabe an die Bundesgeschäftsstelle der SPÖ, Löwelstraße, Wien, schienen nie Sicherheiten auf und war in dem Antragsformular unter der Rubrik „Sicherheiten“ lediglich blanko angeführt. Soweit mir noch in Erinnerung, waren es 1998 und 1999 mehrere Kreditfälle, Aufstockungen mit letztlich einem Gesamtvolumen von, glaube ich, 60 bis 70 Millionen Schilling. – Zitatende.

Am 27. Juni um 11.34 Uhr geht an Haidinger und Salomon von Folger ein E-Mail mit dem Aktenvermerk „Geldfluss SPÖ“. Also da haben Sie diesen wesentlich weiter gehenden Hinweis auf Geldflüsse erhalten. Können Sie das bestätigen, und was haben Sie in Folge mit dieser Information getan?

Dr. Herwig Haidinger: Ist das der Bericht – ich habe das gerade auf meinem Desktop gefunden – vom 6. August 2006, geschrieben von Gabmayer (*phonetisch!*), ein Bericht zu den Geldflüssen?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich habe auch den begründeten Verdacht, dass die Akten in jeder Hinsicht unvollständig sind, aber auf das werden wir noch zurückkommen. Ich habe nur eine Berichterstattung von Folger vom 3. Juni 2006 mit Geschäftszahl und so weiter. Darauf beziehe ich mich.

Dr. Herwig Haidinger: Sie fragen mich, ob ich mich an den Inhalt erinnern kann? – Also dass das einmal Thema war, unter welchen Voraussetzungen und Kriterien Kredite vergeben werden, und das deshalb aufgefallen ist, weil in den Vorstandsprotokollen das hervorgekommen ist, dass ein Kredit ohne Besicherung vergeben wird, an das kann ich mich erinnern. Wann ich das bekommen habe, das kann ich Ihnen, verzeihen Sie, nicht sagen. Ich kann mich an diesen Sachverhalt erinnern, und ich kann mich daran erinnern, dass es Thema war, bei den Ermittlungen zu prüfen, wie es, wenn schon strafrechtlich, einzuordnen ist, als Untreue etwa des Vorstandes et cetera. Wobei herausgekommen ist, die Besicherung selbst ist, und das steht in diesem Aktenvermerk, nicht ausschließliches Kriterium.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das kommt in Ihrem Mail vom 27. Juni vor. Vorher gibt es aber noch ein Mail vom 12. Juni 2006, Haidinger an Buxbaum, wo ein Mail vom Herrn Folger an Sie weitergeschickt wird. Im Originalmail steht: Hatte gestern kurzen telefonischen Kontakt mit Mag. Krakow bezüglich Fragenprogramm Aufsichtsräte. Habe dabei kurz meinen Wissensstand bezüglich Anfrage der StA wegen SPÖ-Geldflüsse mitgeteilt. Siehe Aktenvermerk. Ich möchte nichts hervorheben, aber auch Anfragern nichts verschweigen. Freue mich schon auf Montag. – Zitatende.

Dieses Mail geht von Ihnen weiter an den Generaldirektor Buxbaum, und der schreibt wieder handschriftlich dazu: **1. Ita, 2. Ablage.**

Das heißt – wir werden später noch darauf zurückkommen –, es ist in der Linie über die immer dichter werdenden Hinweise und immer genaueren Ermittlungen SPÖ-Geldflüsse von BAWAG immer, praktisch fast zeitgleich, innerhalb einer halben Stunde, einer Stunde an den Kabinettschef der Innenministerin berichtet worden. Sie können sich, nehme ich an, erinnern, dass Sie diese Berichte, auch diese inhaltlichen Berichte, immer an den Generaldirektor weitergeschickt haben?

Dr. Herwig Haidinger: Wenn das auf dem E-Mail-Verkehr so dokumentiert ist, na selbstverständlich. Ich habe den Vorgesetzten informiert. Was der gemacht hat oder wen der informiert hat, das weiß ich nicht. Das höre ich jetzt von Ihnen, dass der das draufgeschrieben hat und an Ita geschickt hat, wie auch immer, das weiß ich nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Jetzt liegt eine ganze Reihe solcher Hinweise vom Herrn Folger vor. Der Kabinettschef ist informiert. Der Generaldirektor ist informiert. Und jetzt schalten Sie sich das erste Mal aktiv ein am 27. Juni in einem Mail um 13.56 Uhr. Da hat es vorher ein Mail um 11.34 Uhr, Folger an Haidinger und cc. Salomon, gegeben, anbei Aktenvermerk „Geldfluss SPÖ“. Ich gehe davon aus, dass das der AV vom 8. Juni ist. 13.56 Uhr schreiben Sie mit Bezug auf die Hinweise auf nicht besicherte BAWAG-Kredite der SPÖ, Haidinger-Mail an Folger und Salomon, ich zitiere:

Bitte prüfen Sie folgende Sache: Unter welchen Voraussetzungen, zumindest kaufmännische Sorgfaltspflicht, kann eine Bank Kredite in Millionenhöhe vergeben über Vorstandsbeschluss, ohne dafür Sicherheiten verlangen zu müssen? Dahinter kann allenfalls ein strafbarer Tatbestand, i.e. Untreue nach StGB, für die Genehmigende, also für die BAWAG, stehen.

Das heißt, Sie sagen, bitte schaut euch das genau an, ob da nicht der Verdacht der Untreue besteht.

Dr. Herwig Haidinger: Ich freue mich noch heute über die präzise Formulierung.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Jetzt war das aber ein Verfahren der Staatsanwaltschaft, und die hat längst gesagt, warum ermittelt wird, und so weiter. Warum machen Sie sich zu dem Zeitpunkt Gedanken über ein mögliches Tatbild und in Absprache mit wem?

Dr. Herwig Haidinger: Ich habe, glaube ich, vorhin schon ausgeführt zu diesem Thema: Das habe ich deshalb getan und mich auch mit dieser halbwegs präzisen Formulierung an die SOKO gewandt, weil mir das von Andreas Pilsl aufgetragen wurde, ich solle diese „Geldflüsse an SPÖ“ forcieren.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): War das zu dieser Zeit?

Dr. Herwig Haidinger: Das muss davor gewesen sein, sonst hätte ich das nicht geschrieben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Dr. Haidinger, den Punkt möchte ich jetzt mit Ihnen genau durchgehen, weil für mich geht aus den Akten nicht hervor und ist überhaupt nicht erklärbar, wie der Chef des Bundeskriminalamtes, der nicht der ermittelnde Staatsanwalt ist, plötzlich auf die Idee kommt zu sagen: Geh, schauts euch doch die BAWAG wegen Untreue an! – Das war also in Absprache mit Herrn Pilsl?

Dr. Herwig Haidinger: Ja.

Obmann-Stellvertreter Mag. Helmut Kukacka: Herr Kollege Pilz, ich muss Sie leider aufmerksam machen, dass Ihre Redezeit abgelaufen ist.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das „leider“ glaube ich Ihnen nicht.
(*Heiterkeit.*)

Herr Kollege Kukacka, ich muss Sie leider darauf aufmerksam machen, dass ich in der nächsten Runde weiterfrage.

Obmann-Stellvertreter Mag. Helmut Kukacka: Richtig, Herr Kollege. Ich bitte um Verständnis, dass ich um dieselbe Vorgangsweise wie bei mir bitte. Die Antwort auf diese Frage kommt beim nächsten Mal. Zuerst kommt Herr Dr. Haidinger zu Ihrer Frage, und dann können Sie bei der nächsten Runde weiterreden.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Sehr geehrter Herr Dr. Haidinger! Sie haben zuerst bei einer Beantwortung gemeint, dass bei diesen Wochenberichten, wenn Ihnen etwas unklar war, Sie Nachrufe getätigt haben, um etwa herauszufinden, worum es sich tatsächlich handelt; Sie haben das als „Nachrufe“ bezeichnet.

Meine Frage: Wurden die Ergebnisse dieser Nachrufe in irgendeiner Form festgehalten, in Form eines Amtsvermerkes oder Sonstiges?

Dr. Herwig Haidinger: Ich bitte um Entschuldigung, ich habe Sie nicht verstanden: die Ergebnisse der ...?

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Nachrufe, wie Sie sie bezeichnet haben.

Dr. Herwig Haidinger: Nachrufe?

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): *Nachrufe*; Sie haben es so bezeichnet. Sie haben zuerst festgehalten, wenn Sie bei Wochenberichten noch Nachfragen hatten, weil Ihnen irgendwelche Sachverhalte nicht klar waren, dann haben Sie nachgerufen. Ich wollte eigentlich nur wissen, wenn Sie dann Klarheit zu verschiedensten Fragen hatten, haben Sie dies dann schriftlich in irgendeiner Form festgehalten? Ist das üblich?

Dr. Herwig Haidinger: Wenn die Frage für mich inhaltlich befriedigend beantwortet wurde, habe ich das, glaube ich, nicht getan, wenn ich Zweifelsfragen hatte. Sie sprechen jetzt von den wöchentlichen Berichten, die ich in der Linie an den Generaldirektor geschickt habe? (*Abg. Neubauer: Ja!*) – Das glaube ich nicht, dass ich darüber schriftliche Aufführungen gemacht habe, wenn mir etwas unklar war, ich nachgefragt habe und eine Antwort dazu bekommen habe. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass ich das schriftlich gemacht hätte.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Dann möchte ich noch einmal für das Protokoll festhalten, dass Sie zuerst gesagt haben, es habe im Innenministerium Gerüchte gegeben, Horngacher habe für Ita die eine oder andere Sache geglättet. – Ist das so richtig?

Dr. Herwig Haidinger: Das ist richtig. Diese Gerüchte habe auch ich gehört, und diese Gerüchte haben viele andere gekannt.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Die Frage, die ich damit verbinde, ist natürlich: Wenn Sie in Ihrer Funktion solche Gerüchte hören, haben Sie versucht, diese zu verifizieren, sind Sie diesen nachgegangen?

Dr. Herwig Haidinger: Ich habe darüber mit Kollegen gesprochen, die diese Gerüchte auch gehört haben, und ich habe mündliche Erörterungen auch mit Martin Kreutner geführt. Unabhängig von den letzten Ermittlungen – oder abgesehen von den letzten Ermittlungen – habe ich mehrfache Gespräche mit ihm geführt, deswegen, weil ich immer wollte, wenn Untersuchungen des BIA zu einem Ergebnis geführt haben, hat mich als Chef der Kriminalpolizei interessiert, was ist hier schiefgelaufen. Also ich wollte immer haben Modi Operandi, wie denn so etwas passiert, um das präventiv einzubauen, damit hier Sperrungen eingezogen werden.

In diesem Zusammenhang ist auch einmal ein Akt untersucht worden, wo auch der Verdacht bestand, es hätte Unregelmäßigkeiten gegeben. Darüber haben Kreutner

Martin und ich mündlich erörtert; zu einer Anklage ist es in dem Fall auch nicht gekommen.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Zu welchen Ergebnissen haben diese Gespräche zwischen Ihnen und Kreutner geführt? Hat das in irgendeiner Form Auswirkungen gehabt? Oder: Was hat Kreutner gemacht?

Dr. Herwig Haidinger: Ich wollte immer – und zwar anonymisiert – die Ergebnisse von solchen Ermittlungen haben, ich hab sie aber nie bekommen. Ich habe mehrfach auch nachgefragt, weil mich das interessiert hat für die Kriminalpolizei in Österreich. Wenn ich weiß, wie etwas passiert ist, dann weiß ich auch, wie ich es möglichst verhindern kann. Dazu ist es leider nicht gekommen. Wir haben mehrere Gespräche darüber geführt.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Das heißt also, konkrete Ergebnisse über die unbefriedigenden Gerüchte, die im Umlauf waren, haben sich nicht gezeitigt?

Dr. Herwig Haidinger: Hat es zunächst nicht gegeben oder lange Zeit nicht gegeben. Als ich dann Dr. Doris Ita einzelne Sachverhalte gefragt habe, hat sie mir dann Ausführungen gemacht, die ich im Übrigen zu Papier gebracht, an das BIA übermittelt habe und das ging dann an die Staatsanwaltschaft weiter. Und das, was sie dazu gesagt hat, was sie mir gesagt hat, hat zu den – wie soll ich sagen? – Gerüchten gepasst oder sie ergänzt.

Dann habe ich mit Martin Kreutner auch über diese Sache gesprochen. Wir haben dann einen Termin vereinbart, der sehr konkret war und wo ich ihm auch Unterlagen in der Sache übergeben habe. Das war eben auch die eine Geschichte mit dem Unfallakt, den ich dann angefordert – zu Recht, sage ich noch einmal, zu Recht angefordert habe – und wo ich gesehen habe, also da ist einiges nicht plausibel. Auch darüber habe ich mit Martin Kreutner geredet und er hat gesagt, ja, sie haben diesen Akt, diesen Unfallakt, auch geholt. Und da muss ja wohl eine Verdachtslage bestanden haben, denn: Wieso holt ein BIA einen Unfallakt von Wien, der eben Philipp Ita betrifft und so weiter und sofort?

Ich habe dann auch gemeint, in diesem Akt – ich weiß es nicht – ist eine Einvernahme des Philipp Ita nicht enthalten, aus welchen Gründen auch immer. Oder, ich weiß nicht, hat das BIA einen Akt, einen ergänzten, einen umfangreicheren, wo halt eine Einvernahme passiert ist. Über all diese Dinge haben wir geredet. Er hat auch gemeint – wiederhole ich auch hier –, ihm ist die Sache auch sehr merkwürdig vorgekommen. Und es passt ja ins Bild, dass das BIA den Akt ausgehoben und einmal angesehen hat.

Warum macht es das? Da wird es Grund haben dazu. Es ist aber da nichts herausgekommen. Er hat gemeint, weiß ich nicht.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Dann darf ich noch auf einen anderen Punkt zurückkommen. Sie haben zuerst gesagt, Sie hatten auch Kontakt zu Rauch. Ich würde Sie deshalb gerne fragen, ob Sie Wahrnehmungen darüber haben, dass ihm die Wochenberichte übermittelt wurden und ob entsprechend auch andere Pressesprecher mit Ihnen Kontakt hatten.

Dr. Herwig Haidinger: Also an die Kontakte mit Johannes Rauch kann ich mich erinnern. Wir haben einander gut verstanden. Ob ich auch mit anderen Pressesprechern – fragen Sie mich nicht, wer das war, ich glaube, die eine ist jetzt noch dort –, natürlich haben ... Also ich kann mich an keinen konkreten Sachverhalt erinnern, mit einem anderen Pressesprecher geredet zu haben oder Minister ... (*Obmann-Stellvertreter Parnigoni übernimmt den Vorsitz.*)

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Auch nicht, ob sie die Wochenberichte erhalten haben?

Dr. Herwig Haidinger: Kann ich mich nicht erinnern, nein. Johannes Rauch kann ich mich deswegen erinnern, weil er mir einmal etwas sehr Interessantes rückgemeldet hat. Die Frau Bundesminister hat mir gesagt, sie ist nicht zufrieden mit meiner Pressearbeit. Ich sei für den Pressesprecher – nämlich für Johannes Rauch – nicht erreichbar oder nie erreichbar – sinngemäß. Ich habe das überhaupt nicht verstanden und habe gesagt, wenn Johannes Rauch mich anruft, es ist an einem Samstag Vormittag, ich gehe mit meinem Sohn einkaufen und ich sehe, Johannes Rauch ruft an, dann hebe ich da auch ab. Also ich bin für ihn Tag und Nacht erreichbar – habe es auch nicht verstanden. Da hat es andere Dinge auch noch gegeben, aber die führe ich hier nicht aus.

Johannes Rauch wurde dann von der Frau Ministerin darauf angesprochen und er sagt zu ihr: Das stimmt ja nicht, Herwig Haidinger, den erreiche ich immer, wenn ich will et cetera. Das hat er mir nachher mitgeteilt und hat mich gefragt, was denn da war. Ich sagte, ich weiß auch nicht, irgendwas hat nicht gepasst, aber es ist schön, wenn du sagst, ich bin für dich immer erreichbar. Also ich weiß nicht, wo das hergekommen ist. Deswegen kann ich mich erinnern. Und wir hatten ein gutes Verhältnis – Johannes Rauch und ich.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Darf ich noch zum Abschluss zwei ergänzende Fragen an Sie richten? Wer hatte nach Ihrer Wahrnehmung insgesamt einen Zugriff auf oder Einsicht in die Wochenberichte? Ergingen die Wochenberichte auch an Krakow oder/und an Amtsdirektor Zwettler?

Dr. Herwig Haidinger: Amtsdirektor ist Zwettler nicht. Das ist der Abteilungsleiter Mag. Erich Zwettler, der Leiter der operativen Abteilung. Die Wochenberichte gingen in der Linie vom SOKO-Leiter an den Abteilungsleiter, vom Abteilungsleiter zum Direktor, vom Direktor zum Generaldirektor. Das ist mein Wissensstand.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Und bezüglich Zugriff oder Einsichtnahme bei den Wochenberichten, haben Sie da eine Wahrnehmung, wer insgesamt die Möglichkeit gehabt haben könnte, Einsicht zu bekommen?

Dr. Herwig Haidinger: Die Leute, die den Text innerhalb der SOKO erstellt oder zugearbeitet haben. Das werden, je nach Themenstellung, unterschiedliche SOKO-Mitglieder gewesen sein, nehme ich an.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Herr Dr. Haidinger, ich möchte mit Ihnen noch einmal entwickeln, wie das war, vom Auftrag weg, den Sie ja auch in Ihrem Mail vom 12. Juli beschreiben. Da schreiben Sie, dass Sie von der Ressortleitung angewiesen worden sind, eben über diese Geldflüsse von der BAWAG oder vom ÖGB an die SPÖ – sofern es solche gibt – zu berichten und Unterlagen zu übermitteln. Wer hat Ihnen dazu den konkreten Auftrag gegeben? Stimmt es, dass es der Herr Pils war?

Dr. Herwig Haidinger: Das ist richtig.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Wie kann man sich das vorstellen? Hat er Sie angerufen? War er bei Ihnen?

Dr. Herwig Haidinger: Er hat mich ins Kabinett geholt und mir zu diesem Thema eben gesagt: Bitte, übermittle im Zusammenhang mit Geldflüssen an die SPÖ, was es da an Ermittlungsergebnissen gibt!

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): War das eine Weisung? Geht das überhaupt?

Dr. Herwig Haidinger: Na, er hat mir das so gesagt. Das Wort „Weisung“ hat er nicht verwendet – muss ich klar sagen. Er hat nicht gesagt, das ist eine Weisung, die erteile ich dir. Wir kennen einander lange. Er hat mich hingeholt in der Funktion, er war

Mitarbeiter im Kabinett, und hat mir gesagt: Bitte, übermittle das! – Ich erteile hiermit die Weisung, Folgendes zu tun – so war es nicht.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Aber Sie hatten den Eindruck, das ist im Sinne der Ressortleitung, der Ministerin, und daher ist das so zu machen?

Dr. Herwig Haidinger: Den Eindruck hatte ich. Ich habe es auch nicht hinterfragt.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Jetzt die Geschichte mit den Weninger-Dokumenten vom PC des Herrn Weninger, die ja bei der Hausdurchsuchung – ich glaube, am 21. Juni – sichergestellt worden sind. Wie hat sich das abgespielt? Wie sind Sie zu denen gelangt? Hat der Herr Salomon die Ihnen gegeben? Oder haben Sie die angefordert? Wie sind Sie überhaupt in Kenntnis dieser Unterlagen gekommen?

Dr. Herwig Haidinger: Diese Unterlage hat mir Dr. Salomon persönlich in meinem Büro übergeben. Diese Unterlage habe ich persönlich an Bernhard Treibenreif, bei ihm im Büro, in der Herrengasse, im Kabinett der Bundesministerin, übergeben.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): In welchem Zeitraum war das? Der Herr Salomon hat es Ihnen persönlich übergeben. Es waren zwei Blätter, haben Sie selbst einmal gesagt.

Dr. Herwig Haidinger: War es ein Blatt oder waren es zwei? Ich kann mich nur erinnern, also, es ist eh vorgelesen worden. Also Geldflüsse an die SPÖ, sichergestellt aus dem Laptop des Aufsichtsratsvorsitzenden, damals Weninger.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Können Sie sich erinnern: Was waren das für Zettel? Da sind ja wahrscheinlich Zahlen draufgestanden.

Dr. Herwig Haidinger: Ja, da sind Beträge drinnen gestanden. Aber fragen Sie mich jetzt nicht, wie viel. Drei Beträge, fünf Beträge? Ich weiß es nimmer. Woran ich mich eben immer erinnern konnte, war, es waren Beträge aufgeführt: SPÖ Wien, Bundes-SPÖ. Die Beträge übrigens in Schilling damals. Ja, ich glaube, Schilling waren das, ja, Schillingbeträge.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Aber es war eindeutig ersichtlich, dass das offensichtlich Dokumente sind, die belegen, dass es Geldzahlungen von BAWAG oder ÖGB an die SPÖ gegeben hat?

Dr. Herwig Haidinger: Da muss man einmal aufpassen. BAWAG war das nicht. ÖGB: Weninger war ja – ich weiß nicht – Vorsitzender der Gemeindebediensteten et cetera. Dieses Faktum habe ich auch ausgesagt damals vor dem BIA, und ich habe dann in einem Mail, nachdem ich die Niederschriften einmal genau durchgelesen hatte, geschrieben, meiner Ansicht nach handelte es sich nicht um einen Geldfluss BAWAG – SPÖ, sondern ÖGB – SPÖ.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Jetzt halte ich Ihnen die Aussage des Herrn Treibenreif vor der SOKO Vorarlberg vor. Er sagt nämlich zu dem Vorwurf, es hätte einen Auftrag an Sie gegeben, diese Ermittlungsergebnisse weiterzugeben – ich zitiere –:

Derartige konkret beschriebene Aufträge oder Anforderungen sind an das BKA beziehungsweise an Dr. Haidinger nie herangetragen worden. – Zitatende.

Wie erklären Sie sich das?

Dr. Herwig Haidinger: Das kann ich mir nur so erklären, dass er seine Sicht der Dinge so darstellt. Ich sage, ich habe diesen Auftrag bekommen und habe zunächst diese Daten auch übermittelt. Es steht ihm frei, das anders darzustellen.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Er sagt in seinen Ausführungen vor der SOKO weiters, dass er von Ihnen solche Unterlagen überhaupt nie bekommen hat – explizit. Es kann sein, dass bei irgendwelchen Wochenberichten irgendwann einmal ein

Anhang war, sagt er; daran kann er sich nicht mehr genau erinnern. Aber von einem Treffen mit Ihnen im Kabinett, dass Sie ihm das übergeben hätten, sagt er, das hat nie stattgefunden.

Dr. Herwig Haidinger: Herr Abgeordneter, ich kann mich sehr genau daran erinnern, mit diesem Zettel zu Bernhard Treibenreif gegangen zu sein. Ich habe ihm diesen Zettel auch gegeben. Und ich habe ihn, nachdem Inhalte darüber erschienen sind, auch darauf angesprochen. Und er hat mir gesagt, ich habe den Zettel der Chefin – wie er sich ausdrückte –, der Ministerin gegeben. Was sie damit gemacht hat, das weiß ich nicht. So wahr ich hier sitze. Das ist meine Aussage.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Ich halte fest: Er hat Ihnen gegenüber gesagt, dass er das der Ministerin übergibt beziehungsweise gegeben hat?

Dr. Herwig Haidinger: So ist es. (*Obmann Dr. Fichtenbauer übernimmt wieder den Vorsitz.*)

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Wissen Sie noch das Datum, an dem dieses Treffen im Kabinett mit Ihnen und Treibenreif stattgefunden hat? Haben Sie da einen Terminkalender?

Dr. Herwig Haidinger: Auf den Terminkalender habe ich keinen Zugriff mehr. Aber es hat die SOKO BAWAG den Terminkalender, glaube ich, aus dem Jahr 2006 ausgehoben. Ich habe gesagt, sie sollen im BKA mal schauen, den Terminkalender, was da herauszufinden ist an genauen Daten. Ich habe ihnen aber auch gesagt, es sind die meisten Termine schon eingetragen, und ich habe die meisten Termine auch nicht selber vereinbart. Also ob ich, wann ich bei Treibenreif war, ob das im Terminkalender ausgewiesen ist oder nicht – kann sein.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Noch eine andere Frage, und zwar: Sie schreiben auch in Ihrem Mail – das ist ja mehrfach schon diskutiert worden – über dieses für Sie offenbar nicht sehr angenehme Gespräch oder die – unter Anführungszeichen – „Anweisung“, dass Sie mit dem Herrn Worm ein Gespräch führen sollen, was Sie eigentlich nicht wollten. In diesem Mail vom 12. Juli merken Sie an, dass Sie dafür auch gerügt worden sind, dass Sie dem Herrn Worm offenbar nicht die gewünschten Informationen geben wollten. (*Dr. Haidinger: Ja!*) – Wer hat Sie da gerügt? Was war das für eine Rüge?

Dr. Herwig Haidinger: Die Frau Bundesminister, in einem persönlichen Gespräch. Klar war für mich, dass die Ministerin wollte, dass ich also gesprächiger bin gegenüber der Presse. Das war mir klar. No na. Ich habe das aber nicht getan. Es hat später auch noch einmal ein Gespräch gegeben mit Worm. Er hat mich da auch angerufen. Ich kann mich noch erinnern, dass es um die Sache Liechtenstein gegangen ist. Da waren meine Leute in Liechtenstein und haben dort Erhebungen geführt. Das ist irgendwie durchgesickert, ist aber auch – wie soll ich sagen? – nicht das schlimme Ding, wenn jemand erfährt, dass Leute des Bundeskriminalamts in Liechtenstein sind und Erhebungen führen. Das hat er mir gesagt, dass er das weiß.

Ich habe gesagt: Ja, wir sind dort und führen Ermittlungen. Und er sagt darauf: Und? Was ist herausgekommen? Sage ich: Herr Worm, bitte, entschuldigen Sie, das wissen Sie, dass ich Ihnen das nicht sage. Seien Sie mir, bitte schön, nicht böse, aber ich sage Ihnen das nicht. Darauf sagt er: Ich bin aber böse, und hat den Hörer aufgelegt.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Bei dieser Rüge durch die Frau Ministerin, hat sie Ihnen auch konkret gesagt, was sie sich erwartet hätte, was Sie dem Herrn Worm sagen?

Dr. Herwig Haidinger: Nein, das hat sie nicht konkret gesagt. Also sie hat nicht gesagt: Übermitteln Sie dem Worm jetzt in diese Richtung Fragen, Dinge, ganz

wurscht, ob sie dem Amtsgeheimnis unterliegen oder nicht. Nein, das hat sie nicht gesagt. Aber klar war für mich, ich sollte Worm bedienen, ihm Informationen geben. Aber, noch einmal klipp und klar: Ich bin nicht aufgefordert worden, da das Amtsgeheimnis zu brechen. Sie war unzufrieden damit, das hat sie mir auch gesagt, das ist auch ihr gutes Recht, mir das zu sagen, wie ich das gemacht habe.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Herr Vorsitzender, nachdem aufgrund dieser Befragung glasklar ein eklatanter Widerspruch zwischen den Aussagen des Herrn Treibenreif vor der SOKO Vorarlberg und der Aussage des Herrn Haidinger von heute besteht, möchte ich schon jetzt ankündigen – das ist deshalb wichtig, weil wir das ja auch fairerweise dem Herrn Haidinger sagen –, dass wir noch heute eine *Gegenüberstellung* des Herrn *Haidinger* mit dem Herrn *Treibenreif* im Anschluss an die Aussagen des Herrn Treibenreif vor diesem Untersuchungsausschuss *beantragen* und wünschen.

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Das ist ohne Weiteres möglich. Treibenreif ist für 15.30 Uhr geladen. Ich würde Sie bitten, Herr Dr. Haidinger, dass Sie die Freundlichkeit besitzen würden ...

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Ich habe nur einen Antrag gestellt, den muss man nicht jetzt abstimmen. Den kann man auch am Schluss abstimmen. Ich sage nur, dass wir das auf jeden Fall beantragen und das notwendig ist, damit wir nach seiner Befragung Herrn Haidinger nicht entlassen und er nicht mehr zur Verfügung steht.

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Ob sich Treibenreif möglicherweise der Aussage entschlägt, ist ein zweiter Punkt.

Herr Dr. Haidinger, besteht prinzipiell zeitlich für Sie die Möglichkeit, sich das einzuteilen?

Dr. Herwig Haidinger: Ich stehe zu Ihrer Disposition.

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Sehr gut. Ich danke herzlich.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich glaube, man kann das erst dann wirklich definitiv sagen, wenn der Herr Treibenreif befragt worden ist; dann wird man sehen, ob er bei seiner Verantwortung bleibt.

Zwei Fragen. Wissen Sie, ob der Zettel, den Sie der Frau Ministerin übergeben haben, veraktet worden ist?

Dr. Herwig Haidinger: Sie meinen *den* Zettel, den Salomon mir, den ich Treibenreif und den Treibenreif der Ministerin gegeben hat, wenn das alles so stimmt – aus meiner Sicht schon.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Genau.

Dr. Herwig Haidinger: Dieser Zettel müsste als Beweismittel Teil des Aktes sein, denn er kam als Sicherstellung aus der Auswertung von Weningers Laptop, nehme ich an.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Aber ordnungsgemäß müsste er veraktet worden sein?

Dr. Herwig Haidinger: Der müsste im Akt enthalten sein.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Okay. Noch einmal zu dem Gespräch mit Worm. Bei der Einvernahme am 8. Februar haben Sie, als Sie geschlossen zu diesem Themenpunkt befragt wurden, gesagt:

Nach dem Gespräch mit Worm wurde ich zur Bundesministerin Prokop gerufen – was Sie auch heute gesagt haben – ... und hat mich diese für die mangelnde

Informationsweitergabe kritisiert. – Zitatende.

Sie haben heute in diesem Zusammenhang schon eingangs gesagt, dass, als Sie aufgefordert worden sind mit Worm zu reden, Ihnen Frau Ministerin gesagt hat, er

brauche da etwas. Am Ende werden Sie für die – ausdrücklich, wortwörtlich – **mangelnde Informationsweitergabe** kritisiert.

Können Sie etwas präziser sagen – Sie müssen sich dabei ja etwas gedacht haben –, was es war, das Frau Ministerin von Ihnen offenkundig gewollt hat und weswegen sie dann Ihre mangelnde Informationsweitergabe kritisiert hat? Welche Informationen kann sie da gemeint haben, die Sie weiterleiten sollten?

Dr. Herwig Haidinger: Ich nehme an, Informationen aus der Fallführung, die der Journalist, der als investigativer Journalist bekannt war, haben wollte, die andere nicht haben, die News-Wert haben, ist ja klar.

Darüber haben Gerald Hesztera und ich natürlich auch geredet. Ich habe gut daran getan, ihn sofort einzubeziehen und die Sache mit ihm durchzureden. Uns beiden war klar, dass da der Pressemann Informationen bekommen sollte. Wir haben gesagt, das schauen wir durch, Informationen gibt es soweit allgemein. Ehrlich gesagt, Worm konnte nicht zufrieden sein, als er da weggegangen ist. Da hat man sich mehr erwartet als das, was ich gesagt habe.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Haben Sie die Frau Ministerin auf Ihre Pflichten im Zusammenhang mit Ihrer Tätigkeit aufmerksam gemacht? Hat sie irgendetwas darauf gesagt? Ich meine, es ist ja ein völlig unübliches Gespräch, dass die Ministerin sagt – noch zu einer Zeit, wo das sehr sensible Daten sind –: Sagen Sie etwas! Dann sagen Sie nichts und sie Sie noch zu sich und erklärt Ihnen noch dazu, dass sie mit Ihnen unzufrieden ist. Ich meine, das ist ja an – entschuldigen Sie – Dreistigkeit kaum überbietbar! Was haben Sie ihr darauf gesagt? Es ist ja nicht üblich, dass ein Minister sagt: Sagen Sie dem Journalisten endlich irgendetwas!

Dr. Herwig Haidinger: Ich bin meistens sehr direkt. In diesem Fall war ich aber diplomatisch. Ich habe sagt: Ja, ja, ja.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Sie haben einfach ja, ja gesagt und sind gegangen.

Es gab auch andere Wünsche, etwa den der Ressortleitung, dem ÖVP-Klub die BAWAG-Unterlagen zu übermitteln. Das hat in einem Gespräch gegipfelt, das Sie mit Herrn Ita geführt hatten. Wie ist das Gespräch verlaufen? Welche konkreten Forderungen wurden an Sie gestellt und was ist bei diesem Gespräch letztlich herausgekommen? – Nur in *kurzen* Worten, wenn das geht.

Dr. Herwig Haidinger: Mittlerweile habe ich nachvollziehen können, dass das Gespräch entweder am 8. oder 9. November 2006 stattgefunden hat, und zwar deswegen, weil ich zu dem Zeitpunkt im Landeskriminalamt Bayern in München bei meinem Kollegen war und dort Erörterungen geführt habe.

Dieser Anruf – später wurden es zwei, er hat mich noch einmal angerufen, das habe ich schon mehrfach ausgesagt – hat mich während einer Sitzung erreicht. Deshalb weiß ich es auch so genau. Ich war in einer Sitzung in München, im Landeskriminalamt Bayern. Mein Handy schlägt an und auf dem Display sehe ich, das ist Philipp Ita, der Kabinettschef. Deshalb habe ich auch abgehoben. Sonst hätte ich während der Sitzung *nicht* abgehoben. Ich bin hinausgegangen und da fragt mich Philipp Ita, ob es nicht möglich wäre, die Akten, die dem Untersuchungsausschuss in der Geschichte BAWAG – der hat einen bei Weitem längeren Titel –, die da übermittelt werden, vorher an den ÖVP-Klub zu übermitteln. Darauf habe ich sinngemäß gesagt, das muss ich mir überlegen, aber jetzt bin ich in München, reden wir nachher weiter. – Ich glaube, ich habe das ohnehin schon dreimal ausgesagt.

Dann kam es zu einem zweiten Anruf und es hieß, die Sache wäre relativ dringend. Dann habe ich gesagt, warte bis ich zurück bin, ich komme wieder nach Wien.

Dann habe ich immer wieder gesagt, ein paar Tage später et cetera. Dann kam es zu dieser Begegnung. Die SOKO Marent hat den Terminkalender ausgehoben und festgestellt, dass, ich glaube, am folgenden Tag ein Termin war, und zwar eine PK, wie auch immer, und er hat mich gefragt, ob es *dieser* Tag sein könnte. Ich sagte, ja, das kann sein, ich weiß es nicht mehr so genau.

Jedenfalls bin ich dann ein paar Tage später mit Philipp Ita zusammengetroffen und es kam zu dieser Szene, die ich mir vom Rahmen her gemerkt habe, weil das im Übrigen das *einzig* Mal in Philipp Itas und meines gemeinsamem Berufsleben war, dass Philipp Ita ausgerastet ist und geschrien hat. Das hat er noch nie gemacht, früher nicht und später nicht. Nur in diesem Fall. Ich hatte den Eindruck, dass er verzweifelt war. Das war nicht ein Anschreien, nicht etwa: Mache gefälligst, was ich sage! Es war kein autoritär ausgeübter Führungsstil, sondern – das ist mein Eindruck – Verzweiflung.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Okay, danke.

Dr. Herwig Haidinger: Ich habe ihm dann gesagt, ich mache das nicht. Im Übrigen habe ich Herrn Abgeordnetem Kukacka dasselbe gesagt.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Aus dem Akt wird erkennbar, dass bei der Frage, ob Sie in Ihrer Position wiederbestellt werden, Ihnen mitgeteilt worden ist, Frau Ministerin wäre mit Ihnen unzufrieden. – Konnten Sie in Erfahrung bringen, was der Grund dieser Unzufriedenheit war?

Dr. Herwig Haidinger: Die Geschichte geht zurück bis ins Jahr 2005, wenn ich das so erklären darf. 2005 – ich glaube im November, jedenfalls im Herbst 2005 – hat mich der damalige Leiter der Personalstelle, Mag. Michael Kloibmüller, zu sich geholt und mir mitgeteilt, dass mein Vertrag, der auf fünf Jahre befristet ist, für den Fall, dass die ÖVP das Ressort noch leitet, jedenfalls nicht verlängert wird beziehungsweise werden würde. Er hat mir zugleich gesagt, ich könnte einen anderen Job auf gleicher Managementebene mit gleichem Gehalt haben.

Ich habe dann gesagt: Nein danke, das will ich nicht! Er hat mir dann auch ausgeführt, warum. Er ist der Bote der Ressortleitung und sagt mir das, wir kennen einander ja gut und er würde das auf diese Art machen, das wäre netter, als wenn man es brutaler täte. Dann hat er mir ein paar Gründe angeführt.

Im Übrigen habe ich zu diesen Inhalten, die mir Michael Kloibmüller mitgeteilt hat, an ihn eine Mail geschrieben, und auch an einen anderen. Ich habe gesagt: Pass auf, darüber, was du mir da gesagt hast, habe ich jetzt nachgedacht: Das sind alles kreditschädigende, unrichtige Geschichten, die irgendjemand in die Welt setzt, dem es nicht passt, wie ich hier führe!

Ich kann Ihnen sagen, worum es da gegangen ist. Ich habe sehr auf rechtskonformen Vollzug und auf Topmanagement geachtet und habe da einige wesentliche Fehlleistungen festgestellt. Ich bin in der Lage, diese Fehlleistungen zu dokumentieren. Diese Fehlleistungen gehen bis dahin, dass dem Innenressort Geld im Wege des § 100 StVO entgangen ist. Das Geld hätte eingenommen werden sollen, aber die Kontrolle hat versagt.

In diesem Zusammenhang habe ich einige Generalsränge für deren Management gerügt und gefordert, ein entsprechendes Controlling einzuführen und so weiter. Es gibt eine ganze Reihe von Beispielen, warum es – wie soll ich sagen? – nicht gerade gut angekommen ist, dass ich im Management Topleistung und im Bereich Recht absolut rechtskonformen Vollzug haben wollte. Das ist dann immer so weiter getragen worden, wie auch immer.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Wie den Akten zu entnehmen ist, haben Sie erklärt, dass die erste Einvernahme von Ihnen im BIA stattfinden sollte und Sie sich

dagegen gewehrt haben. Sie haben gesagt, Sie lassen sich nicht vom BIA einvernehmen. – Können Sie uns den Grund dafür nennen?

Dr. Herwig Haidinger: Ja, den habe ich angegeben vor Herrn Staatsanwalt Gildemeister. Er hat mich gefragt, warum ich das nicht will. Darauf habe ich ihm gesagt, dass ich das deshalb nicht will, weil mir der Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit beim Flug nach Tirana gesagt hat – jetzt weiß ich, wann es war, nämlich am 12. Dezember, beim Hinunterfliegen, da haben wir uns über dieses Thema unterhalten und er hat mir unter anderem gesagt –, er hätte von Franz Lang Mitteilungen und Inhalte übermittelt bekommen im Zusammenhang mit *den* Inhalten, die ich an das BIA geschickt habe. Mittlerweile gibt es ein Verfahren und ich bin auch geladen, irgendwo zum Landesgericht in Wien, ja, wegen „NEWS“, et cetera.

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Danke. Die Zeit ist erschöpft. Wir kommen zu Individualmeldungen, wobei ohne Bindung an die Klubreihenfolge die Zeitbemessung von jeweils maximal 10 Minuten gilt.

Als Erster: Herr Kollege Pilz.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich möchte bei diesem Punkt weitermachen. Zusammengefasst: Kabinettschef Ita wird informiert. Es gibt einen ersten Hinweis auf SPÖ-Geldflüsse. Es gibt Ermittlungen der SOKO BAWAG. Er lässt sich immer weiter informieren. Der erste Hinweis sind die 5 Millionen Schilling Kredit an die SPÖ Oberösterreich. Dann kommt es zu dem weiteren Hinweis, dass es unbesicherte BAWAG-Kredite an die Bundes-SPÖ gegeben habe. Dann kommt Kabinetsmitarbeiter Pilsl, der Dr. Haidinger zu sich ins Kabinett bestellt und sagt: Da müssen wir jetzt etwas machen. Das begründet eigentlich den Verdacht der Untreue. Ermitteln Sie bitte in diese Richtung, schauen Sie sich das genau an und berichten Sie mir darüber! – Ist das so als Zusammenfassung dessen, was bisher geschah, richtig?

Dr. Herwig Haidinger: Sinngemäß ja. Die juristische Kompetenz, also die, mögliche Subsumtion und Untreue zu sehen, kam nicht von Pilsl, das war meine Ingerenz.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Dann hatten Sie den Auftrag, sich das Ganze genauer anzuschauen und am 17. Juli legt Herr Oberstleutnant Folger bezüglich SPÖ-Geldflüssen einen neuerlichen Aktenvermerk an. In diesem Aktenvermerk heißt es – ich zitiere wieder wörtlich –:

Bei der Besprechung am 17. Juli 2006 gegen 13 Uhr im Büro des BKA-Direktors Dr. Haidinger (weilers anwesend SOKO-Leiter Dr. Salomon, Oberstleutnant Gaber) ordnete Dr. Haidinger in der Sache Geldflüsse SPÖ die Einsichtnahme in die Kreditunterlagen der BAWAG an (betreffend gewährte Kredite an die Bundes-SPÖ, Löwelstraße) und die Überprüfung, ob und von wem diese Kredite getilgt wurden. Die diesbezüglichen Erhebungen wurden vom Meldungsleger – also Oberstleutnant Folger – (in Abwesenheit von Oberstleutnant Gaber) und Kollegen Gabmayer (*phonetisch!*) geführt. – Zitatende. Das ist der Aktenvermerk.

Am 18. 7. um 12.11 Uhr wendet sich der Generaldirektor für öffentliche Sicherheit in einem Mail an Kabinettschef Ita. Ich zitiere:

Bitte um Kenntnis. Die unten angeführte Beilage anbei Geldfluss SPÖ war nicht angeschlossen. Ich fordere sie auch nicht an. – Zitatende.

Der Generaldirektor macht etwas ganz Eigenartiges: Er sagt, ich möchte eigentlich gar nicht, dass mir das geschickt wird, ich möchte eigentlich gar nicht, dass es mir berichtet wird. Das war um 12.11 Uhr.

Um 13.42 Uhr, also eineinhalb Stunden später, gibt es ein Mail von Oberstleutnant Folger an Kabinettschef Ita, anbei Aktenvermerk Geldfluss an SPÖ von Folger an Ita. Nach Buxbaums Weigerung, die neuen Informationen und Vorhaben bezüglich SPÖ-

Geldflüssen an den Kabinettschef weiterzugeben, tritt Oberstleutnant Folger aus der Linie, gibt es nicht weiter an den Chef der SOKO, gibt es nicht weiter an den Chef des Bundeskriminalamtes, gibt es nicht weiter an den Generaldirektor, sondern mailt diese Informationen direkt an den Kabinettschef der Innenministerin.

Ich möchte Sie zuerst zu dieser Besprechung vom 17. Juli befragen, die –offensichtlich auf Ihre Veranlassung – zur Frage Recherchen zu SPÖ-Geldflüssen und Öffnung der Kreditunterlagen der BAWAG stattgefunden hat, um hier etwas zu finden. – Was können Sie dem Ausschuss darüber berichten?

Dr. Herwig Haidinger: Ich kann berichten, dass ich diese Vorgaben in Sachen Geldfluss zur SPÖ im Auftrag der Ressortleitung, des Herrn Andreas Pilsl, forciert habe. Darum hat es diese Mails gegeben, worin ich ausführe, wie man das juristisch sehen kann. Dazu hat es die Sitzung gegeben et cetera. Das war alles Ausfluss des Auftrages aus der Ressortleitung. Deswegen war das auch so konkret.

Es hat konkrete Anweisungen darüber, wie in Liechtenstein zu ermitteln ist oder wie – ich weiß nicht – etwas anderes zu tun ist, nicht gegeben, kann ich mir auch nicht vorstellen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Darf ich Sie da gleich etwas fragen ...

Dr. Herwig Haidinger: Das ist der Ausfluss, das ist der Effekt. Das ist die Umsetzung von mir, die ich vorgegeben bekommen habe. So kann man es sagen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Da gibt es einen ganz seltsamen Punkt. Normalerweise sagt ja der Staatsanwalt, jetzt machen Sie das, jetzt machen Sie das und so weiter und gibt Ihnen Ermittlungsaufträge.

Hat es zu dieser Zeit einen Ermittlungsauftrag der StA Wien von Staatsanwalt Mag. Krakow gegeben? Ich finde nämlich nichts dazu in den Akten, auch später nicht. Hat es zu diesem Zeitpunkt einen dem Ausschuss und den Akten unbekanntem Ermittlungsauftrag von Staatsanwalt Krakow – etwa: schaut bitte schön in den Kreditunterlagen der BAWAG wegen SPÖ-Geldflüssen nach – gegeben?

Dr. Herwig Haidinger: Ich kann Ihnen die Frage nicht beantworten, ob zu *diesem* Zeitpunkt ein Auftrag des StA Krakow vorlag oder nicht. Es hat einen Auftrag gegeben, der ist datiert, aber ich kann Ihnen nicht aus dem Kopf sagen, mit welchem Datum.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das Seltsame an dieser Geschichte ist nämlich, dass es da einen Auftrag gibt. Dieser Auftrag wird von *Ihnen* gegeben. Aber die direkte Linie von Staatsanwalt Krakow wäre nicht Chef des Bundeskriminalamtes, sondern SOKO-Leiter. Das heißt, wäre das im staatsanwaltschaftlichen Auftrag erfolgt, hätte der SOKO-Leiter seinen Beamten den Auftrag gegeben. Ist das richtig?

Dr. Herwig Haidinger: Der Staatsanwalt Krakow hat direkt mit dem SOKO-Leiter Salomon *und* mit den Beamten der SOKO in einem Teamwork zusammengearbeitet. Auch gut so. Ich selbst habe mit Krakow und SOKO-Leitung einige Male eine Sitzung gehabt, um Grundsätzliches abzuklären.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sind Ermittlungsaufträge des Staatsanwaltes in dieser Causa in der Linie *über Sie* an die SOKO weitergegeben worden?

Dr. Herwig Haidinger: Nein. Das lief immer von Krakow zum SOKO-Leiter. Mag sein, dass vielleicht bisweilen Erich Zwettler dazwischen war, oder auch nicht. Ansprechpartner für Krakow war der SOKO-Leiter und die Bediensteten der SOKO. Wir haben auch vereinbart, dass er direkt mit diesen Kräften arbeiten kann – Teambildung.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Jetzt taucht aber plötzlich statt des Staatsanwaltes der Chef des Bundeskriminalamtes auf und gibt den Auftrag, ohne dass es einen staatsanwaltschaftlichen Auftrag an die SOKO gibt, in den BAWAG-

Unterlagen nachzuschauen, ob sich irgendetwas bei den Krediten gegen die SPÖ findet. Warum haben Sie das getan? Auf wessen Auftrag hin?

Dr. Herwig Haidinger: Das habe ich im Auftrag des Herrn Andreas Pilsl getan.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Haben Sie ihn gefragt, warum er Ihnen diesen Auftrag erteilt, für den es keinen entsprechenden staatsanwaltschaftlichen Auftrag gibt?

Dr. Herwig Haidinger: Das habe ich ihn nicht gefragt. Im Übrigen kann die Kriminalpolizei auch aus eigenem Antrieb ermitteln, ohne Aufträge der Staatsanwaltschaft abzuwarten. Das ist eigentlich gängige Praxis. Es ist aber auch gängige Praxis in wesentlichen Verfahren, den Staatsanwalt von vornherein einzubinden und direkt mit ihm zu kommunizieren. Das ändert aber nichts daran, dass die Kriminalpolizei auch aus eigenem Antrieb Ermittlungen durchführt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich habe jetzt überhaupt nicht vorgeworfen, dass Sie da einen gesetzwidrigen Auftrag erteilt hätten. Mir ist es nur um die Weisungskette gegangen und wie dieser Auftrag erteilt worden ist. Das haben wir also festgehalten. In diesem Fall ist es ja noch eindeutiger, weil nicht die Linie Krakow-Salomon, sondern die Linie Pilsl-Haidinger beamtet war und das ist eine völlig andere Auftrags- beziehungsweise Weisungskette. (*Abg. Mag. Kukacka: Das stimmt ja nicht, der Auftrag ist ja von Krakauer gekommen! Wie kann man den Ausschuss so anlügen?!*) – Kann man bitte dieses Pflichtgebrüll einstellen? (*Abg. Hornek: Das ist ja unrichtig!*) – Danke für die Einstellung.

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Herr Kollege, ich bitte, den Herrn Abgeordneten sprechen zu lassen! (*Abg. Mag. Kukacka: Wie kann man denn den Ausschuss so anlügen?*)

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Bitte, Herr Kollege Kukacka, gegenüber dem Innenminister keine Vorwürfe dieser Art mehr zu erheben. (*Ruf bei der FPÖ: ... passt gar nicht zu Ihnen!*)

So weit sind wir jetzt mit dem Aktenstand. Nun möchte ich Folgendes fragen, und ich befürchte, Sie können mir diese Frage nicht beantworten. Sie haben heute ganz am Anfang Ihrer Befragungen auf die Mails aus dem Juni 2007 verwiesen, mit denen Sie Dr. Einzinger und später Generaldirektor Buxbaum informiert haben. Ich habe heute auch aus einigen Mails zitiert. Einige davon finden sich in den Mails, die uns Anfang der Woche übersandt worden sind, ganz entscheidende aber nicht.

Können Sie sich erklären, warum zum Beispiel die Mails, mit denen Sie die Spitze des Ressorts auf alle diese Vorkommnisse aufmerksam gemacht haben, in diesem Konvolut von E-Mails fehlen, das dem Ausschuss vom Innenminister übersandt worden ist und von dem er gestern erklärt hat, dass es *sämtliche* auffindbare E-Mails zu den Punkten 1.1 und 1.2, das heißt BAWAG-Geldflüsse SPÖ, enthält? Warum sind diese entscheidenden E-Mails von Ihnen nicht in diesem Konvolut enthalten?

Dr. Herwig Haidinger: Ich kann mir das jetzt nicht erklären.

Tatsache ist aber, dass ich diese E-Mails am 29. 6. an Dr. Einzinger, Sektionschef I, und am 12. 7. an BIA, Buxbaum und Wechner gesendet habe. Am 29. 6. und am 12. 7. 2007! Diese Adressaten haben die E-Mail in ihrem Bestand, nehme ich an.

Abgeordnete Mag. Dr. Beatrix Karl (ÖVP): Es ist bereits in mehreren Stellungnahmen zum Ausdruck gekommen, dass sich auch für das Jahr 1999 klar belegen lässt, dass es Geldflüsse zwischen der BAWAG und der SPÖ gegeben hat. Ich spreche hier von der Festplatte des Herrn Weninger.

In dem Dokument mit dem Namen „Wahlspenden“ hält Weninger eine Besprechung von 21. 6. 1999 mit einem gewissen Herrn Hartl fest, wonach diesmal der Bundespartei 2 Millionen an Wahlspende und Wien nur 500 000 übermittelt werden. Aus einer Notiz

vom 28. 7. 1999 geht hervor, dass für Wahlwerbung von der FSG-GdG ein Scheck in Höhe von 60 000 € überreicht wird. „FSG-GdG“ steht für den Verein „Fraktion Sozialdemokratische GewerkschafterInnen in der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten des Österreichischen Gewerkschaftsbundes“, und diese hat ihren Sitz in Wien. Zur Zeit der Auswertung dieser Unterlagen war Rudolf Hundstorfer Vorsitzender dieses Vereins.

Nun meine Frage an Sie, Herr Dr. Haidinger: Haben Sie auch darüber hinaus Informationen über Geldflüsse der BAWAG an die SPÖ in anderen Bundesländern beziehungsweise an andere SPÖ-nahe Organisationen bekommen? Wenn ja ... (Abg. **Krainer**: Das ist ein Suggestivfrage, bitte! – Abg. **Hornek**: Sie sind nicht am Wort!)

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Bitte um Entschuldigung (Abg. **Krainer**: Das ist eine Suggestivfrage, aus einem einfachen Grund!), das ist nicht Teil des heutigen Beweisbeschlusses. (Abg. **Krainer**: Aus dem einfachen Grund ...! – Abg.

Mag. **Kukacka**: Er meldet sich nicht einmal zu Wort! – Abg. **Krainer**: Lassen Sie mich ausreden! Die Kollegin hat gesagt ...! – Zwischenrufe bei der ÖVP. – Abg. **Krainer**: Zur Geschäftsordnung darf ich mich jederzeit melden, ganz einfach! – Der Obmann gibt das Glockenzeichen.)

Ich bitte herzlich ... (Abg. Mag. **Kukacka**: Das geht nur mit einem Antrag zur Geschäftsordnung! Haben wir ja gestern diskutiert!) Ja, Sie brauchen sich doch nicht so aufzuregen. Ich sage es ja von selbst. (Heiterkeit bei der SPÖ.)

Nummer eins: Ich glaube, dass es sich nicht um einen Antrag zur Geschäftsordnung nach § 59 handelt. Wenn doch, dann muss ich jetzt die Öffentlichkeit ausschließen, dass der Geschäftsordnungsantrag debattiert wird.

Wenn es eine Meldung zur Geschäftsordnung ist, dann wäre das später zu behandeln. Ungeachtet dessen stelle ich fest, dass die Ladung der heutigen Auskunftsperson zu § 1.1 des Beweisbeschlusses und zu 1.2 erfolgt ist. Das ist: „Aufklärung, ob das KBM im Rahmen der kriminalpolizeilichen Aufklärung der ‚BAWAG-Affäre‘ vor den NRW 2006 gezielt Material für den Wahlkampf gegen die SPÖ vom Bundeskriminalamt (BKA) und anderen Dienststellen anforderte“; zweitens: „Aufklärung, ob diese Unterlagen vom KBM gezielt an Medien weiter gegeben wurden“.

Das hindert nicht daran, dass die von Ihnen gestellte Frage in den anderen Beweisbeschlüssen Deckung findet, insbesondere in 1.4, 1.5 und 1.11. Aber heute sehe ich die Gelegenheit dazu nicht. Daher darf ich Sie bitten, die Frage so zu wiederholen, dass sie in den heutigen Beweisbeschluss passt. (Abg. Mag. **Kukacka**: Aber es geht ja um die BAWAG!)

Abgeordnete Mag. Dr. Beatrix Karl (ÖVP): Ja, es geht genau darum, ob solche Informationen ihm zugegangen sind und an wen er sie weitergegeben hat, wenn sie ihm zugegangen sind. (Abg. Mag. **Kukacka**: Natürlich! Es gibt ja keinen klareren Zusammenhang!) Es geht ja um die Aufklärung dessen, ob solche Unterlagen vom Kabinett des Ministeriums gezielt an die Medien weitergegeben wurden. Deswegen möchte ich wissen, wie da der Informationsverlauf war, wenn solche Informationen vorgelegen sind. (Abg. Mag. **Kukacka**: Das ist doch logisch! – Zwischenruf des Abg. **Krainer**.)

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Sie haben das Wort, Herr Kollege Krainer. (Abg. Mag. **Kukacka**: Zur Antragstellung?)

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich fasse es einmal ganz kurz zusammen. Die Kollegin hat von Zahlungen von ÖGB beziehungsweise FSG an SPÖ gesprochen und hat dann in ihrer Fragestellung gesagt – das kann man im Protokoll anschauen –: „Sind

Ihnen darüber hinaus *andere* Zahlungen der **BAWAG** an die SPÖ bekannt?“ (Abg. **Dr. Karl**: *Es geht ja um die BAWAG!*)

Damit tun Sie so, als ob Zahlung von ÖGB beziehungsweise FSG an die SPÖ Zahlungen der **BAWAG** wären, und das ist unstatthaft! Das darf auch nicht in einer Fragestellung derart verpackt werden (*Obmann Dr. Fichtenbauer*: *Ja!*), weil das nicht der Fall ist.

Sie stellen es als Faktum dar, dass es Informationen über Zahlungen von ÖGB/FSG an SPÖ gab, und stellen dann die Frage: „Sind Ihnen darüber hinaus weitere Zahlungen der **BAWAG** an die SPÖ bekannt?“ – Diese Fragestellung ist nicht in Ordnung!

(*Zwischenrufe bei der ÖVP. – Verfahrensanwalt-Stellvertreter Dr. Presslauer*: ... *grundsätzlich Recht!*)

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Bevor wir uns weiter echauffieren, bitte ich da um die Meinung des Herrn Verfahrensanwaltes. Diese hole ich hiermit ein und bitte ihn, sie zu bekunden. (Abg. Mag. **Kukacka**: *Die Panik ist ausgebrochen bei der SPÖ!*)

Verfahrensanwalt-Stellvertreter Dr. Walter Presslauer: Grundsätzlich zu Suggestivfragen: Diese sind ja nicht absolut unzulässig. Ich weise darauf hin: Vor allem, wenn man von Urkunden-Grundlagen ausgeht, sind Suggestivfragen meist eine vernünftige Angelegenheit, um die Befragung zu beschleunigen. Ich möchte für jede Suggestivfrage, die heute gestellt worden ist, 1 €– das wäre ein gutes Zusatzeinkommen!

In der Sache selbst habe ich aber wirklich den Eindruck, dass die Fragestellung so, wie sie gelenkt wurde, doch in Richtung Parteifinanzierung und nicht in Richtung Information der Medien aus dem Innenministerium gegangen ist. – Danke.

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Was heißt das jetzt? Ist die Frage Ihrer Meinung nach zulässig? (*Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Verfahrensanwalt-Stellvertreter Dr. Walter Presslauer: Die Frage war noch nicht so ganz ausgesprochen. Ich kann mir aber nicht vorstellen, dass, so wie die Einleitung war, sie noch in einen zusätzlichen Rahmen gelenkt werden kann. Aber insgesamt sind ja Politiker geschickt genug, man kann es versuchen.

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Bitte, Frau Kollegin, wenn Sie so liebenswürdig wären, die Frage so zu wiederholen, dass kein Streit über den Inhalt der heutigen Tagesordnung entsteht.

Abgeordnete Mag. Dr. Beatrix Karl (ÖVP): Welche Unterlagen betreffend diese Geldflüsse, die ja heute schon mehrfach angesprochen worden sind, sind Ihnen zugegangen?

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Der Zwischenstreit wird in die Zeit nicht eingerechnet.

Dr. Herwig Haidinger: Konkret kann ich mich an den auch hier mehrfach dargestellten Sachverhalt erinnern: diesen Zettel bekommen zu haben von Salomon, übergeben zu haben an Treibenreif.

An andere kann ich mich nicht konkret erinnern.

Abgeordnete Mag. Dr. Beatrix Karl (ÖVP): Vielen Dank. – Sind Ihnen strafrechtliche Handlungen von Weninger, Verzetnitsch, Sallmutter und Nürnberger im Zusammenhang mit der Umgehung bankinterner Limite für Dienstfahrzeuge bekannt? Haben Sie Informationen bekommen? Wenn ja, an wen haben Sie diese weitergegeben?

Dr. Herwig Haidinger: Sind mir jetzt, aus dem Gedächtnis abrufbar, nicht bekannt.

Das heißt, ich sage, das weiß ich nicht.

Der BAWAG-Akt ist ziemlich umfangreich, und ich habe auch kein Detailwissen.

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Entschuldigung, ich möchte nur sagen, ich habe mich vorhin geirrt. Bei 5.1 kommt das Thema, das Sie vorhin angesprochen haben.

Abgeordnete Mag. Dr. Beatrix Karl (ÖVP): Herr Dr. Haidinger, Sie haben auch heute wiederholt, dass Sie sich deswegen nicht mehr vom BIA einvernehmen lassen wollten, weil Ihnen Dr. Buxbaum bei einem Flug nach Tirana gesagt habe, dass ihm Lang Mitteilung gemacht hat, Kreutner habe ihm einiges darüber erzählt, was Sie dem BIA übermittelt haben. Diesen Behauptungen wird sowohl von Buxbaum als auch von Kreutner ausdrücklich widersprochen.

Buxbaum sagt dazu in seiner Niederschrift vom 2. 4. 2008 Folgendes:

Wenn Herwig Haidinger behauptet, ich hätte ihm erzählt, was Lang von Kreutner über ein Gespräch mit Haidinger erfahren hätte, so entspricht das *nicht* den Tatsachen. Lang hat mir nie Mitteilung darüber gemacht, ob und was Kreutner mit Haidinger besprochen hat. – Zitatende.

Ich darf auch aus der Niederschrift von Kreutner vom 2. 4. 2008 zitieren; hier heißt es wie folgt: Ich schließe definitiv, eindeutig und unmissverständlich aus, dass es jemals Informationen zu operativen Ermittlungen auf Grundlage der Aussagen und Eingaben des Herwig Haidinger an irgendwelche dazu nicht berechtigte Personen gegeben hat. Wie erklären Sie sich diese Widersprüche?

Dr. Herwig Haidinger: Ich nehme dazu Stellung oder antworte wie folgt: Was ich gesagt habe – der Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit Erik Buxbaum hat mir am Flug am 12. 12. nach Tirana, als wir über alle diese Vorkommnisse gesprochen haben, mitgeteilt, er habe Inhalte von Lang Franz zu dieser Sache erfahren, das wiederum hätte Lang Franz Martin Kreutner gesagt –, halte ich aufrecht oder sage es heute hier wieder. Das hat Erik Buxbaum zu mir am 12. 12. am Flug nach Tirana gesagt.

Er hat mir noch andere Dinge gesagt, die ich noch *nicht* gesagt habe: dass er nämlich das Ermitteln des BIA im Fall Vranitzky für rechtswidrig gehalten hat, weil es seiner Meinung nach darum ging, herauszubekommen, ob Vranitzky illegal eine Pflegekraft beschäftigt hätte, oder eine Krankenschwester, sinngemäß. Das hat mir Erik Buxbaum auf dem Flug *auch* gesagt! (*Abg. Dr. Karl: Über die Pensionistin?*) – Bitte?

Ich sage, was Erik Buxbaum mir am Flug am 12. 12. nach Tirana gesagt hat. Das hat er gesagt, und er hat wiederholt gemeint, dass hinsichtlich des BIA eine geeignetere Fachaufsicht eingeführt gehörte. Wir haben mehrfach darüber diskutiert: wer übt über das BIA Fachaufsicht aus?, und sind beide zu dem Schluss gekommen: eigentlich niemand, außer die Ressortleitung selbst! – Auch das war ein Thema auf diesem Flug. Ich wiederhole: Das hat Erik Buxbaum zu mir gesagt.

Abgeordnete Mag. Dr. Beatrix Karl (ÖVP): Ich würde gerne bezüglich dieses Widerspruchs eine Gegenüberstellung mit Herrn Buxbaum verlangen.

Abgeordneter Mag. Helmut Kukacka (ÖVP): In diesem Punkt, und in anderen Punkten auch, wo es klare Widersprüche zwischen den Aussagen des Herrn Dr. Buxbaum und des Herrn Dr. Haidinger gibt! Vielleicht nicht heute; über den Termin müssen wir uns noch einigen.

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Wir machen dafür einen Termin. (*Abg. Mag. Kukacka: Okay!*) – Der Nächste: Kollege Neubauer. – Bitte.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Herr Dr. Haidinger, ich möchte zurückkommen auf die Zusammenarbeit zwischen der SOKO BAWAG und der Staatsanwaltschaft.

Welche Wahrnehmungen haben Sie in dem Zusammenhang? Wie ist das Ihrer Ansicht nach gelaufen?

Dr. Herwig Haidinger: Die Zusammenarbeit zwischen der Staatsanwaltschaft oder namentlich Krakow und der Sonderkommission? (*Abg. Neubauer: Ja!*)

Ich bin der Meinung, dass diese Zusammenarbeit sehr gut, sehr eng, in einem Teamwork war. Nicht immer friktionsfrei; das macht gar nichts, man muss nur über die Dinge reden. Ich hatte einen guten Eindruck, von Krakow sowieso und auch von den Mitgliedern der Sonderkommission.

Es war das für mich ein Modell dafür, wie die StPO neu gelebt werden kann. Ich habe diese StPO, damals über Wunsch der ÖVP, federführend für das Innenressort verhandelt. Ich muss Ihnen ehrlich sagen, das ist genau das Modell, das mir vorgeschwebt ist: Der Staatsanwalt arbeitet direkt im Team mit Spezialisten – mit Kriminalisten, mit Betriebswirten und so weiter –, und die Dinge laufen direkt.

Ich habe auch alles dazu getan, die Rahmenbedingungen – Ressourcen, Technik et cetera – entsprechend zur Verfügung zu stellen, und habe dem Staatsanwalt auch angeboten, unser IT-Tool zu handhaben, damit er in der Führung ... – Sie wissen ja, im BAWAG-Prozess wird die Technik bedient und Support geleistet von den Mitarbeitern der Sonderkommission, die aus meiner Sicht – das möchte ich auch hier sagen – hervorragende Arbeit geleistet haben.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Das heißt, dass Krakow direkt die Informationen, die er für notwendig erachtet hat, jeweils von Dr. Salomon erhalten hat?

Dr. Herwig Haidinger: Von Dr. Salomon oder vom operativen Leiter oder von einem Sachbearbeiter. Dagegen habe ich nichts und hätte ich auch nichts gehabt, wenn der Staatsanwalt sich direkt an einen Ermittler wendet.

Es hat zunächst einige Aufregung deswegen gegeben, weil immer wieder Inhalte aus der Fallführung an die Öffentlichkeit gedrungen sind. Darüber habe ich mit Krakow auch geredet. Wir sind dann beide zusammen – um auch zu demonstrieren, dass hier von der Leitung her Vertrauen verlangt, aber auch gegeben wird – in die Sonderkommissionen gegangen und haben gesagt, wir vertrauen dieser Sonderkommission und haben keinen Grund, anzunehmen, dass aus dieser Sonderkommission Information hinausgeht. Aus heutiger Sicht, mit dem Wissensstand damals.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Können Sie mir sagen, welche Medien damals bei den Einvernahmen im BKA anwesend waren?

Dr. Herwig Haidinger: Bei *Einvernahmen*? (*Abg. Neubauer: Ja!*) – Bei Einvernahmen im Bundeskriminalamt gehe ich einmal davon aus, dass gar keine Medien anwesend waren.

Sie meinen, als die Termine waren und die Leute draußen gestanden sind?

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Es hat ja im Prozess Elsner massive Beschwerden darüber gegeben, dass Medien unten gewartet haben.

Dr. Herwig Haidinger: Ah, das, ja. Welche Medien das waren oder wie die Vertreter hießen, das weiß ich nicht.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Ich möchte Sie nach amtsinternen Ermittlungen fragen. Es ist eigentlich üblich, wenn man weiß, dass es immer wieder undichte Stellen geben soll, die an Medien berichten, dass man amtsintern versucht, Ermittlungen darüber einzuleiten, wer die Möglichkeit hätte haben können, Informationen entsprechend weiterzuleiten. – Ist das in Angriff genommen worden?

Dr. Herwig Haidinger: Selbstverständlich! Ich war der Erste, der Interesse daran hatte, das festzustellen: Wo geht denn da etwas hinaus? – Ich habe es leider nicht erfahren. Die Ermittlung selbst wurde, und das ist auch erlassmäßig so vorgesehen, vom BIA geführt. Ich selbst bin dazu allerdings nie befragt worden.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Hatten Sie Wahrnehmungen darüber, wer im BIA die federführende Stelle war, die diese Erhebungen, diese Ermittlungen geleitet hat?

Dr. Herwig Haidinger: Wer die Ermittlungen geführt hat? – Das macht immer ein Team.

Sicher weiß das Salomon; er hat mir nämlich gesagt, dass er einvernommen werden würde, und dann auch, dass er einvernommen worden ist. Wer sonst noch einvernommen worden ist, weiß ich, ehrlich gesagt, nicht.

Wenn Sie wissen wollen, wer Ermittlungen genau geführt hat: Die Leute dort wissen das. Oder Sie können ja auch den BIA-Chef fragen.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Dann werden wir Dr. Salomon befragen. Ich möchte Sie noch fragen: Wer hatte Informationen über vermeintliche Geldflüsse von der BAWAG zur SPÖ?

Dr. Herwig Haidinger: In dem einen Fall, den ich ständig schildere: ich.

Wer in anderen Fällen diese Informationen hatte, kann ich Ihnen nicht sagen. Ich gehe davon aus: derjenige, der die Ermittlungen geführt hat; und vielleicht auch derjenige, der administrativ Zugang zum Akt oder eine leitende Funktion hatte. Wer das im Einzelnen war, kann ich Ihnen nicht sagen; bitte verzeihen Sie mir das.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Letztlich möchte ich Sie fragen: Welche Wahrnehmungen haben Sie hinsichtlich des Herrn Mag. Zwettler und der Informationen, die ihn und seine Person umgeben? Sprich: Von wem hat er Informationen erhalten? An wen hat er Informationen weitergeleitet, beziehungsweise war er verpflichtet, irgendjemandem auf Grund des amtsinternen Regulativs entsprechende Informationen weiterzuleiten?

Dr. Herwig Haidinger: Die besondere Aufbauorganisation – und das ist sie eben immer – Sonderkommission war eingerichtet in der Abteilung III. Ich habe sie bewusst in dieser Abteilung eingerichtet, obwohl einige aus der Ressortleitung gemeint haben, ich sollte sie herausnehmen. Ich habe diese besondere Aufbauorganisation, also die Sonderkommission eingerichtet in der Linie der Abteilung III. Damit war Chef der Sonderkommission Dr. Salomon, stellvertretend dann abwechselnd ein Polizeioffizier oder Gendarmerieoffizier; dem vorgesetzt waren der Abteilungsleiter Mag. Erich Zwettler; ihm vorgesetzt ich und dann Generaldirektor und Kabinett. Wenn Sie mich fragen, wem gegenüber Erich Zwettler berichtspflichtig war, dann war er das mir gegenüber.

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Kollege Krainer, darf ich bitten – jetzt sind wir an einer Schnittstelle: um 13.30 Uhr wäre Dr. Salomon, der schon draußen ist, geladen –, jetzt tunlichst mit präzisen Fragen und entsprechenden Antworten im Sinne der Abwickelbarkeit des vom Untersuchungsausschuss beschlossenen Ablaufs vorzugehen. – Kollege Krainer ist am Wort.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne) (*zur Geschäftsbehandlung*): Wir haben das ja in der Vorbesprechung bereits ausführlich erörtert, und ich habe mir dort erlaubt, darauf hinzuweisen, dass ich es für sehr unrealistisch halte, dass wir mit dieser Zeit das Auslangen finden werden.

Ich gebe nur zu bedenken – und wir müssen dann entscheiden, ob wir die Befragung von Dr. Haidinger unterbrechen und zum nächstmöglichen Zeitpunkt fortsetzen –: Ich bin erst am Anfang meiner Fragen!

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Kollege Krainer ist am Wort. – Dann unterbrechen wir und beraten die weitere Vorgangsweise.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich wollte noch einmal zurückkommen auf diese Unterlage betreffend Geldflüsse ÖGB/SPÖ, die Sie von Herrn Salomon erhalten haben und laut eigener Aussage an Herrn Treibenreif in den Räumlichkeiten des Kabinetts übergeben haben.

War das ein Aktenbestandteil? War das ein extra verfasstes Papier oder war das, wenn ich das jetzt richtig verstanden habe, eine Word- oder Exel- oder sonstige Datei, die in ausgedruckter Form aus Herrn Weningers Computer war?

Dr. Herwig Haidinger: Es war ein Ausdruck, der mir von Dr. Salomon übergeben worden ist. Ein Blatt Papier, auf dem ein paar Zeilen standen. Ich glaube, es war ein Blatt Papier. Ich habe das mit der SOKO Marent erörtert. Sie haben gefragt: Waren es zwei Blätter? War es ein Blatt? Ich habe gesagt, vielleicht war es eins, vielleicht waren es zwei; ich glaube, es war ein Blatt, und da sind ein paar Zeilen draufgestanden, Zahlungen an – sinngemäß.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Würden Sie das Papier wiedererkennen? (*Dr. Haidinger: Ich hoffe!*) – Ist das üblich, dass Sie Aktenbestandteile ins Kabinett bringen? Ist Ihnen das in Ihrer Laufbahn schon einmal passiert? (*Dr. Haidinger: Ja!*) – Das heißt also, es ist üblich, dass Sie aus Ermittlungsakten ...

Dr. Herwig Haidinger: Ja, das kann sein. Das war schon auch ein paar Mal so. Wenn es um wesentliche, wichtige Dinge geht, kann das schon direkt geschehen. Was ich noch im Kopf habe, war die Geiselnahme im Südosten Algeriens 2003, wo ich im Bundeskriminalamt die Taskforce eingerichtet habe. Da gab es, glaube ich, stündlich Telefonkontakt bis hin zu Unterlagenübermittlungen. Das kann also schon sein. Es ist für mich grundsätzlich – Wie soll ich sagen? – nichts Ungewöhnliches, wenn die Ressortleitung – und zwar unabhängig von der Couleur des Ministers – Informationen von mir haben will. Dazu bin ich auch da, diese zu geben. Und das hat es in unterschiedlichen Fallführungen auch gegeben.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Dann darf ich nur noch für das Protokoll festhalten, dass am 26. Feber Herr Kukacka selbst hier wortwörtlich aus dem Aktenvermerk zitiert hat. Zu diesem Zeitpunkt lag dieser Aktenvermerk dem Parlament nicht vor, weil wir zu diesem Zeitpunkt die Akten noch gar nicht angefordert hatten. Das nur zur Frage, ob das jetzt eine Abschrift oder was auch immer war. Er hat bereits zu einem Zeitpunkt zitiert, zu dem er gar keine Abschrift hätte machen können aus diesem Akt.

Das Zweite, was ich noch anmerken wollte zur Fragestellung der Kollegin von der ÖVP vorhin, dass ich kein Problem habe, wenn sie fragt, ob es darüber hinaus noch weitere Geldflüsse vom ÖGB an die SPÖ gibt. Wenn sie aber von ÖGB-Geldflüssen beziehungsweise FSG-Geldflüssen an die SPÖ spricht, dann hat das nichts mit Geldflüssen der BAWAG zu tun. Das ist etwas ganz anderes, vor allem, weil die Geldflüsse von der FSG/dem ÖGB zur SPÖ niemals in irgendeiner Form strittig waren meines Wissens, sondern auch immer klar und transparent im Sinne des Parteienfinanzierungsgesetzes von der SPÖ offengelegt wurden gegenüber dem Rechnungshof und dergleichen, und meines Wissens sogar die dafür fällige Zuwendungsabgabe bezahlt wurde. Das ist etwas ganz anderes, als Geldflüsse von der BAWAG an die SPÖ, die bis heute meines Wissens in keinem einzigen Fall jemals dargelegt werden konnten.

Daran schließt sich auch gleich meine Frage an die Auskunftsperson: Ist Ihnen auf Grund dieser umfangreichen Ermittlungen bekannt, dass es Geldflüsse – abgesehen jetzt von Krediten, die ja ganz normal sind – von der BAWAG an die SPÖ gegeben hätte? Ist Ihnen da etwas bekannt?

Dr. Herwig Haidinger: Das ist mir mit dem jetzt zur Verfügung stehenden Wissen nicht bekannt.

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Es ist offenkundig, dass wir ohne völlige Verwürfelung des sonstigen Tagesprogramms heute mit der Befragung Dr. Haidingers nicht fertig werden können. Daher: einen Satz, eine Antwort.

Abgeordneter Elmar Mayer (SPÖ): Ich packe es ein in zwei Halbsätze. Aussage gegen Aussage: das ist ja oft im Fall der Korruptionsbekämpfung der Fall; einige E-Mails stehen noch aus, wie wir gehört haben, also die bekommen wir nachgereicht in den Akten, die Sie jetzt in der Zwischenzeit gefunden haben. Gibt es noch andere? Wir haben ja umfangreiches Datenmaterial angefordert. Gibt es irgendwelche Kilometergeldabrechnungen, Telefonprotokolle et cetera, die beweisen können, dass diejenigen Termine, die Sie tatsächlich gehabt haben, auch stattgefunden haben? Gibt es irgendwelche Aktenvermerke oder andere Dinge, die noch nicht vorliegen?

Das Zweite: Sie haben gesagt, Sie haben die Spitze der ÖVP bereits auf die Missstände hingewiesen. Was meinen Sie mit „Spitze“? – Danke. – Sie haben diese Woche – im „Morgenjournal“ habe ich das gehört – gesagt, Sie haben die Spitze der ÖVP darüber informiert, welche Missstände im BIA herrschen.

Dr. Herwig Haidinger: Ich habe in meinen elektronischen Unterlagen nachzusehen und 20 000 Mails durchzuprüfen, 13 500 Posteingang, der Rest gesendete Objekte. Das werde ich tun, soweit ich dazu in der Lage bin, so rasch wie möglich.

Was habe ich im Interview gemeint mit „ÖVP-Spitze“? – Ich habe gesagt, ich habe Granden der ÖVP über die Vorkommnisse und vor allem darüber informiert, wie wenig professionell die Gestion mancher Kabinettsmitglieder erfolgt ist. Das habe ich erzählt und darüber habe ich geredet mit Helmut Kukacka und Maria Fekter. (Abg.

Mag. Kukacka: *Mit wem haben Sie gesprochen? Ich habe gerade mit dem Vorsitzenden gesprochen und das daher nicht gehört!* – Abg. Parnigoni: *Mit Kukacka und Fekter!*)

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Die Frage war, mit wem von der ÖVP-Spitze gesprochen worden ist.

Dr. Herwig Haidinger: Über die Vorkommnisse im Innenministerium, in der Ressortleitung, über die Mitglieder des Kabinetts haben wir beide, Herr Abgeordneter (in Richtung des Abg. Mag. Kukacka), mehrfach geredet und so weiter. (Abg.

Mag. Kukacka: *Ja!*)

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Ich *unterbreche* hiemit die Sitzung und bitte zu einer Fraktionsführerbesprechung.

13.49

(Die Sitzung wird um 13.49 Uhr *unterbrochen* und um 14.18 Uhr *medienöffentlich wiederaufgenommen*.)

14.18

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer *nimmt* die unterbrochenen Sitzung *wieder auf* und gibt bekannt:

Kollege Pilz stellt noch eine einzige Frage an Herrn Dr. Haidinger; sodann wird die Einvernahme des Herrn Dr. Haidinger unterbrochen und am 13. Mai 2008 fortgesetzt.

Ebenso werden die von verschiedenen Mitgliedern des Untersuchungsausschusses gewünschten Gegenüberstellungen ebenfalls an diesem Tage stattfinden.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Dr. Haidinger, ich habe hier ein Dokument von Ihnen, das Weninger betrifft, also diese Computerbeschlagnahme und -auswertung. Ich möchte von Ihnen nur wissen, wer hier einen handschriftlichen Vermerk gemacht hat. Ich zeige Ihnen das. (*Abg. Dr. Pilz legt der Auskunftsperson ein Schriftstück vor.*)

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Kann man für das Protokoll festhalten, welches Dokument das ist?

Dr. Herwig Haidinger: Die Frage, die Sie an mich stellen, ist, ob ich erkenne, wer das geschrieben hat?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Damit das auch bei Protokoll ist: Können Sie ausschließen, dass das ein führender Beamter des Bundeskriminalamtes ist? (*Abg. Mag. Kukacka: Sie haben gefragt, wer das ist – und nicht, ob er etwas ausschließen kann!*)

Dr. Herwig Haidinger: Von mir ist das nicht. Ich kann das nicht zuordnen.

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Ich würde bitten, dass man für das Protokoll festhält, um welche Unterlage es sich handelt. (*Abg. Dr. Jarolim: Bitte, das ist eine subjektive Frage! – Abg. Mag. Kukacka: Er kann es nicht zuordnen!*)

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es handelt sich um ein Dokument mit dem Betreff Dr. Wolfgang Flöttl und andere; Weninger G., Hausdurchsuchung am 21.6.2006; Beschlagnahme von Unterlagen, Sichtung, Auswertung. – Das Dokument ist datiert mit 6. September 2006. – Ich glaube, das müsste zur Identifizierung ausreichen. Da ich meine Frage nicht ins Mikrofon gesagt habe und damit sie ordentlich bei Protokoll ist: Ich habe Sie gefragt, ob Sie diese Unterschrift einer Person zuordnen können, und Sie haben gesagt ...

Dr. Herwig Haidinger: Von mir stammt dieser Vermerk nicht – und ihn einer anderen Person zuordnen kann ich nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Die Frage in diesem Zusammenhang war – nur damit wir das auch abhaken können –: Können Sie ausschließen, dass das die Unterschrift und die Handschrift eines führenden Ihnen bekannten Mitgliedes beziehungsweise Beamten des Bundeskriminalamtes ist? (*Abg. Mag. Kukacka: Er hat gesagt, dass ...!*)

Dr. Herwig Haidinger: Ich kann diesen Vermerk keiner Person individuell zuweisen. Das ist meine Antwort darauf. (*Abg. Dr. Pilz: Danke!*)

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer dankt der Auskunftsperson, erklärt damit die jetzige Befragung von Dr. Haidinger für beendet – und ersucht darum, dass dieser, zum Zwecke einer eventuellen Gegenüberstellung, für den Ausschuss telephonisch erreichbar bleiben möge.

(*Die Auskunftsperson Dr. Haidinger verlässt den Sitzungssaal.*)

14.24

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer leitet sodann zu einer Geschäftsordnungsdebatte über.

(Fortsetzung: 14.25 Uhr bis 14.42 Uhr unter Ausschluss der Medienöffentlichkeit; s. Auszugsweise Darstellung; nichtöffentlicher Teil.)

14.43

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer leitet – um 14.43 Uhr – wieder zum *öffentlichen Teil* der Sitzung über und ersucht darum, als *nächste Auskunftsperson* Herrn Min.-Rat Dr. Salomon in den Saal zu bitten.

(Die Auskunftsperson *Min.-Rat Dr. Helmut Salomon* wird von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)

Der Obmann begrüßt Herrn *Min.-Rat Dr. Helmut Salomon* als *Auskunftsperson*, dankt für dessen Erscheinen, erinnert diesen an die Wahrheitspflicht und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage – eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 des Strafgesetzbuches wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft –, stellt fest, dass dieser *keine Vertrauensperson* mitgenommen habe, und gibt dessen Personalien wieder, die von Dr. Salomon als korrekt bestätigt werden:

Dr. Helmut Salomon; geboren am 17.6.1945; Adresse: 1090 Wien, Bundeskriminalamt, Josef-Holaubek-Platz 1; Beruf: Beamter.

Der Obmann gibt bekannt, dass eine Mitteilung der vorgesetzten Dienstbehörde, des Bundesministerium für Inneres mit folgendem Inhalt vorliege:

„Die zuständige Dienstbehörde für die öffentlichen Bediensteten des BMI beehrt sich, dem Untersuchungsausschuss mitzuteilen, dass das Erfordernis der Wahrung der Vertraulichkeit der Aussagen von diesem Bediensteten über solche Themen für erforderlich erachtet wird, die zur Gänze oder teilweise Verfahren betreffen, die noch nicht rechtskräftig beendet sind oder noch nicht im Stadium der Hauptverhandlung behandelt werden. Dies trifft auf den Komplex der verschiedenen BAWAG-Verfahren zu.“

Der Obmann weist ausdrücklich auf das Wort „BAWAG-Verfahren“ hin – und setzt mit der Verlesung des Schreiben fort:

„Zu den beiden Beweisthemen wird daher die für eine Vernehmung unter Ausschluss der Öffentlichkeit notwendige Erklärung gemäß § 3 Abs. 5 Verfahrensordnung hinsichtlich der Ladung des Ministerialrates Dr. Helmut Salomon für den 23.4.2008 abgegeben. Sollte der Hohe Ausschuss von sich aus die Vernehmung unter Ausschluss der Öffentlichkeit beschließen, wird gebeten, die gegenständliche Erklärung als gegenstandslos zu betrachten.“

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer führt dazu aus:

Das Rechtsproblem mit diesem Papier besteht darin, dass es *nicht* völlig deckungsgleiche Vorschriften in der Verfahrensordnung und in den sonstigen Bestimmungen für die Amtsverschwiegenheit gibt, so dass folgende Lösung beschlossen wurde:

Der an Sie zu richtende Frageninhalt der einzelnen Abgeordneten ist mir noch nicht bekannt. Sie selbst müssen im Einzelfall darüber befinden, ob die an Sie gerichtete Frage der Amtsverschwiegenheit unterliegt oder nicht.

Im Prinzip haben wir davon auszugehen, dass es sogenannte Harmlosigkeitsfragen und Vertraulichkeitsfragen gibt. Für die Beantwortung solcher würde sozusagen ein

Sammelkorb errichtet werden, der dann unter Ausschluss der Öffentlichkeit erörtert würde.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wir werden uns – damit wir möglichst viel in medienöffentlicher Sitzung besprechen können; zumindest ich habe das vor – nicht mit den Inhalten des BAWAG-Verfahrens, nicht mit den inhaltlichen Ergebnissen der Ermittlungen und so weiter befassen, sondern mit der Frage, die im Kern von Beweisthema 1.1 und 1.2 steht, nämlich der Frage der gezielten Weitergabe bestimmter Informationen an die Medien. Da herrscht, glaube ich, übereinstimmende Rechtsmeinung in diesem Untersuchungsausschuss und wahrscheinlich darüber hinaus, dass das nicht von Vertraulichkeit umfasst sein kann.

Nur zu Ihrer Information und Sicherheit: Wir bekommen sowohl vom Innenministerium als vom Justizministerium den ganzen BAWAG-Ermittlungsakt und alle Ergebnisse der Sonderkommission „BAWAG“, deren Leiter Sie waren.

Mich würde einmal eines interessieren: Hat es im Laufe Ihrer Tätigkeit als Leiter der Sonderkommission BAWAG irgendwelchen konkreten Vorfälle der ungesetzlichen Weitergabe von Informationen aus Ihren Ermittlungen an Medien gegeben?

Min.-Rat Dr. Helmut Salomon (Bundeskriminalamt): Ich bin seit März 2006 Leiter der *Sonderkommission BAWAG* im Bundeskriminalamt, und diese Sonderkommission gibt es auch jetzt noch und ist auch jetzt noch tätig. Ich kann für mich ausschließen, dass ich jemals irgendwelche Unterlagen an die Öffentlichkeit hinaus gegeben hätte, die ich nicht hätte dürfen. Ich meine, dass das auch für die Mitglieder der Sonderkommission gilt, die in dieser Tätigkeit seit rund zwei Jahren hier Arbeit verrichten.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Da gibt es eine ganze Reihe von Protokollen, Aktenvermerken und so weiter. Ich gehe jetzt nur auf einen Aktenvermerk ein, um das vielleicht etwas leichter zu machen: ein Aktenvermerk von Ihnen vom 29. Juli 2006 betreffend Flöttl Wolfgang und andere, „NEWS“ Nr. 26/06, Verzetnitsch-Protokolle, in dem Sie über die erfolgte offensichtliche Weitergabe der Verzetnitsch-Protokolle an „NEWS“ berichten, wo Sie auch berichten, dass im Großen und Ganzen das inhaltlich korrekt von „NEWS“ wiedergegeben wurde, obwohl es ein paar Unterschiede bei Überschriften, Bildern und so weiter gegeben hat, und Sie gleichzeitig ausschließen, dass Mitglieder der Sonderkommission BAWAG an diesem Bruch des Amtsgeheimnisses beteiligt sein könnten.

Könnten Sie dem Ausschuss diesen Vorfall aus Ihrer Wahrnehmung schildern?

Dr. Helmut Salomon: Aus meiner Wahrnehmung war Ende Juni oder Juli 2006 eine gerichtlich angeordnete Hausdurchsuchung auch an der Adresse des damaligen Präsidenten des ÖGB, Herrn Fritz Verzetnitsch.

Diese dort sichergestellten Unterlagen sind gar nicht in die Obliegenheit des Bundeskriminalamtes gekommen. Was ich mich erinnern kann, sind diese gleich direkt, weil dort auch Herr Staatsanwalt Mag. Krakow anwesend war, von ihm mitgenommen worden. Ich kann daher nur bestätigen, dass diese Unterlagen *nicht* von der Sonderkommission oder allenfalls von mir an „NEWS“ weitergegeben wurden.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Da gibt es dann einen ganz sonderbaren Mailverkehr. Ich zitiere ein paar Beispiele. Ein Mail – das ist vom Systemadministrator, das sind meistens entweder Haidinger-Mails oder Buxbaum-Mails, in diesem Fall scheidet der Generaldirektor aus verschiedenen Gründen wahrscheinlich aus; immer mit Bezug auf diese Verzetnitsch-Protokolle –:

Ich schweige wie ein Grab, andere anscheinend nicht. – Zitatende.

Mit demselben Wortlaut richtet Dr. Haidinger ein Mail an Buxbaum, Hesztera und an Sie und an Herrn Folger wegen:

Ich schweige wie ein Grab, andere anscheinend nicht.

Hier ein erster Bericht aus der SOKO: Oberstleutnant Folger teilt mit, dass die Aktenzahl eine andere sei und er von einem Informationsfluss aus der SOKO an Medien nicht ausgehe. Für mich halte ich fest, dass eine Weitergabe von Protokollen an Medien selbstredend nicht erfolgt ist. Herwig Haidinger. – Zitatende.

Das ist dann auch an den Kabinettschef weitergegangen, wie eigentlich alles in diesem Zusammenhang.

Meine Frage lautet: Ist das jemals untersucht worden aufgrund der Aktenzahl, aus welchen Bereich diese Protokolle stammen müssen, die hier unter Verletzung des Amtsgeheimnisses an „NEWS“ weitergegeben worden sind?

Dr. Helmut Salomon: Wenn ich irgendwelche E-Mails verschickt habe, dann war das maximal an Herrn Direktor Haidinger. Ich habe in keiner Weise E-Mail-Verkehr aufrechterhalten oder gehabt mit dem Kabinett und auch nicht mit Herrn Generaldirektor Buxbaum. In dieser Sache glaube ich mich zu erinnern, dass wir oder ich als Leiter von der Sonderkommission *in keiner Weise* irgendwelche weiteren Erhebungen oder weitere Prüfungen vorgenommen haben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es hat ja im Bereich der Sonderkommission auch ein Beamter namens Oberstleutnant Folger mitgearbeitet.

Können Sie dem Ausschuss kurz sagen, um wen es sich bei diesem Beamten handelt?

Dr. Helmut Salomon: Herr Oberstleutnant Folger war ein zugeteilter Beamter, der in der Sonderkommission, glaube ich, drei Monate mitgearbeitet hat. Er war einer von mehreren Beamten. Die Sonderkommission hat damals in den ersten Monaten ungefähr 15 Beamte umfasst, und zu Zeiten, als die Gruppe größer geworden ist, war insgesamt ein Personalstand von rund 25 Beamten hier in der Sonderkommission beschäftigt. Herr Oberstleutnant Folger war einer von mehreren Beamten, die aus Oberösterreich für die Sonderkommission rekrutiert worden sind, und er hat dort oder in dieser Kommission einige Monate seinen Dienst verrichtet und ist dann nachher wieder zurück nach Oberösterreich gegangen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Hat es in diesem Zusammenhang den begründeten Verdacht gegeben, dass auf ungesetzliche Art und Weise Informationen an – im konkreten Fall – oberösterreichische Medien weitergegeben worden sind?

Dr. Helmut Salomon: Es gab für mich einmal einen Anlass, dass so ein möglicher Verdacht besteht. Ich bin aber der Sache nicht nachgegangen, weil das damals für mich aufgrund der Vielzahl der sonstigen Dinge, die in diesem damaligen Zeitpunkt zu ermitteln waren, keine große Rolle gespielt hat.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Haben Sie im Zusammenhang mit diesen Verfahren selbst einen konkreten Verdacht gegenüber Oberstleutnant Folger geäußert?

Dr. Helmut Salomon: Ich glaube, mich zu erinnern, dass ich irgendwann einmal das gesprächsweise erwähnt habe, aber Details dazu, das weiß ich jetzt nicht mehr genau. Wenn es irgendwelche Unterlagen dazu geben sollte, ich kenne den Akt nicht Seite für Seite, dann müssten man das hier als Bestätigung ansehen. – Mehr kann ich dazu nicht sagen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Im Akt „SOKO Vorarlberg“ scheinen Sie meines Wissens nach – und wir haben genau das besprochene Problem, dass uns das erst jetzt irgendwann in Kopien vorliegen wird – in diesem Zusammenhang als Anzeiger auf. – Ist das richtig?

(Die Auskunftsperson spricht mit Verfahrensanwalt Dr. Presslauer.)

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Ich würde sagen: Das ist ja dann ohnedies aus dem Akt erkenntlich, so dass man vielleicht diese Frage nicht problematisieren soll.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wir werden in dem Moment, wo es uns in Kopie vorliegt, das Aktenstück nachliefern können. Ich hoffe, dass das noch in laufender Befragung möglich ist. Aber das sind die Probleme, die uns der Innenminister verschafft hat.

Ich frage Sie etwas anderes: Am 17. Juli 2006 hat es beim damaligen Direktor des Bundeskriminalamtes eine Besprechung mit dem Zweck gegeben, genauere Ermittlungen in der Causa „Geldflüsse BAWAG/SPÖ“ durchzuführen, insbesondere – und ich zitiere aus einem Aktenvermerk Folger – ordnete Dr. Haidinger in der Sache Geldflüsse/SPÖ die Einsichtnahme in die Kreditunterlagen der BAWAG an, betreffend gewährte Kredite an die Bundes-SPÖ, Löwelstrasse und die Überprüfung, ob und von wem diese Kredite getilgt wurden.

Was können Sie über diese Dienstbesprechung auf Einladung und unter Leitung von Dr. Haidinger sagen?

Dr. Helmut Salomon: Mit Herrn Direktor Haidinger gab es eine Vielzahl von Dienstbesprechungen, anfangs sicher wöchentlich, später dann vielleicht in größeren Abständen, und da sind auch solche Problemkreise besprochen worden und auch Ansätze formuliert worden, in welcher Weise man diese oder jene Sache in späterer Folge erheben oder bestätigen könnte.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich habe den Eindruck, dass Sie sehr, sehr vorsichtig antworten.

Ich wiederhole meine Frage: Ich habe eine konkrete Dienstbesprechung zitiert, bei der Dr. Haidinger Ihnen und anderen Beamten den Auftrag gegeben hat, konkret Geldflüsse BAWAG/SPÖ zu erheben. – Ist Ihnen dieser Auftrag erinnerlich?

Dr. Helmut Salomon: Dieser Auftrag ist mir erinnerlich. Und wenn Sie sagen, dass es darüber einen Aktenvermerk gibt, dann ist es auf alle Fälle so gewesen, und das kann ich bestätigen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Was haben Sie dann im Zuge der Ermittlungen getan, um diesem Auftrag nachzukommen? Wie haben Sie dann SPÖ/BAWAG- oder BAWAG/SPÖ-Geldflüsse recherchiert?

Dr. Helmut Salomon: Ich selbst war der Leiter dieser Sonderkommission, und der Herr Oberstleutnant Folger war, solange er in der Sonderkommission mitgearbeitet hat, mein Stellvertreter. Ich kann mich erinnern, dass der Herr Oberstleutnant Folger mit einem oder zwei Beamten oder Kollegen aus der Sonderkommission sich um diesen Problemkreis selbst gekümmert hat.

Ich habe in dieser Sache keine persönlichen Erhebungen vorgenommen. Aber ich habe dann gelesen, wenn es darüber auch Aktenvermerke gibt, in welcher Form die Erhebungen schriftlich niedergelegt worden sind.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Okay. Also der Beamte, der die konkreten Ermittlungen in der Causa BAWAG – Geldflüsse SPÖ geleitet hat, war Herr Folger?

Dr. Helmut Salomon: Richtig, ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Okay. Da werden wir über den Inhalt genauer fragen müssen. Wenn über die Ergebnisse seiner Arbeit berichtet wurde – also SPÖ-Kredite anschauen und Ähnliches –, wem musste er dann berichten?

Dr. Helmut Salomon: Es war so vereinbart, dass in der Sonderkommission über wesentliche Dinge, die diesen Kriminalfall betreffen, von Haus aus Herrn Direktor Haidinger und auch anderen Personen – ich denke da an den Herrn Mag. Zwettler, der der Abteilungsleiter im Bundeskriminalamt ist – zu berichten war. Es wird sicherlich so gewesen sein, wenn Sie das zitieren – ich habe das jetzt nicht vor mir –, dass dann auch dieser Bericht über diese Erhebung oder über das Erhebungsergebnis an den Herrn

Direktor Haidinger vielleicht mündlich, aber sicherlich dann per E-Mail weiter berichtet worden ist.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Da sind wir jetzt an dem Punkt. (*Obmann Dr. Fichtenbauer: Die Redezeit beachten! Nur einen Satz noch!*) Ich habe nur noch eine ganz einfache das jetzt abschließende Frage. War es auch vorgesehen, dass Herr Folger direkt an den Kabinettschef Ita berichtet?

Dr. Helmut Salomon: Es war in der Sonderkommission nicht vorgesehen, dass irgendein Mitglied der Sonderkommission außerhalb der Sonderkommission Berichte macht. Ich hätte davon wissen müssen, aber dass er Herrn Direktor Haidinger direkt und sicher dann mir in Kopie berichtet hat, das ist ein Fall, der durchaus üblich und auch zu genehmigen war.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Sehr geehrter Herr Dr. Salomon! Herr Dr. Haidinger hat heute hier ausgesagt, dass Beamte der SOKO BAWAG aus Oberösterreich mit Unterlagen nach Oberösterreich zurück sind, wie er das formuliert hat, und die Ergebnisse wurden in der Folge in den „Oberösterreichischen Nachrichten“ veröffentlicht.

Ich hätte an Sie die Frage, ob Sie eine Wahrnehmung haben, wie sich das zugetragen haben kann, welche oberösterreichischen Beamten da überhaupt gemeint sind, und ob es mehrere oberösterreichische Beamte zu diesem Zeitpunkt gegeben hat, die in der SOKO gearbeitet haben?

Dr. Helmut Salomon: In der Sonderkommission BAWAG haben meiner Erinnerung nach zu Beginn, in den ersten Wochen dieser Tätigkeit, mindestens vier Beamte gearbeitet, die aus dem Landeskriminalamt Oberösterreich der Sonderkommission BAWAG in Wien zugeteilt worden sind. Ich habe die Namen jetzt nicht mehr alle im Kopf, aber einer ist Herr Walter Folger und ein zweiter ist ein Herr Glatzmeier – und vielleicht gibt es noch einen anderen, der mir dann noch einfallen kann –, die haben, weil sie sich sicherlich auch aus ihrem Dienstort gekannt haben, natürlich auch Gespräche untereinander geführt, die waren in der Sonderkommission tätig. Ob die Kollegen jetzt nach ihrem, glaube ich, dreimonatigen Einsatz nach ihrer Rückkehr nach Oberösterreich irgendwelche Unterlagen von der Sonderkommission oder von den Tätigkeiten, die sie ausgeübt haben, mitgenommen haben oder nicht, da kann ich nur sagen, das weiß ich nicht, ich habe das nicht kontrolliert.

Dass in dieser Sache – das wurde von Herrn Dr. Pilz schon gefragt – etwas in Richtung eines Verdachts angesprochen worden ist, das kann ich bestätigen, aber es war halt nur die Mitteilung, dass ich am Anfang der folgenden Woche gehört habe, dass es darüber in den „Oberösterreichischen Nachrichten“ irgendeinen Bericht über Details aus den Erhebungen gegeben hätte. Ich habe den Bericht persönlich nicht gesehen, ich habe das nur wahrgenommen und mir etwas dabei gedacht, aber das war's.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Wissen Sie etwas über die veröffentlichten Ergebnisse beziehungsweise wer diese Akten in Verwaltung hielt und wer am ehesten Zugang zu diesen Akten hatte, die dann in der Folge veröffentlicht wurden?

Dr. Helmut Salomon: Sie müssen sich das so vorstellen, dass dieser Wirtschaftskriminalfall BAWAG/PSK eine solche Dimension angenommen hat, dass wir uns ein eigenes Kanzleiverwaltungssystem aufbauen mussten, um diesen riesigen Aktenberg in einem gewissen überschaubaren, eingrenzbaaren Rahmen, wo wir auch wieder etwas finden, zu halten. Ich kann mich erinnern, dass ein oder zwei Kollegen – das sage ich aber jetzt aus dem Gedächtnis –, ich glaube, aus Oberösterreich, begonnen haben, ein Aktenverwaltungssystem für diese Sonderkommission mit der EDV zu konzipieren.

Das habe ich wahrgenommen, das hat auch funktioniert in der damaligen Zeit. Ich habe aber nicht geprüft, ob jetzt der eine oder andere von dieser Sonderkommission sich hier zu Recht oder zu Unrecht die eine oder andere Unterlage mitgenommen oder angeschaut hätte. Das konnte ich nicht, und das kann ich auch nicht machen.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Wie haben die beiden Beamten geheißen? Können Sie sich daran noch erinnern?

Dr. Helmut Salomon: Ich kann die Namen sicherlich nachliefern. Ich weiß nur die beiden Namen, die ich schon vorhin genannt habe. Und dann gibt es noch einen, da fällt mir nur der Vorname ein, der hat Alois geheißen. Der Nachname ist mir momentan nicht in Erinnerung. Den kann ich aber nachliefern, wenn das ein wichtiger Punkt ist.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Ich würde den Ausschuss ersuchen, zu prüfen, ob wir hier einen Beschluss brauchen oder nicht, dass man das festhält, wenn Herr Dr. Salomon sagt, dass er uns diese Angaben nachreichen wird können.

Ich wollte Sie noch fragen: Können Sie ungefähr einordnen, wann Herr Folger in die SOKO eingestiegen und wann er ausgestiegen ist? Weil Sie gesagt haben, drei Monate in etwa war er Mitglied.

Dr. Helmut Salomon: Ich kann mich erinnern, dass die drei oder vier Beamten aus dem Landespolizeibereich Oberösterreich zu einem Vorgespräch beim Herrn Direktor Haidinger waren und dort dann auch ich dazugerufen worden bin und er mir die Kollegen vorstellte als die Ersten, die die Gruppe der Sonderkommission erweitern. Das war in der Zeit – jetzt bin ich nicht sicher – Ende April oder Anfang Mai, und diese Kollegen – da bin ich aber jetzt auch nicht sicher – sind dann sicherlich drei Monate auf alle Fälle bei der Sonderkommission gewesen. Also es müsste jetzt in dieser Richtung Ende Juni oder Ende Juli – ich glaube eher Ende Juli – dann Herr Folger wieder zurückgegangen sein nach Oberösterreich und ist dann aus der Sonderkommission wieder ausgeschieden.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Können Sie mir sagen, warum jemand, der sogar Stellvertreter von Ihnen in der SOKO ist, nur drei Monate insgesamt in seiner Tätigkeit verharnte, beziehungsweise stellen Sie irgendeinen Zusammenhang her mit der Veröffentlichung in der „Oberösterreichischen Nachrichten“?

Dr. Helmut Salomon: Einen direkten Zusammenhang dazu kann ich nicht herstellen. Und zu dieser ersten Frage, warum jemand nur drei Monate dienstzugeteilt war, das kann mehrere Gründe haben. Ein Grund ist zum Beispiel, dass derjenige Kollege aus seiner Stammdienststelle vielleicht aus Gründen des dortigen Arbeitsanfalles nur drei Monate maximal in ein anderes Bundesland entsendet werden kann, oder es gab andere Gründe, die ich nicht kenne. Ich gehe davon aus, dass diese Zuteilung der Beamten sicher über das Kabinett des Innenministeriums administriert wurde, aber nähere Details dazu habe ich nicht hinterfragt. Ich war damals als Leiter der Sonderkommission froh, dass ich überhaupt Personal aus den Bundesländern bekomme, um diesen riesigen Kriminalfall in vernünftiger Zeit abarbeiten zu können.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Herr Dr. Salomon, an wen haben Sie die entsprechenden jeweiligen Wochenberichte übermittelt? Das würde mich interessieren. Wie war da der routinemäßige Verlauf?

Dr. Helmut Salomon: Gleich unmittelbar, nachdem die Sonderkommission eingerichtet worden ist – das hatte Direktor Haidinger zu genehmigen – wurde mir aufgetragen, dass ich als SOKO-Leiter wöchentlich einen Bericht zu erstatten habe über die Dinge, die vorgefallen sind, aber auch über die wesentlichen Dinge, die in der Zukunft geplant sind. Diese Berichte habe ich immer am Montag, dem ersten Tag der Woche, für die vergangene Woche an meinen Abteilungsleiter, Mag. Zwettler, und

sicherlich auch in Kopie Herrn Direktor Haidinger – vielleicht manchmal auch nur Herrn Zwettler allein, das weiß ich jetzt nicht mehr ganz sicher – übermittelt.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Ich darf ergänzen: In welcher Form ist das geschehen? Weil Sie „übermittelt“ gesagt haben. Ist das in schriftlicher Form, in E-Mail-Form und ist es an Rauch oder Krakow auch übermittelt worden?

Dr. Helmut Salomon: Die Berichte, die ich als Leiter der Sonderkommission zu machen hatte, sind von mir in Schriftform in einem Bericht erstellt worden, und die habe ich dann als Anhang elektronisch an das Postfach des Herrn Direktor Haidinger oder Herrn Mag. Zwettler übermittelt. Ich habe diese Berichte der Kriminalpolizei *nicht* an die Justiz oder an andere Herrschaften weitergeleitet.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Ist Ihnen bekannt beziehungsweise hatten Sie zu irgendeinem Zeitpunkt eine entsprechende Wahrnehmung, an wen die genannten Personen diese Informationen weitergeleitet haben oder weiterzuleiten hatten?

Dr. Helmut Salomon: Ich habe weder eine Wahrnehmung gemacht noch habe ich nachgefragt, ob diese Empfänger dieser Berichte in irgendeiner Form diese Dinge, diese Schreiben weitergeschickt haben. Ich weiß das nicht.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Zu dem Wochenbericht vom 24.4.2006 an Sie die Frage, ob die genauen Daten, Datum und Uhrzeit der Einvernahmen in der Causa BAWAG, angeführt waren. – Können Sie sich daran erinnern?

Dr. Helmut Salomon: Können Sie mir da bitte ein weiteres Schlagwort geben? Ich bin da jetzt gedanklich nicht ganz bei dem Punkt.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Da ging es offenbar um die Einvernahme Zwettler, die dann in weiterer Folge von den Medien veröffentlicht wurde.

Dr. Helmut Salomon: Ich habe das so in Erinnerung, dass ich zu Beginn der Befragungen mit den Einvernommenen, weil ja die Befragungen immer eine Fortsetzung gehabt haben, schon immer ausgemacht habe, wann der nächste Befragungstag und die Befragungszeit sein wird. Und da habe ich festgestellt, dass bei den ersten Einvernahmen, die ich gemacht habe, beim nächsten Mal der Verteidiger, der Rechtsanwalt von dem Verdächtigen mir dann den Vorwurf gemacht hat: Bitte, wieso ist es möglich, wenn wir mit Ihnen einen neuen Einvernahmetermin ausmachen, dass dann vor dem Bundeskriminalamt, wenn wir so wie heute zur Behörde kommen, da unten die Fotografen stehen und die verdächtige Person ablichten?!

Ich war betroffen darüber, weil ich gemeint habe: Wer kann das wissen außer mir, wo ich das mit den Verdächtigen ausgemacht habe, und jenen Personen, mit denen ich als SOKO-Leiter im Bundeskriminalamt gesprochen habe? Das waren eigentlich neben den Mitgliedern der Sonderkommission nur meine Vorgesetzten, Herr Direktor Haidinger und fallweise auch Mag. Zwettler.

Ich habe daraufhin – unmittelbar danach, würde ich einmal annehmen – das Herrn Direktor Haidinger gesagt, dass ich das ungeheuerlich finde, dass ich mir da den Vorwurf machen lassen muss von dem Rechtsvertreter, dass wir da die Fotografen herschicken, wenn der das zweite Mal kommt. Und dann habe ich zu Direktor Haidinger gesagt – ich glaube, mich so zu erinnern –: Es könnte vielleicht sein, dass ich das in das letzte Protokoll hineingeschrieben habe. – Das ist eine übliche Sache.

Ich kann mich noch erinnern, dass Herr Direktor Haidinger in den ersten Wochen auch gewünscht hat, dass ich ihm das Einvernahmeprotokoll zusende. Das habe ich sicherlich auch gemacht. Aufgrund dieser Sache habe ich dann zu Direktor Haidinger gesagt, dass ich zukünftig den Termin für die nächste Befragung nicht mehr protokollieren werde.

Da hat er zu mir gesagt: Okay, das ist in Ordnung, machen Sie das so, wenn Sie glauben, dass das zukünftig nicht mehr möglich ist!

Dann war Ruhe, dann war das Problem an sich gelöst. Und ich habe dann künftig weder in die Berichte, die ich zu machen hatte als SOKO-Leiter, noch in die Protokolle, die mit den Verdächtigen aufgenommen worden sind, ein Datum oder eine Uhrzeit aufgenommen.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Herr Dr. Salomon, Sie haben am 3.6.2006 einen Bericht verfasst, wo Sie unter anderem formulieren:

Mag. Krakow hat mich am Freitag, dem 2.6.06, angerufen und gefragt, ob bekannt ist, dass Geldflüsse von der BAWAG an die SPÖ gegangen sind.

Entspricht das der Wahrheit, dass Sie das in einem Bericht so festgestellt haben?

Dr. Helmut Salomon: Wenn ich das in einem Bericht geschrieben habe, dann war das so. Es gab sicherlich auch Besprechungen im Bundeskriminalamt, wo Herr Mag. Krakow anwesend war und wo vielleicht auch darüber hinausgehende Strategien im Rahmen des riesigen Erhebungskomplexes besprochen worden sind. Das kann ich nur bestätigen – und das war eben so, wenn ich das auch so geschrieben habe.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Gab es solche Besprechungen mit Herrn Mag. Krakow – telefonisch oder auch persönlich – öfters? Hat sich Herr Staatsanwalt Krakow da von sich aus öfter eingeschaltet? Ist er auch selbst zu Ihnen gekommen? Wie kann man sich das vorstellen, dass das abgelaufen ist?

Dr. Helmut Salomon: Hier muss man vielleicht wissen, dass in der alten StPO das Verfahren eigentlich ohne Staatsanwaltschaft oder ohne Staatsanwalt abgelaufen ist. Nach der neuen StPO, die ab Jänner 2008 in Kraft getreten ist, ist das Verfahren so, dass der Staatsanwalt das Verfahren führt gemeinsam mit der Kriminalpolizei. Herr Mag. Krakow hat diese Neuerung eigentlich schon vorweggenommen und hat sich sehr massiv auch über die Erhebungen, die geplant waren, informieren lassen und auch zu Besprechungen gebeten, weil er auch zum Teil Informationen hatte, die aufzuarbeiten waren. Und da gab es einen sehr regen Austausch zwischen Kriminalpolizei und Staatsanwaltschaft. Das stimmt.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Das heißt aber, dass es eigentlich, wenn man so will, eine Fleißaufgabe, ein Selbstengagement des Herrn Mag. Krakow war, das zu diesem Zeitpunkt noch auf keinerlei Rechtsgrundlage basierte. – Gehe ich davon richtig aus?

Dr. Helmut Salomon: Ich habe in keiner Weise bei den Gesprächen, die gemeinsam mit Herrn Mag. Krakow geführt wurden – zum Teil war auch Herr Direktor Haidinger mit dabei –, das als Weisung empfunden. Ich möchte eher sagen, das war eine kooperative Möglichkeit, schneller und rascher diesen riesigen Kriminalfall aufzuarbeiten. Sie müssen sich das so vorstellen: Das war äußerst ungewöhnlich, denn zum Zeitpunkt, als die Kriminalpolizei schon von den großen Problemfällen, dem Kriminalfall wusste, waren noch die verantwortlichen Vorstandsmitglieder in der BAWAG in ihrem Job tätig! Das war für einen Wirtschaftskriminalfall eine äußerst unübliche Vorgangsweise.

Es hat sich dann, glaube ich, für den Ablauf und für die Beschleunigung aus meiner Sicht als positiv erwiesen, dass auch Herr Mag. Krakow bei den Erhebungsschritten informiert war und auch zum Teil mitarbeitete.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Aber Sie haben sich selbst nicht gefragt, ob da zum Beispiel schon ein Verfahren anhängig war bei der Staatsanwaltschaft, das das Einschreiten des Herrn Mag. Krakow legitimiert? Sie haben es nicht als Weisung empfunden, aber zumindest als *Auftrag*, etwas zu tun?

Dr. Helmut Salomon: Es war sicherlich damals schon ein Verfahren bei der Staatsanwaltschaft anhängig, das auch zur Kriminalpolizei als Erhebungsauftrag

gegangen ist. Das war sicherlich der Fall. Da waren vielleicht auch schon mehrere Anzeigen sowohl bei der Staatsanwaltschaft als auch bei der Kriminalpolizei, bei uns, wo wir dann auch eine Anzeige an die StA Wien gelegt haben. Das war sicherlich der Fall. Da gab es in keiner Weise eine offene Sache.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Hat Ihnen Herr Mag. Krakow bei diesen offenbar mehrfachen Gesprächen irgendwann einmal mitgeteilt, dass auch das BIA beauftragt worden ist, in dieser ganzen Causa zu ermitteln?

Dr. Helmut Salomon: Ich war selbst überrascht, als ich im Zuge der doch sehr intensiven Einvernahmen, die in den ersten Wochen und Monaten geführt worden sind, dann im Nachhinein erfahren habe, dass das BIA beauftragt worden ist, Befragungen in der BAWAG-Sache durchzuführen, und dann auch die Befragungen gemacht hat. Das habe ich erst im Nachhinein erfahren.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Kann ich Ihre Überraschung so interpretieren, dass es eigentlich unüblich ist, dass zwei Behörden bei ein und derselben Causa parallel Ermittlungen durchführen, und Sie deshalb überrascht waren, dass Sie eigentlich aus verschiedensten Quellen, nur nicht von Herrn Krakow oder von der Behörde selber erfahren haben, dass das BIA zum Beispiel Herrn Vranitzky oder Verwandte von Herrn Vranitzky befragt?

Dr. Helmut Salomon: Ich habe noch nie vorher Sonderkommissionen geleitet, aber ich meine, wenn eine Sonderkommission gegründet wird und die einen solchen Umfang an Beamten zusammenstellt, dann wäre es doch naheliegend, dass alle Erhebungen, die in diesem Komplex zu machen und zu führen sind, auch von dieser Sonderkommission bewältigt werden.

Ich habe – jetzt wiederhole ich mich – erst im Nachhinein erfahren, dass angeblich die Staatsanwaltschaft das BIA beauftragt hat, diese Befragungen, die Sie erwähnt haben, durchzuführen.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Haben Sie das einmal nachgeprüft, wie lange diese Zweigleisigkeit gegeben war beziehungsweise seit wann das BIA parallel mit Ihnen ermittelt hat, was ja eigentlich wirklich – erlauben Sie mir das jetzt – absurd ist? Dafür können Sie nichts, aber das ist ja wirklich ein sonderbarer Zustand, dass man den Soko-Leiter nicht einmal davon informiert, wenn eine Stelle wie das BIA von der Staatsanwaltschaft beauftragt wird, unter welcher Auftragslage auch immer, in dieser Frage zu ermitteln. Haben Sie das einmal nachrecherchiert, wie lange diese Parallelermittlungen stattgefunden haben?

Dr. Helmut Salomon: Ich habe hier nichts nachrecherchiert. Ich habe nur – und zwar, glaube ich, auch einmal gegenüber Herrn Direktor Haidinger – meine Überraschung mitgeteilt, dass es für uns, für mich wie auch für die Mitglieder der Sonderkommission, schon befremdlich ist, dass hier andere Stellen des BMI diese Befragung vornehmen oder vorgenommen haben.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Sie haben uns vorher mitgeteilt, Herr Dr. Salomon, Ihr Mail-Verkehr war immer zu Herrn Dr. Haidinger. Das war auch der Hauptkontakt. Aber Sie hatten darüber hinaus auch einmal Kontakt mit dem Kabinett, mit Herrn Pils, soweit ich aus den Akten informiert bin. Ein Gespräch mit dem Herrn Pils hatten Sie einmal. – Können Sie uns kurz von diesem Gespräch berichten?

Dr. Helmut Salomon: Ich hatte keinen E-Mail-Verkehr mit Mitgliedern aus dem Kabinett des Herrn Bundesministers. Sehr wohl hat mich aber Herr Pils einmal zu sich gerufen. Ich weiß jetzt nicht mehr genau den Monat und schon gar nicht die Woche oder den Tag; das habe ich mir sicherlich nicht aufgeschrieben. Und wenn ich mich richtig

erinnere, hat Herr Pilsl damals mich gefragt, ob es für mich vorstellbar wäre, dass irgendjemand als leitender Beamter mir als Stellvertreter zur Seite gestellt wird. Das war, glaube ich, damals der Gesprächsgegenstand. Natürlich haben wir auch gesprochen über den Fortgang der laufenden Erhebungen, über Dinge, die halt an sich diesen Kriminalfall betroffen haben. – Das habe ich noch in Erinnerung. Näheres, welche Absichten oder Ziele Herr Pilsl damals hatte, weiß ich nicht.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Es kam zu dieser Hausdurchsuchung am 21.6. bei Herrn Weninger, und da werden am PC diese mittlerweile berühmten Unterlagen gefunden, die einen Geldfluss zur SPÖ nachweisen sollen. Herr Dr. Haidinger hat uns mitgeteilt, dass Sie persönlich ihm diese Unterlagen übermittelt haben.

Können Sie uns kurz erzählen, wie sich diese Übermittlung abgespielt hat – ist er an Sie herantreten?, sind Sie an ihn herantreten? – und wie das Umfeld war?

Dr. Helmut Salomon: Herr Direktor Haidinger hat mich gebeten, von Anfang an, dass ich ihm über Besonderheiten, Auffälligkeiten, Ungewöhnlichkeiten in diesem Kriminalfall berichten soll und auch zu berichten habe. Es war sicherlich auch schon die Zeit davor, wo ich außerhalb der regelmäßigen Berichte des SOKO-Leiters mit Herrn Direktor Haidinger Gespräche geführt habe. Er hat natürlich auch gewusst, wenn Dienstreisen zu machen sind – das war notwendig, um das jetzt auch zu berichten –, er hat auch die Termine von allfälligen bevorstehenden Hausdurchsuchungen gewusst, und er hat sich auch über allfällige Ergebnisse aus den Hausdurchsuchungen informieren lassen.

Und so war dann auch natürlich das Moment, wo an einer der Gerätschaften, die bei Herrn Weninger aufgefunden worden sind, auch diese Eintragung ersichtlich war, jetzt weiß ich das nicht mehr ganz genau, aber wo Hinweise daraus abzuleiten sind, dass Geldflüsse in dieser von Ihnen beschriebenen Form getätigt wurden oder auf alle Fälle angesprochen worden sind.

Diese Unterlagen habe ich ihm damals in Kopie vorgelegt oder gezeigt – das weiß ich jetzt nicht mehr ganz genau. Und das war eine von vielen Auffälligkeiten und Besonderheiten, die ich als SOKO-Leiter an Direktor Haidinger weitergemeldet habe.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Hat Ihnen Herr Dr. Haidinger irgendwann einmal gesagt, was er mit diesen Unterlagen gemacht hat oder dass er diese jemandem weitergegeben hat oder dass er beauftragt worden ist, diese Unterlagen irgendjemandem weiterzugeben?

Dr. Helmut Salomon: Er hat mir diese konkrete Sache nicht so gesagt – das hätte ich auch nicht gefragt –, aber er hat sicherlich das eine oder andere Mal erwähnt, dass er auch Vorgesetzte hat, die er zu informieren hat oder die er informiert über die Problembereiche, die in diesem Kriminalfall bekannt geworden sind.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Auf den genauen Inhalt dieser *ein bis zwei Seiten* – heißt es immer – aus dem Weninger-PC können Sie sich nicht mehr erinnern? Oder wissen Sie noch in etwa, was da draufgestanden ist?

Dr. Helmut Salomon: Ich glaube, das muss sicherlich im Akt sein, der übermittelt worden ist, wo diese zwei oder drei Sätze oder diese vier oder fünf Datumseintragungen vermerkt sind. Ich möchte hier nichts Falsches wiedergeben. Das steht sicherlich in den Akten, die vom Bundeskriminalamt an das Parlament übermittelt worden sind.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): So, wie Sie das darstellen, war das alles sehr formal, und es haben nicht immer alle von allem gewusst. Was besonders bemerkenswert zu sein scheint, ist, dass da verschiedene ermittelnde Behörden gleichzeitig ermittelt haben, ohne dass das offenbar von Beginn an klar war. Es dürfte

offensichtlich einen Generalplan, wie insgesamt in der Causa vorzugehen ist, sprich, welche Behörden wie Staatsanwaltschaft, SOKO zu ermitteln haben, nicht gegeben haben.

War das durchgehend über die gesamte Zeit der Ermittlung so oder hat es irgendwann einmal eine generalstrategische Planung gegeben? Wie haben Sie das über den gesamten Ermittlungsverlauf erlebt, dieses Nebeneinander, Miteinander? Wie würden Sie das beschreiben? Ist das typisch für Ihre ständige Arbeit? Obwohl, Sie haben ja schon gesagt, dass das nicht gerade typisch ist. Wie ist es erklärbar? Sie müssen ja irgendwie damit umgehen, sich eine Meinung bilden und irgendwo Stellung beziehen. Was war Ihre Reaktion darauf? Sie sind dort ja leitend tätig.

Dr. Helmut Salomon: Der Normalfall war, dass die Sonderkommission den Kriminalfall aufgearbeitet hat. Dazu gab es einen Auftrag, dazu gab es Gespräche mit der Staatsanwaltschaft, dazu gab es auch nachher Gespräche mit dem zuständigen Untersuchungsrichter. Das ist der Normalfall gewesen.

Ich möchte diese vorhin erfragte und auch von mir beantwortete Sache, dass das BIA Herrn Vranitzky befragt hat, als Ausreißer sehen, dass das nach meinem Wissen in keiner Weise eine langfristige Planung war. Ich habe vielleicht einmal irgendwo den Hinweis bekommen: Da so viele Unterlagen in der Presse nachzulesen seien, ist eben die BIA mit diesem Teilbereich beauftragt worden. Aber ich weiß jetzt nicht mehr, von wem und wann ich diese Erklärung bekommen hätte oder habe. Für mich war das ein Sonderfall, dass sich die BIA mit diesem Detail in Form von ein oder zwei Einvernahmen beschäftigt hat. Ich habe das Ergebnis dieser Befragung erst im Nachhinein erfahren. Die haben ihre Arbeit gemacht und das Ergebnis an die Staatsanwaltschaft Wien abgeliefert. Es war dann für mich erledigt.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Herr Dr. Salomon, kennen Sie auch eine SOKO Flip? Wenn ja, wer ist das, und in welchem Zusammenhang stand die mit BAWAG?

Dr. Helmut Salomon: Das muss man vielleicht intern so sehen: Es ist üblich, dass jede Sonderkommission unter einem bestimmten Schlagwort geführt wird. Es hat sich irgendjemand im Zuge der Gründung dieser Sonderkommission den Namen „Flip“ ausgesucht – ich war es nicht –, aber der Name „Flip“ hat sich nicht durchgesetzt. Die „SOKO Flip“ ist die **SOKO BAWAG**. Da gibt es an sich keine Differenz. Das ist vielleicht nur eine andere Bezeichnung, die irgendwo in den Akten steht, aber die „SOKO Flip“ ist die SOKO BAWAG P.S.K., es gab sonst nichts.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Hat es auch eine „SOKO Kokosnuss“ gegeben?

Dr. Helmut Salomon: Von der weiß ich nichts. Da wissen Sie mehr.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Mein persönlicher Eindruck ist, dass es da sehr formalistisch und sehr getrennt voneinander zugegangen ist. Sie stellen es auch so dar, als hätten Sie Ihre Wahrnehmungen, insbesondere auch Ihre Sorge über die Veröffentlichung mehr oder weniger im Amtsweg ausgehandelt.

Wie war eigentlich Ihr Verhältnis zu Haidinger? Haben Sie mit ihm oft kommuniziert? Haben Sie mit ihm intensiv kommuniziert? Wie war das insbesondere bei der Fragestellung über Maßnahmen gegen die Veröffentlichung? Sie haben ja gesagt, Sie haben mit ihm gesprochen, und es war dann nicht mehr festgestellt worden. Gab es darüber hinaus noch Themen? Wie oft haben Sie in dieser Angelegenheit mit ihm Kontakt gehabt? Einmal pro Woche, oder wie ist das zu verstehen?

Dr. Helmut Salomon: Ich habe das, glaube ich, vorhin schon gesprächsweise beantwortet. Es gab neben dem wöchentlichen Bericht des Leiters der

Sonderkommission wöchentlich einmal oder vielleicht in größeren oder kleineren Abständen Gespräche, persönliche Gespräche mit Herrn Direktor Haidinger. Ich hatte mit ihm ein korrektes Arbeitsverhältnis, und auch sonst kann ich in keiner Weise sagen, dass das Verhältnis getrübt war.

Er war bemüht, dass diese Sache aufgeklärt wird, genauso wie ich jetzt noch immer bemüht bin, dass diese Sonderkommission zu einem Ende findet und dass die Sache aufgeklärt wird. Das machen wir, das haben wir gemacht; Unterlagen liegen bei der Staatsanwaltschaft oder bei Gericht. Das ist für mich ein ganz normaler großer Kriminalfall, der Besonderheiten hat, aber ich sehe in keiner Weise irgendein Problem, für das Arbeitsverhältnis oder das persönliche Verhältnis zwischen Haidinger und mir. Das ist nicht der Fall.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Das wollte ich damit auch nicht insinuiieren. Ich wollte nur wissen, wie Ihre Kontaktaufnahme grundsätzlich mit ihm war.

Von Ihnen ist auch das Thema Worm, Gespräche mit Worm, Interview, angesprochen worden. Herr Dr. Haidinger hat uns heute Vormittag darüber informiert, dass es der Wunsch der seinerzeitigen Innenministerin war, dass er mit Worm ein Gespräch führen sollte, weil der Inhalte haben wollte. Er war zunächst nicht besonders erfreut, aber er hat das Gespräch geführt, und anschließend wurde er von der Innenministerin vorgeladen. Es wurde ihm vorgeworfen, dass er offensichtlich zu wenig Informationen weitergegeben habe.

Haben Sie diesbezüglich mit Herrn Haidinger gesprochen? War das in irgendeiner Weise ein Thema, wo Sie Überlegungen angestellt haben, wie es zu Informationsweitergaben an die Medien kam? Ist doch eher ungewöhnlich, nicht?

Dr. Helmut Salomon: Dieser Problembereich war sicherlich auch ein Thema, das ich mit Herrn Direktor Haidinger besprochen habe. Ich muss dazu vielleicht ein oder zwei Sätze sagen, um das verständlich zu machen.

Herr Direktor Haidinger hat mir aufgetragen, dass ich neben den Berichten, die ich als Leiter der Sonderkommission zu machen hatte, auch eventuell Interventionen, was die Kriminalarbeit betrifft, schriftlich festzuhalten habe. Außerdem wurde mir aufgetragen, die Kontakte, die ich mit Journalisten gehabt habe, festzuhalten. Das ist geschehen. In diesem Zusammenhang hat Herr Direktor Haidinger mir persönlich sicher einmal erzählt, vielleicht auch öfters, dass er ein Gespräch mit Herrn Worm hatte. Herr Worm hätte ihn – sage ich jetzt aus meiner Erinnerung – gedrängt, er brauche irgendwelche Unterlagen zu diesem Kriminalfall.

Dann habe ich ihm gesagt, ich habe keinen Kontakt mit dem Journalisten Worm gehabt. Wenn Leute bei mir angerufen haben, dann habe ich sie an die Pressestelle verwiesen. Herr Direktor Haidinger hat dann zu mir gesagt, er habe Worm geantwortet, von ihm bekomme er nichts. Dann habe Journalist Worm zu ihm gesagt: Wenn Sie mir nichts geben, dann hole ich mir die Unterlagen woanders. – Das ist mir von Direktor Haidinger in einem Gespräch einmal gesagt worden. Das kann ich bestätigen, das ist in meiner Erinnerung.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Haben Sie Überlegungen angestellt, wer das „woanders“ sein kann, wo er sich dann diese Unterlagen holt?

Dr. Helmut Salomon: Ich habe des Öfteren, weil ich ein ordentliches und vernünftiges Arbeitsklima in der Sonderkommission haben wollte und das bis jetzt auch habe, darauf geachtet und auch eingewirkt, dass die Kollegen in der Sonderkommission keinen Kontakt zu den Journalisten haben und dass soweit ein Vertrauensverhältnis aufgebaut

ist, dass ich eben darauf vertrauen kann, dass die Leute nichts über die laufende Arbeit hinausgeben. Das wurde mir bestätigt. Das war mein Anliegen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Die Frage war, ob Sie Überlegungen angestellt haben, wer die Information außerhalb der SOKO hinausgegeben hat. Sie sind da doch relativ nahe am Sachverhalt gewesen.

Dr. Helmut Salomon: Ich habe mich nicht darum gekümmert, ob jetzt aus dem Bürozimmer von Direktor Haidinger oder von Mag. Zwettler, den ich schon genannt habe, irgendwelche Dinge hinausgegangen sind. Ich habe gewusst, dass Herr Direktor Haidinger von mir die Berichte und auch die Einvernahmen bekommen hat. Was er damit gemacht hat, an wen er sie weitergegeben hat, habe ich weder nachgefragt, noch habe ich mir in irgendeiner Weise etwas überlegt.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Hat es Gespräche zwischen Haidinger und Ihnen gegeben, ob unter Umständen über das Kabinett eine derartige Veröffentlichung stattfindet?

Dr. Helmut Salomon: Mit mir gab es darüber keine Gespräche.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Noch einmal zu Walter Folger. Wissen Sie, ob damals, als Folger in die SOKO versetzt wurde, schon diese Befristung bestanden hat? Drei Monate war er bei Ihnen. Wissen Sie, ob das von Beginn an eine befristete Entsendung war – Kollege Westenthaler hat auch schon danach gefragt –, oder ob sich das dann erst im Laufe seiner Tätigkeit als Befristung herausgestellt hat?

Dr. Helmut Salomon: Dazu kann ich Ihnen keine Wahrnehmungen sagen; davon weiß ich nichts.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Wissen Sie, wer die Versetzung von Folger in die SOKO betrieben hat? Gab es da irgendjemanden, dem das ein besonderes Anliegen war, der eine besonders gute Idee hatte, dass Folger dort wirken soll?

Dr. Helmut Salomon: Persönlich weiß ich das nicht. Das müsste entweder Herr Direktor Haidinger gewesen sein oder eventuell jemand aus dem Kabinett des Bundesministers oder vielleicht auch Mag. Zwettler, der auch Kontakt zu Landespolizeikommanden hat, wo dann auch persönlich nachgefragt wird, ob irgendwelche Kollegen, Beamte für solche Sondereinsätze frei wären.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Dass das Kabinett solch einen Vorschlag unterbreitet, ist jedenfalls nicht ausgeschlossen?

Dr. Helmut Salomon: Ist denkmöglich für mich, aber ich kann das nicht bestätigen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Es gibt einen Aktenvermerk von Herrn Walter Folger, wo er Empfehlungen abgibt, was er alles an Ihrer Stelle, wenn er Ihre Funktion hätte, besser machen würde.

Ist es üblich bei der Tätigkeit in der SOKO, dass Untergebene an dritte Stelle ein Feedback mehr oder weniger über die Qualität ihrer Vorgesetzten senden, oder war das im gegenständlichen Fall ein Ausreißer? Wenn ja, wodurch war dieses doch merkwürdige Verhalten begründet?

Dr. Helmut Salomon: Ich kann mich an diese Angelegenheit erinnern; das war eine außergewöhnliche Sache. Ich glaube, dass ich auch unmittelbar danach eine entsprechende Antwort geschrieben habe, weil ich mir das nicht habe gefallen lassen. Das habe ich auch mit Herrn Direktor Haidinger kommuniziert. Das war für mich ein Vertrauensbruch, und daher habe ich danach auch gesagt, dass der Mann nicht mehr in der SOKO weiterzuarbeiten braucht.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Üblicherweise macht das jemand dann, wenn er ein besonders starkes Backing, also einen besonders starken Rückhalt hat. War

das für Sie ein Thema? Haben Sie sich angesehen: Wieso tritt Folger so auf?, oder war das für Sie eine in seiner Natur gelegene Entwicklung?

Dr. Helmut Salomon: Ich kann das nur folgendermaßen beantworten: Für mich ist Herr Walter Folger ein Mann, der sich in die erste Reihe drängen wollte. Das habe ich mit dem Schreiben an sich beantwortet. Was er sonst für Qualitäten oder Eigenschaften hat, das weiß ich nicht. Welches Backing er im Kabinett gehabt hat, weiß ich auch nicht. Dass er jetzt Stellvertreter von Herrn Pilsl in Oberösterreich ist, ist mir bekannt. Mehr kann ich dazu aber nicht sagen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich glaube, das ist schon sehr beleuchtend. – Danke.

Abgeordneter Mag. Helmut Kukacka (ÖVP): Herr Dr. Salomon, um gleich an das anzuschließen, was der Herr Kollege zu Herrn Oberstleutnant Folger gesagt hat – den ich im Übrigen persönlich überhaupt nicht kenne, möchte ich festhalten; ich sage das nur, weil ich auch Oberösteirer bin –: Können Sie ausschließen, Herr Dr. Salomon, dass Herr Oberstleutnant Folger von Dr. Herwig Haidinger nach Wien in das Sonderkommando geholt wurde, gebeten wurde, da mitzuwirken? Können Sie das ausschließen?

Dr. Helmut Salomon: Ich kann das nicht ausschließen. Es kann durchaus sein, dass Herr Direktor Haidinger darauf eingewirkt hat, dass in diesen ersten Wochen auch Personal über seine Vermittlung zur Sonderkommission BAWAG geholt worden ist.

Abgeordneter Mag. Helmut Kukacka (ÖVP): Genau diese Information habe ich auch: dass Herr Dr. Haidinger es entsprechend betrieben hat, dass Herr Oberstleutnant Folger in die Kommission kommt. (*Abg. Krainer: Das ist aber bitte eine andere Information, die Sie da haben! Ein bisschen mehr Seriosität! – Obmann*

Dr. Fichtenbauer: Ich habe das höfliche Ersuchen, nicht quer Zurufe zu machen, andererseits habe ich das Ersuchen: Wenn Informationen vorgehalten werden, wäre es wichtig, die Informationsquelle bekannt zu geben, wenn nicht Massives dagegenspricht!)

Ich halte für das Protokoll fest, dass Herr Dr. Salomon gesagt hat, er kann nicht ausschließen, dass Herr Oberstleutnant Folger von Herrn Dr. Haidinger in die Sonderkommission nach Wien geholt wurde.

Ich möchte noch einmal zurückkommen auf diese BAWAG-Ermittlungen. Haben Sie jemals Weisungen oder sonstige Hinweise erhalten, wie Sie diese Ermittlungen zu führen haben? Sind Sie irgendwie angeleitet worden, diese Ermittlungen in irgendeine Richtung zu führen? Oder haben Sie vom Kabinett irgendwelche Aufträge erhalten, in der Sache BAWAG, vor allem auch in der Sache Parteienfinanzierung, die Ermittlungen in irgendeiner Weise zu beeinflussen?

Dr. Helmut Salomon: Ich habe schon gesagt, dass ich keinen Kontakt hatte mit dem Kabinett des Herrn Bundesministers, und daher gilt auch, dass ich vom Kabinett keinerlei Weisungen bekommen habe, irgendetwas zu tun oder nicht zu tun. Ich habe durch meine praktische Erfahrung den Kriminalfall, so wie ich ihn gesehen habe und wie ich ihn erlebt habe, aus Eigenem aufarbeiten können. Mir wurde in keiner Weise etwas empfohlen oder etwas vor die Füße gelegt oder vielleicht sonst etwas getan. Ich konnte aus meiner Empfindung heraus diesen Kriminalfall fachlich so aufarbeiten, wie ich das für notwendig und richtig gehalten habe.

Abgeordneter Mag. Helmut Kukacka (ÖVP): Sie haben im Zusammenhang mit den BAWAG-Ermittlungen – das ist mir nicht ganz klar – festgehalten, dass Sie die Ermittlungsunterlagen, wenn ich das richtig verstanden habe, direkt an Staatsanwalt Krakow weitergegeben haben. Wie muss ich mir das vorstellen? Besser gesagt: die

Unterlagen aus der Hausdurchsuchung Weninger. Sind alle diese Unterlagen an Krakow gegangen, quasi im Original? Gibt es darüber irgendeine Dokumentation im BKA? Wie ist das zu interpretieren, was Sie hier gesagt haben?

Dr. Helmut Salomon: Der Normalfall ist der, dass die Kriminalbehörde über Auftrag des Gerichtes bei großen Wirtschaftskriminalfällen Tätigkeiten vornimmt und dass diese Erhebungen, wenn notwendig, in eine Auswertung kommen, und das Ergebnis dieser Auswertungen wird dann an das Gericht übermittelt.

Beim BAWAG-Kriminalfall war es so, dass die eine oder andere Sache – das ist jetzt hier besprochen worden – unter Mitwirkung des Herrn Staatsanwalts erfolgt ist, dass halt auch der Herr Staatsanwalt diese Unterlagen eingesehen hat, eventuell auch bei der Hausdurchsuchung dabei war und diese Unterlagen gar nicht an das Kriminalamt weitergegeben hat, weil das sofort zu Gericht gegangen ist. Da gibt es diesen einen oder den anderen Fall, also jetzt Ausnahmefall, aber alles andere ist von der Kriminalbehörde erhoben, ermittelt worden, und das Ergebnis ist dann nachher mit entsprechendem Bericht an das Gericht übermittelt worden.

Abgeordneter Mag. Helmut Kukacka (ÖVP): Sie haben also im Zusammenhang mit diesen Ermittlungen weder vom Kabinett noch von Herrn Dr. Haidinger Weisungen erhalten oder Aufträge erhalten?

Dr. Helmut Salomon: Das stimmt, ja.

Abgeordneter Mag. Helmut Kukacka (ÖVP): Es gibt hier von Ihnen ein E-Mail an Zwettler und Haidinger vom 3. Juni 2006, in dem steht:

Betreff: SOKO BAWAG, Auftrag von Staatsanwalt Krakow wegen Geldflüsse von BAWAG an die SPÖ.

Kurzbericht: Krakow hat gestern bezüglich allfällige Geldflüsse von der BAWAG an die SPÖ angefragt. Auf den angeschlossenen Bericht wird verwiesen. – Zitatende.

Können Sie dieses Mail bestätigen, wo Sie den Auftrag erhalten haben von Staatsanwalt Krakow, hinsichtlich von Geldflüssen von BAWAG zur SPÖ zu ermitteln?

Dr. Helmut Salomon: Darf ich da nachfragen: Ist das von mir geschickt worden?

Abgeordneter Mag. Helmut Kukacka (ÖVP): Dieses E-Mail ist von Ihnen, von Salomon Helmut, gesendet 3. Juni 2006 an Zwettler, Haidinger.

Dr. Helmut Salomon: Dann muss es stimmen und wird auch so sein, ja.

Abgeordneter Mag. Helmut Kukacka (ÖVP): Ich kann es Ihnen auch zeigen.

Das Interessante in dem Zusammenhang ist, dass dieses Haidinger-Mail am 6.6., also drei Tage später, an Buxbaum weitergeleitet wurde und von Buxbaum weiter an Ita. Das heißt, das Kabinett selbst hat von diesem Ermittlungsauftrag Krakow an die SOKO BAWAG erst Tage später durch Sie selbst erfahren. – Würden Sie das auch so sehen?

Dr. Helmut Salomon: Das kann so sein. Aber darüber hinaus gibt es ja auch noch den Weg der persönlichen Information, außer dem elektronischen hier. Das muss man auch bedenken. Damit kann also das entsprechend auch schon vorher mündlich übertragen oder berichtet worden sein.

Abgeordneter Mag. Helmut Kukacka (ÖVP): Sie haben aber diesbezüglich keine mündlichen Berichte weitergegeben?

Dr. Helmut Salomon: Mündlich habe ich – mit Ausnahme der Gespräche, die ich erwähnt habe, mit Direktor Haidinger und Mag. Zwettler und natürlich dem Herrn Staatsanwalt – mit sonst keinen Leuten wie Kabinett oder dem Herrn Generaldirektor Buxbaum etwas ausgetauscht oder korrespondiert.

Abgeordneter Mag. Helmut Kukacka (ÖVP): Können Sie bestätigen, dass in einer Besprechung zum Beispiel vom 4.7.2006, die da stattgefunden hat, wo Haidinger ein E-Mail an Buxbaum geschrieben hat, dass dabei auch der Staatsanwalt Krakow angegeben

hat, dass er, Krakow, vielerlei Kontakte mit dem Journalisten Alfred Worm hatte und dass Informationsträger in dieser Ermittlungstätigkeit BAWAG mit gewissem Teilwissen eben Bedienstete des BKA zu zugeteilten Beamten gewesen wären, die Staatsanwaltschaft, das Gericht, Mitarbeiter der Finanzmarktaufsicht, der BAWAG und des ÖGB, Rechtsanwälte, Verteidiger, dass die alle informiert waren, zumindest teilinformiert über bestimmte Aspekte dieser Ermittlungen. – Können Sie das, würden Sie das auch so bestätigen?

Dr. Helmut Salomon: Mir ist in Erinnerung, dass diese Kontakte sowohl mit den angeführten Herren als auch mit anderen bestanden haben. Ist durchaus möglich, ja.

Abgeordneter Mag. Helmut Kukacka (ÖVP): Also es hätte sozusagen viele Möglichkeiten und Quellen gegeben, dass zumindest teilweise Faktenwissen über diesen Fall an die Öffentlichkeit und an die Medien gekommen ist, und es muss nicht sozusagen ausschließlich aus dem BKA oder nur von der Staatsanwaltschaft kommen?

Dr. Helmut Salomon: Möglich ist das, ja.

Abgeordneter Mag. Helmut Kukacka (ÖVP): Sie haben darauf hingewiesen, dass Ihnen insbesondere aufgefallen ist, dass da Informationen zum Thema Parteienfinanzierung in den „Oberösterreichischen Nachrichten“ zu lesen waren. Sie haben das auch in Ihrer, glaube ich, Einvernahme gesagt, ja, dass über Details BAWAG-Finanzierung in den „Oberösterreichischen Nachrichten“ in diesem Zeitraum berichtet wurde.

Jetzt habe ich recherchiert und recherchieren lassen, ob in den „Oberösterreichischen Nachrichten“ in diesem Zeitraum, also Juni, Juli 2006, irgendwelche Ermittlungsergebnisse zu diesem Thema BAWAG Parteienfinanzierung gestanden sind. Bisher ist es offenbar niemandem gelungen, diesbezügliche Informationen zu erhalten. (*Abg. Neubauer: Mir schon!*)

Es gibt aber einen Bericht aus den „Oberösterreichischen Nachrichten“ vom 13.2.2008, in dem es heißt:

„Obwohl BKA-Chef Herwig Haidinger über brisante Dokumente über SPÖ-Parteienfinanzierung durch den ÖGB nachweislich bereits Monate vor den Nationalratswahlen am 1. Oktober 2006 verfügte, wurden diese erst ein halbes Jahr später öffentlich – durch einen Bericht in den OÖN“ – „Oberösterreichischen Nachrichten“ –, „der sich auf den“ BAWAG „Gerichtsakt stützte“ und wo eben genau dokumentiert ist, wie das war, Hausdurchsuchung Dr. Weninger. Und da ist also eine Unterlage aufgetaucht aus seinem Computer, wo er also einen Brief schreibt und darauf hinweist, dass: Aufstellung der Wahlspenden 95 und 99: 2 Millionen an die Bundespartei und an Wien, 500 000 übergeben an Rudas und Hundstorfer. Das heißt, diese Berichte gibt es über diesen konkreten Fall Parteienfinanzierung, aber offensichtlich erst sehr viel später, als Sie hier inkriminiert haben oder als überhaupt behauptet wurde, dass hier möglicherweise vom Kabinett das in die Öffentlichkeit gegangen wäre.

Wie sehen Sie das? Kennen Sie einen Bericht aus den „Oberösterreichischen Nachrichten“, der vom Juli und Juni 2006 stammt?

Dr. Helmut Salomon: Also ich hab diese Frage schon an einen Kollegen zu Beginn beantwortet, und ich habe auch gesagt, dass ich persönlich diese Veröffentlichung nicht gesehen habe. Es wurde mir berichtet, dass etwas in den „Oberösterreichischen Nachrichten“ steht, ich habe das wahrgenommen, aber bin der Sache nicht sonderlich nachgegangen. Das habe ich heute hier schon ausgesagt. (*Abg. Dr. Jarolim: Sehr umsichtig beantwortet worden!*)

Abgeordneter Mag. Helmut Kukacka (ÖVP): Dieser Kommentar ist überflüssig.

Ich hab noch eine andere Frage im Zusammenhang mit dem BIA. Es ist hier festgehalten worden, dass es Verwunderung ausgelöst hat, dass das BIA auch ermittelt hat in der Frage. Ich halte fest, was in der Einvernahme gesagt wurde, nämlich von Dr. Haidinger:

Schließlich wurde mir von Staatsanwalt Krakow mitgeteilt, dass er diese beiden Beamten für die BIA für diese Ermittlungshandlungen beigezogen habe. Der Hintergrund war, dass für den Fall, dass wieder Ermittlungsergebnisse öffentlich gemacht würden, der Verdacht nicht auf die SOKO BAWAG falle. – Zitatende. Also das ist der Hintergrund; warum die BIA hier auch in diesem Fall Geldfluss von Flöttl an Dr. Vranitzky ermittelt hat – und nichts anderes. Also eigentlich zum Schutz der Öffentlichkeit. Danke. (*Abg. Parnigoni: Das war keine Frage, sondern eine Feststellung!*) Ich will sagen, ob das auch Ihrer Wahrnehmung entspricht, dass das so war, dass das der Grund war.

Dr. Helmut Salomon: Mit dieser Frage bin ich überfordert. Können Sie die Frage noch einmal konkret stellen? (*Abg. Mag. Kukacka: Nein!*)

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Ich möchte Ihnen folgenden Zeitablauf vorhalten und würde Sie dann ersuchen, dazu Stellung zu nehmen. Am 7.4.2006 hat es die Einvernahme von Zwettler gegeben, am 8. beziehungsweise 9.4. hat es bereits Berichte in der „Kronen Zeitung“ zur Einvernahme Zwettler gegeben. Erst am 20.4. sind die Einvernahmeergebnisse an die Justiz übermittelt worden.

Legt dieser Zeitablauf nicht nahe, dass Informationen, die an die Medien gesickert sind, direkt aus der SOKO gesickert sind beziehungsweise allenfalls aus dem Kabinett gesickert sind?

Dr. Helmut Salomon: Es ist natürlich denkbar, dass jemand, der bei der Einvernahme dabei ist, mit diesem Wissen etwas tut. Da muss ich mich also jetzt konkret, wie schon heute hier auch erwähnt, verlassen auf die Aussagen der dort bei diesen Einvernahmen anwesenden Kriminalbeamten. Dass natürlich jetzt auch die Aussage, denkmöglich, auch von dem Verteidiger genauso hinausgetragen wird oder jetzt von dem Befragten selber, ist auch eine Denkvariante.

Aber ich habe – ich glaube, mich richtig zu erinnern – noch am selben Tag die Einvernahmeprotokolle, weil ja hier ja auch Direktor Haidinger schon vorher informiert war, dass heute oder morgen oder halt gestern der und der da war, elektronisch übermittelt. Das heißt, Herr Direktor Haidinger hat, ich glaube, im Großen und Ganzen immer noch am selben Tag, als die Einvernahme beendet war, dann das Ergebnis auf dem Schreibtisch oder auf dem Computer gehabt. Was er dann damit machte, weiß ich nicht, habe ich auch nicht hinterfragt, ist auch nicht mein Problem. Er ist mein Vorgesetzter, er hat auch eine Verantwortung, die geht mich nichts an.

Dass wir das dann also jetzt Wochen später an die Staatsanwaltschaft oder an das Gericht übermittelt haben, ist eine Sache, die unbedeutend ist, weil das kann ich in zwei Monaten auch hinüberschicken, wenn wir ...

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Nein, das war auch nicht die Kritik, das ist ein Missverständnis.

Dr. Helmut Salomon: Wenn wir eine Reihe von Einvernahmen machen, ist das halt ein Punkt unter vielen!

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Das war auch nicht die Kritik. Ist für Sie der Personenkreis in der SOKO eingrenzbare, der die Informationen am 7.4. hatte, das heißt, der sie theoretisch, sage ich jetzt – Sie haben ja richtigerweise gesagt; das hätten auch andere sein können –, der sie theoretisch weitergeben hätte können, entweder über informelle Kanäle oder unmittelbar an Medien?

Dr. Helmut Salomon: Also ich habe darauf gedrungen und auch den Leuten, den Mitarbeitern in der SOKO gesagt, dass hier ein Strafdelikt begangen wird, wenn diese Unterlagen an die Öffentlichkeit gelangen. – Punkt eins.

Punkt zwei ist auf das auch eingangs meiner Antworten gesagte Kanzleisystem von jedem in der Sonderkommission ein Zugriff gewesen. Das heißt, es könnte jetzt hier der Fall sein, dass jeder, das war aber auch notwendig, dass also jeder aus der Sonderkommission das Ergebnis hier nachlesen kann, weil Befragungen hier anschließen, dass er auf diese Sachen zugreifen kann. Das war natürlich klar. Und es ist denk möglich, dass jeder aus der Sonderkommission genauso das Wissen hatte, wenn er das nachliest, wie der, der auch dabei war.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Also auch in diesem kurzen Zeitraum 7.4. auf 8.4., 9.4.? Es war nicht zeitversetzt, sondern das Wissen war sofort abrufbar.

Dr. Helmut Salomon: Da braucht er es nur nachlesen!

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Da sich das Schema ja immer wiederholt. Am 6.5. wiederum: Einvernahme Weninger, am 9.5. die Veröffentlichung wieder in der „Kronen Zeitung“, das heißt, wieder in relativ kurzen Zeitabständen sind Informationen hinausgesickert. Auch da gilt, nehme ich an, wieder die gleiche Einschätzung.

Dr. Helmut Salomon: Da gilt dasselbe, ja.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Okay, es wiederholt sich dann immer wieder, das erspare ich Ihnen, weil Sie sagen, man kann sozusagen an der Causa nicht den Personenkreis eingrenzen, der Zugriff auf die Informationen hatte.

Dr. Helmut Salomon: Diejenigen, die in der Sache arbeiten, müssen wissen, was der oder diejenige Person zu einer bestimmten Sache ausgesagt hat, um weitere Erhebungen führen zu können. Da ist das Wissen notwendig!

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Ist Ihnen bekannt, dass Folger und PilsI ein persönliches Naheverhältnis hatten?

Dr. Helmut Salomon: Nein, war mir damals nicht bekannt. – Dazu kann ich nicht mehr sagen.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Ist Ihnen das heute bekannt?

Dr. Helmut Salomon: Ich lese auch die Zeitungen und weiß, dass Herr PilsI als Landespolizeikommandant in Oberösterreich diesen Posten eingenommen hat, nachdem er aus dem Kabinett des Ministers ausgeschieden ist. Das ist mir bekannt.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Das heißt aber, ein Wissen über ein persönliches Naheverhältnis hätten Sie jetzt ausschließlich aus den Medien und es gibt keinerlei Wahrnehmungen aus Ihrer unmittelbaren Tätigkeit, die dieses freundschaftliche Verhältnis möglicherweise belegen? (*Dr. Salomon: Richtig!*)

Ich sage, warum ich da so präzise nachfrage: weil natürlich ein persönliches Naheverhältnis auch mitunter informelle Kommunikationsflüsse erklären kann.

Dr. Helmut Salomon: Es wird immer irgendwelche Naheverhältnisse geben. Ob jetzt dann auch fachliche Dinge ausgetauscht werden, ist eine andere Sache. Aber so kann es halt sein und muss ich zur Kenntnis nehmen.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Das heißt, darüber können Sie nichts Detailliertes sagen? (*Dr. Salomon: Nein!*) – Zum bereits von Kollegen Kukacka erwähnten E-Mail von Staatsanwalt Krakow bezüglich Geldflüsse SPÖ – BAWAG. Hat Sie diese Anfrage damals überrascht, oder hat es irgendwelche Ermittlungsergebnisse gegeben, die Sie der Staatsanwaltschaft schon übermittelt haben und die diese Anfrage in irgendeiner Form gerechtfertigt haben?

Dr. Helmut Salomon: Diese Angelegenheit hat mich nicht überrascht, weil in den ganzen zwei Jahren, die die Sonderkommission gearbeitet hat, gab es in kurzen oder längeren Abständen immer wieder Überraschungen, wo wir also gesagt haben, ist das möglich oder ist das nicht möglich. Also diese Überraschungen sind für mich ein Punkt unter vielen gewesen. Ich kann nicht alle aufzählen, die da waren. Es ist ein sonderbarer Kriminalfall mit bestimmten Auswirkungen.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Die Frage ist: Hat es irgendwelche Anhaltspunkte gegeben schon im Vorfeld, die Ihnen bekannt waren, die diese Anfrage rechtfertigen? Weil das ist eine sehr, sehr präzise Frage, die plötzlich an die Ermittler kommt und, sage ich jetzt einmal natürlich ex post betrachtet, erklärbar ist, aber zum damaligen Zeitpunkt, wenn es keine Anhaltspunkte für Geldflüsse gegeben hat, doch etwas überraschend ist.

Dr. Helmut Salomon: Für mich war das damals überraschend, als wir die Unterlagen im Rahmen der Hausdurchsuchung gesichtet haben. Dass so etwas auch kommuniziert worden ist, das war für mich neu. Ich habe das vorher in keiner Weise gehört oder gelesen.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Aber es hat keinerlei Ermittlungsergebnisse im Vorfeld gegeben, die diese präzise Anfrage des Staatsanwaltes Krakow erklärt hätten?

Dr. Helmut Salomon: Richtig! Also ich kann mich nicht erinnern, dass vorher in irgendeiner Form so konkret über diese Sache gesprochen oder sonst irgendwie etwas uns zugetragen worden wäre. Von dem weiß ich nichts.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Okay, danke.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Herr Dr. Salomon, nachdem das ja nicht uninteressant ist und auch einen gewissen Neuigkeitswert hat, dass es hier – und so sehe ich es – ein Aufdrängen des BIA gegeben hat, in dieser Sache zu ermitteln, und zwar ohne jegliche Grundlage, halte ich Ihnen ein E-Mail des Herrn Direktors Haidinger vom 25.9.2006 vor, wo ein offenbar sichtlich ebenfalls erstaunter Herr Direktor Haidinger Sie in einem E-Mail fragt:

Sehr geehrter Dr. Salomon, haben wir von der Einvernahme des BIA gewusst? Warum ermittelt das BIA im Fall BAWAG? Was heißt politischer Aspekt? Es gibt eine Ermittlungsführung wegen des Verdachts strafbarer Handlungen nach StGB und Aktiengesetz. Eine Ermittlungsführung wegen politischer Aspekte gibt es hoffentlich nicht, schreibt Haidinger.

Und er sagt: Wer hat das BIA mit der Untersuchung beauftragt? Nach geltender Erlasslage, der die Zuständigkeit des BIA regelt, sehe ich ehrlich gesagt keine Grundlage einer Ermittlungsführung in strafrechtlichem Zusammenhang, welche nicht die SOKO BAWAG führen sollte und die unbedingt vom BIA zu führen wäre. Und er bittet Sie, eine Bitte an die Staatsanwaltschaft, die Ermittlungsführung nur durch die SOKO BAWAG bearbeiten zu lassen, sonst kommt ein Durcheinander hinaus. – Genau das Durcheinander, das wir jetzt in so manchen Aussagen erleben.

Spannenderweise oder zufälligerweise waren Sie dann an dem Tag gerade beim Herrn Staatsanwalt Krakow am Nachmittag und haben eben dort diese Problematik bei ihm angesprochen.

Dr. Helmut Salomon: Kann sein, ja. Ich weiß das nicht mehr auswendig, diese Termine. Dass der Herr Direktor Haidinger mir so etwas geschrieben hat, an das kann ich mich grob erinnern. – Habe ich das beantwortet?

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Ich wollte nur wissen, waren Sie bei Herrn Krakow in dieser Angelegenheit, um zu erfahren, warum das BIA in dieser Causa überhaupt ermittelt?

Dr. Helmut Salomon: Also, ich war sicherlich oft genug in der Staatsanwaltschaft und habe Gespräche geführt mit Mag. Krakow. Ob das damals an diesem Tag oder am nächsten Tag war, das weiß ich nicht mehr. Ich war sicherlich genauso überrascht wie der Herr Direktor Haidinger, dass ich als SOKO-Leiter erfahren musste, dass die Beamten des BIA hier diese Befragung vornehmen oder vorgenommen haben. Ich habe das erst im Nachhinein erfahren.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Ich helfe Ihnen: Sie waren an dem Tag, am 25. September, bei Herrn Krakow, denn Sie haben am selben Tag um 17.03 Uhr dann dem Herrn Haidinger geantwortet, und zwar:

Sehr geehrter Herr Direktor! Komme soeben zurück von der Besprechung bei Herrn Staatsanwalt Mag. Krakow.

Dann haben Sie ein paar Punkte eingeschoben, und unten erklären Sie dann:

Ich habe sodann auch die Frage gestellt, mit welcher Begründung das Büro für interne Angelegenheiten, BIA, nun offensichtlich auch Wirtschaftserhebungen führt.

Und dann geht leider aus dem Mail nicht konkret hervor, was Ihnen Herr Krakow eigentlich geantwortet hat. Das geht hier nicht sehr deutlich hervor, daher erübrigt es sich auch, das zu zitieren.

Deswegen meine Frage an Sie: Wie hat Herr Krakow das Einschreiten der BIA in der Causa BAWAG begründet, das Sie offenbar als unrichtig und auch persönlich als falsch gesehen haben, und das auch Herr Direktor Haidinger als unrichtig und falsch, auch rechtlich falsch, gesehen hat? Wie, mit welchen Argumenten kann dann Staatsanwalt Krakow Ihnen gegenüber begründen, dass das BIA Erhebungen durchgeführt hat bei Vranitzky, er sagt, auch bei Schlaff interessanterweise, und auch noch bei der Firma Galonia. Da wurde überall das BIA tätig, was ja hochinteressant ist, weil das überhaupt nicht in den Bereich des BIA hineinfällt, und das wird uns noch im Komplex BIA besonders beschäftigen.

Meine Frage jetzt an Sie: Mit welchem Erkenntnisstand sind Sie nach dem Gespräch mit Krakow herausgegangen? Waren Ihnen dann klar, warum das BIA ermittelt, oder haben Sie noch immer nicht gewusst, warum es eigentlich jetzt wirklich ermittelt?

Dr. Helmut Salomon: Ich kann mich an diese Details wirklich nicht mehr erinnern. Aber ich habe vorhin, glaube ich, schon gesagt, dass es möglich wäre, dass damals Herr Mag. Krakow gesagt hat, das war notwendig, um die Probleme, die sich ergeben, weil Unterlagen oder Berichte über die Befragungen in den Zeitungen stehen. Um das zu umgehen, hat er bestimmt, dass mit dieser Befragung das BIA beauftragt wird.

Das ist mein ungefährender Erinnerungsstand. Aber da würde ich Sie ersuchen, Herrn Mag. Krakow selbst zu fragen. Ich kann das nicht mehr im Detail wiedergeben. Ich habe zu viele Dinge im Kopf gehabt und habe sie auch jetzt noch, ich kann mich an diese Worte nicht mehr erinnern. Aber grob müsste das die Erklärung gewesen sein.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Haben Sie mit Herrn Mag. Kreutner jemals etwas zu tun gehabt, mit ihm gesprochen in der Causa?

Dr. Helmut Salomon: Persönlich habe ich in dieser Causa mit Mag. Kreutner nicht gesprochen.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Was aber eigentlich naheliegend wäre, dass man sagt: Es gibt zwei Behörden, die ein und dasselbe ermitteln – tun wir uns zusammen und schauen, dass wir das Beste daraus machen! Ist aber weder von der BIA zu Ihnen noch von Ihnen zum BIA passiert?

Dr. Helmut Salomon: Ich habe den Kontakt zum Mag. Kreutner nicht gesucht, und er auch nicht zu mir, daher gab es auch keinen Kontakt in dieser Sache mit Mag. Kreutner.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Das heißt, es gab auch nie einen Daten- oder Akten- oder Faktenaustausch zwischen den beiden Behörden in dieser Causa?

Dr. Helmut Salomon: Nein, das kann man nicht so sagen, weil uns dann nachher, wenn ich mich richtig erinnere, das Ergebnis der Befragung übermittelt worden ist. Daher kann man hier sehr wohl von einem Datenaustausch sprechen. Das kann man daher nicht so sagen.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Das Ergebnis der Befragung Vranitzkys?

Dr. Helmut Salomon: Richtig, ja.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Das hat man Ihnen übermittelt, aber sonst nichts?

Dr. Helmut Salomon: Ich glaube, es hat sich damit begnügt, dass das Ergebnis der Befragung dann uns übermittelt worden ist.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Ist Ihnen jemals in den Sinn gekommen, eine Stelle über dem Herrn Dr. Haidinger, vielleicht sogar die Ministerin, von diesem Umstand aufmerksam zu machen, dass das ziemlich sinnlos ist, wenn da zwei Behörden ermitteln, oder zu fragen, warum da zwei Behörden ermitteln?

Dr. Helmut Salomon: Ich glaube, mich zu erinnern, dass ich darüber mit Herrn Direktor Haidinger gesprochen habe und ihn gefragt habe, was das für einen Sinn ergibt, wenn zwei verschiedene Stellen in einem großen Kriminalfall arbeiten. Aber ich wusste natürlich, dass das BIA im Innenministerium organisatorisch vom Bundeskriminalamt getrennt ist und dass die in vielen Bereichen Tätigkeiten machen, von denen das Bundeskriminalamt nichts weiß.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Gut. Danke.

Abgeordnete Mag. Dr. Beatrix Karl (ÖVP): Ich kann gleich dort beginnen, wo mein Vorredner aufgehört hat. Es wurde angesprochen, wieso hier das BIA zugezogen wurde. Ich darf hier aus der Zeugenvernehmung von Herrn Dr. Haidinger zitieren; er sagt hier Folgendes:

Schließlich wurde mir vom Staatsanwalt Mag. Krakow mitgeteilt, dass er diese beiden Beamten für diese Ermittlungshandlungen beigezogen habe. Der Hintergrund war, dass für den Fall, dass wieder Ermittlungsergebnisse öffentlich gemacht würden, der Verdacht nicht auf die SOKO BAWAG falle. – Zitatende.

Können Sie diese Aussagen des Herrn Dr. Haidinger bestätigen? Sind Ihnen diese Aussagen so bekannt?

Dr. Helmut Salomon: Sinngemäß kann ich das bestätigen, ja.

Abgeordnete Mag. Dr. Beatrix Karl (ÖVP): Es wurde von Herrn Abgeordnetem Kukacka auch diese Veröffentlichung des Geldflusses an die SPÖ in den „Oberösterreichischen Nachrichten“ vom 6. Juni 2007 angesprochen. Sie haben gesagt, dass Sie sich an diese Veröffentlichung nicht erinnern können.

Können Sie sich an die diesbezüglichen Aussagen in dem Akt des Bundeskanzleramtes vom 6. September 2006 erinnern? Dort heißt es – da geht es um die Dokumentenfunde auf der Festplatte Weninger – unter der Überschrift „Wahlspenden“:

Im Dokument der Teilnahme Wahlspenden hält Weninger eine Besprechung vom 21. Juni 1999 mit einem gewissen Hartl fest, dass diesmal der Bundespartei zwei Millionen Wahlspende und Wien nur 500 000 übermittelt werden.

Können Sie sich daran erinnern?

Dr. Helmut Salomon: Sie haben vorhin „Bundeskanzleramt“ gesagt. Sie meinten „Bundeskriminalamt“, nehme ich an?

Abgeordnete Mag. Dr. Beatrix Karl (ÖVP): *Bundeskriminalamt*, ja. Bitte um Entschuldigung, da habe ich mich versprochen.

Dr. Helmut Salomon: Ich kann mich an den Text ungefähr erinnern mit diesem Betrag von zwei Millionen und 500 000. Das steht irgendwo in diesem Dokument, das aufgefunden worden ist. Das ist aufgefunden worden. Und dieses Dokument habe ich, wie schon vorhin beantwortet, Herrn Direktor Haidinger vorgelegt. Und das war es für mich.

Abgeordnete Mag. Dr. Beatrix Karl (ÖVP): Das haben Sie nur Herrn Dr. Haidinger vorgelegt oder auch noch anderen Personen?

Dr. Helmut Salomon: Nur Herrn Direktor Haidinger.

Abgeordnete Mag. Dr. Beatrix Karl (ÖVP): Ich zitiere nun aus der Einvernahme des Herrn Pilsl durch die SOKO Vorarlberg vom 31. März 2008. Herr Pilsl hat da unter anderem Folgendes gesagt:

Weiters zeigte sich Salomon irritiert, dass die SOKO in den Verdacht gerate, Informationen weiterzugeben. In der zuständigen Causa seien so viele Stellen und Personen involviert, wie zum Beispiel Mitarbeiter der FMA, der Oesterreichischen Nationalbank, der BAWAG, Rechtsvertreter, Minister, Kabinettsmitglieder, Staatsanwaltschaft und Justizministerium. – Zitatende.

Können Sie diese Aussage bestätigen?

Dr. Helmut Salomon: Das kann ich bestätigen, weil ja die Unterlagen vom Kriminalamt an die Staatsanwaltschaft gegangen sind und in der Staatsanwaltschaft der Staatsanwalt oder eventuell auch seine Vorgesetzten sicherlich auch von diesem Kriminalfall erfahren haben oder sich informieren haben lassen. Und daher ist das richtig, dass hier auch weitere Personen über diese Vorkommnisse erfahren haben. – Für mich ganz normal und ganz selbstverständlich.

Abgeordnete Mag. Dr. Beatrix Karl (ÖVP): Schließlich hat Herr Pilsl in dieser Einvernahme auch noch Folgendes erwähnt:

So weit mir erinnerlich, berichtete Salomon in einem angehängten Aktenvermerk über irgendeinen Kredit der SPÖ-Landesorganisation und auch darüber, dass der ÖGB über eine Milliarde €Schulden bei der BAWAG habe. – Zitatende.

Können Sie das bestätigen?

Dr. Helmut Salomon: Das ist denkmöglich, aber die Beträge kann ich nicht mehr bestätigen. Dass so etwas gesprochen worden ist ...

Abgeordnete Mag. Dr. Beatrix Karl (ÖVP): Gut. Aber es soll ja von Ihnen auch ein Aktenvermerk angehängt sein, wird hier erwähnt.

Dr. Helmut Salomon: Da kann ich nur sagen, das weiß ich nicht mehr. Wenn der Aktenvermerk in den Unterlagen ist und ich habe ihn unterschrieben, habe ich das sicherlich gemacht. Wenn er nicht da ist, dann ist er halt nicht da. Aber es kann durchaus auch dieses Gespräch oder dieser Teil in den Gesprächen mit Herrn Pilsl gewesen sein. Möglich.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Einleitend: Sind Sie im Zusammenhang mit der ganzen Causa BAWAG jemals ins Kabinett zitiert worden?

Dr. Helmut Salomon: Mit Ausnahme meines schon erwähnten Termins beim Herrn Pilsl war ich nie im Kabinett.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wissen Sie, wer im Kabinett an und für sich zuständig war für Belange der Kriminalpolizei?

Dr. Helmut Salomon: Ich habe dort mit niemandem Kontakt gehabt, daher kann ich auch diese Frage nicht beantworten.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): In welcher Zuständigkeit hat der Herr Pilsl mit Ihnen gesprochen?

Dr. Helmut Salomon: Er hat mich damals ersucht, ob ich zu ihm kommen kann. Dem Ersuchen bin ich nachgekommen, und dann gab es dieses Gespräch, wie ich schon gesagt habe. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ist das einfach so, wenn irgendein Mitglied des Kabinetts Ihnen sagt: Kommen Sie ins Kabinett und erzählen Sie mir was!, dass Sie das tun?

Dr. Helmut Salomon: Das war für mich nicht außergewöhnlich. Ich bin dem Ersuchen nachgekommen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nach Angabe von Herrn Pilsl hat dieses Gespräch Ende April/Anfang Mai 2006 stattgefunden. Herr Pilsl war im Auftrag der Ministerin dafür zuständig, Geldflüsse von der BAWAG an die SPÖ zu ermitteln.

Dr. Helmut Salomon: Davon weiß ich nichts.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Folger war ja Ihrer Auskunft nach genau für diesen Themenbereich zuständig?

Dr. Helmut Salomon: Kann man so sagen, ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Hat Sie Herr Folger über seine Gespräche mit Herrn Pilsl informiert? (*Dr. Salomon: Nein!*) – Hätte er Sie, wenn es die Arbeit der SOKO BAWAG betrifft, informieren müssen?

Dr. Helmut Salomon: Es wäre sicherlich schön gewesen, wenn er mir in dieser Sache berichtet hätte, aber es gab dieses Gespräch nicht. Und was er sonst darüber hinaus noch macht – ich kann nicht alle in der SOKO jetzt kontrollieren, welche Gespräche die führen. Das ist nicht möglich.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Haben Sie von Dritten erfahren, dass es diesbezüglich Informationen von Herrn Folger an Herrn Pilsl gegeben hat?

Dr. Helmut Salomon: Ich habe von Dritten darüber nichts erfahren.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Der letzte Punkt zu den Beziehungen zwischen Herrn Folger und Herrn Pilsl: Von wem haben Sie in diesem Zusammenhang das erfahren?

Dr. Helmut Salomon: Ich habe erst im Nachhinein erfahren, als der Herr Pilsl wieder nach Oberösterreich zurückging in diese gehobene Position, dass der Herr Folger sein Stellvertreter ist oder wurde. Das habe ich erst im Nachhinein erfahren, das habe ich vorher nicht gewusst.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Ich hätte ein paar ganz kurze Fragen, wo ich Sie ersuchen würde, Herr Dr. Salomon, dass Sie vielleicht nur mit Ja oder Nein antworten als Ergänzung für den Wissensstand.

In einem Artikel der „Oberösterreichischen Nachrichten“ vom 23. Februar 2008 wird berichtet, dass Herr Folger die SOKO eingerichtet beziehungsweise aufgebaut hat. – Stimmt das: ja oder nein?

Dr. Helmut Salomon: Ja, das stimmt, weil er hat mitgeholfen, die SOKO aufzubauen. Das ist in Ordnung, ja.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Herr Dr. Haidinger hat uns heute berichtet, dass die SOKO von ihm am 3.4.2006 aufgebaut und einrichtet wurde. – Was halten Sie dem entgegen?

Dr. Helmut Salomon: Diese Aussage kann sich durchaus decken, weil zwischen Aufbauen und Einrichten und Gründen vielleicht kein großer, scharfer Unterschied ist.

Ich habe damals den Antrag gestellt, dass eine SOKO notwendig ist, um diesen Kriminalfall rasch aufarbeiten zu können. Das wurde mir dann als Genehmigung vom Direktor Haidinger mitgeteilt. Und die Logistik, die notwendig war, die entsprechenden EDV-Gerätschaften, die hat dann der Herr Folger im Bundeskriminalamt organisiert. Auch die Räumlichkeiten hat er organisiert. Das ist alles von ihm gemacht worden. Das ist in Ordnung, das ist so gewesen.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Herr Dr. Haidinger hat uns auch berichtet, Pilsel habe bei ihm angerufen und ihn ersucht, Folger in die SOKO aufzunehmen. Können Sie das so bestätigen?

Dr. Helmut Salomon: Ich kann das nicht bestätigen. Davon habe ich bis dato nichts gewusst.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Das heißt, Sie haben darüber auch mit Dr. Haidinger in dieser Form nicht gesprochen?

Dr. Helmut Salomon: Nein, habe ich nicht.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Ist Ihnen bekannt, ob Folger Informationen an Pilsel oder Ita weitergeleitet haben könnte oder hat?

Dr. Helmut Salomon: Darüber weiß ich nichts, was die Herrschaften, die in der SOKO arbeiten, für Infos weitergeben – an ihre Freunde oder was immer. Das weiß ich nicht.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Ein weiterer Vorwurf wird in den „Oberösterreichischen Nachrichten“ im März 2008 erhoben – ich zitiere –: Aufgabe Folgers sei allein gewesen, brisante Details der BAWAG-Causa direkt an die Parteizentralen weiterzuleiten. – Zitatende.

Welche Wahrnehmungen haben Sie zu diesem Vorwurf?

Dr. Helmut Salomon: Ich kann diese Sache überhaupt nicht kommentieren, weil ich davon nichts gewusst habe.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Und auch keine entsprechende Wahrnehmung diesbezüglich?

Dr. Helmut Salomon: Und auch keine eigenen Wahrnehmungen in dieser Richtung hatte.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Letztlich drei Punkte.

Ich zitiere:

Generalmajor Andreas Pilsel und Generalmajor Treibenreif tragen an Haidinger den Wunsch heran, ihre Ermittlungsergebnisse über Geldflüsse von der BAWAG oder dem ÖGB an die SPÖ an die Ressortleitung zu übermitteln. – Zitatende.

Können Sie das bestätigen, dass das in dieser Form erfolgte?

Dr. Helmut Salomon: Davon weiß ich überhaupt nichts. Welche Gespräche Herr Direktor Haidinger mit Leuten vom Kabinett hatte, weiß ich nicht.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Ich zitiere weiter:

Dies erfolgte dahin gehend, dass Daten über Geldflüsse an die SPÖ im Computer des Vorsitzenden des Aufsichtsrates der BAWAG, Weninger, an Treibenreif in ausgedruckter Form übergeben wurden. – Zitatende.

Können Sie mir dazu eine Wahrnehmung mitteilen?

Dr. Helmut Salomon: Ich kann nur mitteilen, dass ich diesen Beleg oder diesen Zettel oder dieses Dokument Herrn Haidinger übergeben habe. Was er damit machte, weiß ich nicht.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Dieses Dokument ist Ihnen in welcher Form bekannt? Als E-Mail, als Schriftstück?

Dr. Helmut Salomon: Mehrmals. Das war ein Word-Dokument, EDV-mäßig gesprochen, wo im oberen Teil diese Dinge gestanden sind oder noch immer stehen.

Das wurde an Haidinger übergeben, und welchen weiteren Weg dieses Dokument genommen hat, davon habe ich keine Kenntnis.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Letzte Angelegenheit – ich zitiere wieder –: Weiters will Pils, dass die Ermittlungen hinsichtlich der Geldflüsse beschleunigt werden. Ein paar Tage später rief der Leiter der SOKO BAWAG, Dr. Salomon, den Staatsanwalt Krakow an und fragte ihn, ob er ihm neue Ermittlungsergebnisse überbringen könne. Krakow fragt nach, ob es sich um jene Ermittlungsergebnisse handle, wegen der ihn bereits der Journalist Alfred Worm angesprochen habe. Welche Wahrnehmungen haben Sie dazu?

Dr. Helmut Salomon: Dazu kann ich nur sagen, das ist denkbar, dass so ein Gespräch stattgefunden hat. Aber welche Informationen der Journalist Worm an den Krakow gegeben hat, das weiß ich dann vielleicht nur im Nachhinein, aber nicht aus eigener Wahrnehmung.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Ergänzend dazu: Ist es Ihnen nicht merkwürdig vorgekommen, dass Sie ein Staatsanwalt mit der Frage konfrontiert, ob das die Informationen sind, die bereits Worm hatte?

Dr. Helmut Salomon: Also, das ist sicherlich sehr merkwürdig, dass die Journalisten Informationen haben, die wir als Kriminalbehörde gar nicht kennen. Mit dem müssen wir oft genug leben. Das kommt vor, und man macht sich Gedanken, in welcher Form das vor sich geht. Es gibt vielleicht viele Möglichkeiten, aber diese Besonderheit ist auch mir aufgefallen.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Haben Sie darauf in irgendeiner besonderen Form reagiert?

Dr. Helmut Salomon: Ich habe sicherlich darüber nur gestaunt, aber es war halt ein Punkt unter vielen, die in diesem Kriminalfall aufgetreten sind.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Aber Sie haben diese Angelegenheit auf sich selbst beruhen lassen und nicht weiterverfolgt?

Dr. Helmut Salomon: Richtig! Es ist mir in Gesprächen oft vom Herrn Staatsanwalt mitgeteilt worden, dass er von den Journalisten Informationen hat, die ich überhaupt noch nicht kannte oder vielleicht schon zum Teil wusste. Das kommt bei Wirtschaftskriminalfällen vor, das ist einmal so, damit müssen wir leben.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das heißt, dass Sie teilweise Ermittlungsergebnisse ermittelt haben und zu dem Zeitpunkt, zu dem Sie es der Staatsanwaltschaft melden wollten oder es getan haben, wusste der Staatsanwalt bereits aus einer anderen Quelle über diese Ermittlungsergebnisse Bescheid?

Dr. Helmut Salomon: So ist das durchaus möglich gewesen. (*Abg. Krainer: Und auch passiert?*) Und auch passiert, ja.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das heißt, das kann dann nur aus Ihrem Haus gekommen sein.

Dr. Helmut Salomon: Da gibt es sicherlich mehrere Möglichkeiten. Wer das war, weiß ich nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sind Sie von Herrn Haidinger in irgendeiner Form ersucht oder angewiesen worden, Geldflüsse von der BAWAG oder vom ÖGB an die SPÖ zu untersuchen?

Dr. Helmut Salomon: Ich kann mich an diese Sache nicht erinnern, mit Ausnahme des mir heute schon vorgehaltenen Aktenvermerks oder Berichts über die Finanzierung. Weiteres dazu weiß ich nicht mehr oder, wie ich glaube, gab es auch nicht. Da bin ich nicht sicher in meiner Erinnerung.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Herr Haidinger hat hier gesagt, dass er Ihnen gesagt hat, dass er über alles informiert werden will, was mit Geldflüssen zwischen SPÖ, ÖGB und BAWAG zu tun hat. Ist ihnen das erinnerlich?

Dr. Helmut Salomon: Das ist sicherlich besprochen worden. Wenn aber diesen Part ohnehin der Herr Folger, wie wir heute hier erfahren haben, durchgeführt hat, dann ist das auch vom Herrn Folger zum Teil gemacht worden.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Es geht jetzt um Ihre Wahrnehmungen, die Sie hatten, bevor Sie diesen Raum betreten haben. Es soll jetzt das, was ich hier erfahren soll, Ihre eigenen Wahrnehmungen nicht vernebeln.

Dr. Helmut Salomon: Das ist mir schon klar. Ich kann nur bestätigen (*Abg. Krainer: Dass Haidinger gesagt hat: Ich will informiert werden!*), dass diesen Teilbereich damals der Herr Folger übernommen hat und dass es darüber auch einen Bericht gibt, der dann auch in der Form weitergemeldet worden ist.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Es gibt mehrere Berichte dazu. Haben Sie diese Berichte auch erhalten? Ich könnte Ihnen jetzt verschiedene Aktenvermerke vorlegen, die der Herr Folger zu dem Thema gemacht hat.

Dr. Helmut Salomon: Ich müsste als SOKO-Leiter von all den Erhebungen, die der Herr Folger gemacht hat, sicher informiert worden sein. Davon gehe ich aus, und ich glaube auch, annehmen zu können, dass er mir auf dem E-Mail-Weg elektronisch diese Unterlagen, Berichte, Ergebnisse entweder direkt oder in Kopie zur Kenntnis gebracht hat.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Um jetzt noch einmal zurückzukommen auf Weningers Computer-Word-Dokument: Das haben Sie Herrn Haidinger übergeben, weil er gesagt hat, dass er alles, was mit Parteifinanzierung zu tun hat, wissen und haben will, und deswegen haben Sie ihm dieses Dokument überreicht?

Dr. Helmut Salomon: Richtig! Ja.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das war das Motiv: weil Sie gewusst haben, dass er die Sachen haben will?

Dr. Helmut Salomon: Das war sicherlich ein besonderer Fall in dieser Kriminalangelegenheit, dass auch das in den Unterlagen schriftlich steht. Das habe ich ihm berichtet, und damit war für mich die Sache erledigt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Haben Sie gewusst, wozu er das haben wollte? Hat er da irgendwelche Äußerungen gemacht?

Dr. Helmut Salomon: Man denkt sich etwas dabei, wenn man lange genug im Geschäft ist. Da habe ich mir sicherlich auch etwas dabei gedacht. Aber damit war der Fall für mich erledigt und abgeschlossen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Also, Sie haben sich nicht gedacht, er legt sich das unter den Kopfpolster, denn dann schläft er besser?

Dr. Helmut Salomon: Würde ich meinen. Er hat auch Vorgesetzte, nicht?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Vorgesetzte heißt Kabinett, oder?

Dr. Helmut Salomon: Nein, es gibt auch den Generaldirektor Buxbaum und vielleicht noch den Herrn Minister. Es gibt also mehrere Vorgesetzte, die er zu bedienen hat.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das Thema „SPÖ-Parteifinanzierung“, das von der Arbeitsteilung, von der Teamarbeit her so aussah: Am Aufbau waren, wie Sie vorhin erklärt haben, Haidinger, Sie, Folger und andere beteiligt – jeder hat seine Arbeit gemacht –, hat der Herr Folger gemacht. Ist Ihnen noch erinnerlich, was es da für Ermittlungsschritte und Aufträge gab? Sie haben gesagt, dass die Staatsanwaltschaft einmal einen Auftrag gegeben hat.

Dr. Helmut Salomon: Ich glaube mich zu erinnern, dass damals der eine oder andere Kriminalbeamte deswegen vielleicht auch in der BAWAG selbst war und dort Erhebungen vorgenommen hat, die notwendig waren. Das ist denkbar, aber das Detail dazu müsste in den Unterlagen stehen. Das weiß ich nicht mehr.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie haben jetzt keine genaue Erinnerung an irgendeinen dieser Ermittlungsschritte?

Dr. Helmut Salomon: Das geht gar nicht!; das darf ich Ihnen so trocken sagen. Ich habe geglaubt, ich kann mir alle Einvernahmeergebnisse merken. Ich habe bei der 70. Einvernahme aufgehört, mir das zu merken. Inzwischen gibt es 260 Einvernahmen. Jede Einvernahme hat ungefähr 20 Seiten Protokoll. Das schaffen Sie physisch nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich war im Banken-Untersuchungsausschuss, wir hatten mehrere tausend Seiten Protokoll, und ich habe mir das auch nicht alles gemerkt. Das ist mir schon klar.

Dr. Helmut Salomon: Ich habe nur mehr versucht, das enzyklopädische Wissen zu haben, dass ich weiß, wo etwas steht. Und das ist auch hier der Fall. Daher kann ich manche Sachen nicht mehr so genau beantworten, weil die Fülle des Aktes nicht mehr menschlich verkraftbar ist. Ich bin so ehrlich: Ich schaffe das nicht! Wenn Sie es besser machen, dann geben Sie mir einen Tipp! (*Rufe bei der SPÖ: Nein, bitte! – Abg.*

Dr. Jarolim: Das sagt ja keiner!) Geben Sie mir einen Tipp, dann kann ich das noch machen! (*Abg. Dr. Jarolim: Das sagt ja keiner!*) Aber ich habe dann abgeschaltet. (*Ruf bei der SPÖ: Das ist ganz richtig!*)

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Herr Haidinger hat hier berichtet, dass er Sie ausdrücklich ersucht hätte, in dieser Sache zu ermitteln, wie auch immer er auf diese Idee kam, und sie hätten dann rückgemeldet, a) Sie hätten in Wahrheit keine Kapazitäten dafür, b) die Staatsanwaltschaft interessiere das auch nicht rasend, sondern es gebe wichtigere Sachen, die sie machen will. Was können Sie dazu sagen?

Dr. Helmut Salomon: Das stimmt sicherlich, denn damals waren andere Dinge vielleicht von größerer Wichtigkeit und Bedeutung. Es war sicherlich nicht das Personal dazu da, und wir steckten bis über den Kopf in Arbeit, und da ist am besten, wenn man sich nicht bewegt, sonst geht man unter. Das wollten wir nicht, sondern wir wollten weiterarbeiten. Das stimmt, wenn das gesagt worden ist. Ich kann das nur bestätigen. Das ist ein Monster-Kriminalfall, das geht nicht besser.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Es war vor Ihnen Herr Haidinger da und hat hier Sachen gesagt, und die haben teilweise Überlappungen mit denen von Ihnen. Ich will jetzt einfach nur abklären: Bestätigen Sie das, was Herr Haidinger gesagt hat? (*Dr. Salomon: Ich kann das bestätigen! Ja!*) Oder widersprechen Sie dem? Bisher bestätigten Sie eigentlich alles.

Dr. Helmut Salomon: Ich versuche, wahre Angaben zu machen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja, passt! (*Abg. Parnigoni: Wir gehen davon aus, dass alle die Wahrheit sagen!*)

Ich habe hier einen Aktenvermerk, der bereits zitiert wurde, wo Herr Folger spannenweise schreibt, und zwar betreffend Anfrage beziehungsweise Auftrag der Staatsanwaltschaft vom 9. Juni 2006 über Geldflüsse seitens der BAWAG zur SPÖ – also anscheinend hat es einen Auftrag oder eine Anfrage der Staatsanwaltschaft am 9. Juni gegeben –, dass er am 8. Juni um 15 Uhr den Krakow angerufen hat und ihn darüber informiert hat, dass er in Vorstandsprotokollen gefunden hätte, dass die SPÖ dort öfter aufscheint. Auch ein unbesicherter Kredit. Das wäre ihm aufgefallen. Diesen Aktenvermerk zeichnete er mit 8. Juni ab, was ich insofern ein bisschen spannend finde, als er am 8. Juni noch nicht wissen konnte, dass er am 9. Juni beauftragt

wird, aber das steht schon drinnen. Aber wollen wir einmal sagen, er hat es am 9. Juni geschrieben und hat einfach nur das Telefonat vom 8. Juni genommen. Das klingt für mich wie: Ich rufe bei der Staatsanwaltschaft an und sage, ich habe etwas gefunden, geben Sie mir doch den Auftrag, da weiter zu ermitteln!

Dann schreibt er ein paar Tage später einen Aktenvermerk, nämlich aufgrund des Auftrages des Mag. Krakow, SPÖ-Geldflüsse zu untersuchen, wo er am Schluss zu dem Resümee kommt: Wir haben das zu viert durchgeschaut, einen ganzen Tag lang sind vier Beamte am 13. Juni, also relativ am Anfang des Prozesses, beisammen gesessen und haben alle Vorstandsprotokolle durchgearbeitet und kamen zu dem Ergebnis: Es war bei Sicherheiten Blanko eingetragen, aber das war bei Ländern, Gemeinden und normalen Firmen auch öfter der Fall, und es konnten daher keine Hinweise auf eine Sonderstellung der SPÖ diesbezüglich vorgefunden werden. Er schließt ab mit den Worten: Eine nähere Erhebung bei den Kreditvergaben entbehrt jeglicher Verdachtslage.

Da müsste man glauben, damit sind die Ermittlungen eingestellt. Mit 14. Juni ist das abgezeichnet worden. Da müsste man glauben, jetzt ist es eigentlich eingestellt, denn es gibt überhaupt keine Verdachtslage.

Hat es nach dem 14. Juni noch irgendwelche Erhebungen in diese Richtung gegeben?

Dr. Helmut Salomon: Der letzte Satz, den Sie jetzt zitiert haben, ist ein fachlich unrichtige Aussage, das ist eine Wertung. Die dürfte er überhaupt nicht machen, denn er kann das nicht feststellen, was er hier ausgesagt hat. Das kann er nicht. Das ist halt passiert, damit muss ich als Leiter der SOKO leben. (Abg. **Parnigoni:** *Entsetzlich!*) Das ist halt passiert, weil das ein Kriminalfall in Wirtschaftsstrafsachen ist, und da ist vielleicht der eine oder andere Kriminalbeamte mit dieser Sache überfordert. Das ist so, das kommt vor, das ist das Leben, das wir im Kriminalbereich haben.

Wenn er das so geschrieben hat, dann muss ich das zur Kenntnis nehmen. Ich kann als SOKO-Leiter nicht alles nachprüfen. Dass dort sechs Wochen vier Leute ...

(Abg. **Krainer:** *Einen ganzen Tag!*)

Moment! Dass mehrere Wochen vier Leute in der BAWAG gesessen sind und dort die Protokolle über Vorstand und Aufsichtsräte durchgeschaut und das geprüft haben und etwas herausgearbeitet haben, das war so. Das war eine Knochenarbeit, die fürchterlich war. Das ist passiert. Das musste sein. Und da ist ein Teilbereich die Sparte gewesen, wo es darum ging, diese Finanzierungen da herauszuarbeiten.

Er hat das in Form eines Berichtes, mit dem Hinweis: Auf Auftrag der Staatsanwaltschaft!, mir vorgelegt, und ich habe das zur Kenntnis genommen. Ich habe damals in keiner Weise Überlegungen angestellt, was da vielleicht noch besser zu machen wäre.

Dieser Punkt ist hier so erhoben worden, mit dem musste ich leben. Dass ich hier jetzt dazu befragt werde, habe ich damals natürlich nicht gewusst. Das kann ich jetzt bestätigen: So war es! Er hat sicherlich auch Gespräche mit dem Staatsanwalt geführt. Es war notwendig, dass jeder mit ihm korrespondiert oder telefoniert. Das ist ein Arbeitsschritt in der Kriminalaufarbeitung gewesen. So war es!

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das heißt, es hat nach dem 14. Juni weitere Ermittlungen in dieser Frage gegeben?

Dr. Helmut Salomon: Ich kann mich an diese Sache nicht mehr erinnern. Vielleicht gibt es noch irgendeinen ergänzenden Aktenvermerk. Aber ich glaube, dass dann, nachdem Herr Folger wieder zurück nach Oberösterreich gegangen ist, kein weiterer Beamter in dieser Sache irgendwelche Nacherhebungen gemacht hat. Da bin ich nicht ganz sicher, aber ich vermute, dass es so war.

Abgeordneter Elmar Mayer (SPÖ): Wenn ich noch ganz kurz ergänzen darf: Herr Pils hat zum Thema „SOKO Vorarlberg“, zum Thema „Unterlagen in den Medien“, ausgesagt, dass Sie, Herr Dr. Salomon, ein mehrseitiges E-Mail, einen mehrseitigen Aktenvermerk verfasst haben, worin Sie sich beklagt haben, dass die SOKO in Verdacht gerät, Unterlagen an andere weiterzugeben, und dass Sie sich beschweren, dass man Details aus den Medien erfahren kann.

Können Sie sich an diesen Aktenvermerk erinnern, der mehrseitig war? Ich habe ihn leider bei den Unterlagen nicht gefunden. Können Sie uns diesen zur Verfügung stellen? Aber ich werde weitersuchen, denn er müsste eigentlich bei den Akten sein.

Es gibt einen mehrseitigen Aktenvermerk von Ihnen genau zu diesem Thema, wo Sie sich beschweren, dass diese Dinge an die Öffentlichkeit geraten sind.

Dr. Helmut Salomon: Falls ich das nicht hier schon gesagt habe: Es ist richtig, dass ich diesen Zustand, der für mich unhaltbar war, mit Direktor Haidinger besprochen habe, nämlich, dass Erhebungsergebnisse am übernächsten Tag in der Zeitung gestanden sind oder dass wir auch irgendwelche sonstigen Erhebungen, die die Staatsanwaltschaft plante, über die Zeitung erfahren haben. Das gab es das eine oder andere Mal. Das war für mich als SOKO-Leiter unbefriedigend.

Dass ich dazu auch etwas geschrieben habe, ist denkbar, vielleicht auch im Zusammenhang mit der großen Veröffentlichung in „NEWS“, wo dann die ganzen geheimen Protokolle abgelichtet worden sind. Das war ja der Überhammer, wo wir dann eigentlich zu arbeiten aufgehört haben.

Ich habe zu meinem Vorgesetzten gesagt: Wir lösen die SOKO auf! Wir brauchen die SOKO nicht mehr, wenn in den Zeitungen die Protokolle abgelichtet werden! Dann hat es geheißen: So arg ist es nicht! Aber ich habe zu meinem Vorgesetzten gesagt: Das ist unbrauchbar! Wir haben die Leute befragt, und die haben gesagt: Die Frage kann ich nicht beantworten, aber ich kann nachschauen, wie es eigentlich wirklich war! Wir haben aufgehört, Einvernahmen zu führen. Das war ein Super-GAU für uns! Das war unbefriedigend, das war fürchterlich!

Abgeordneter Elmar Mayer (SPÖ): Ich verstehe. Ich frage Sie nur: Liegt der Aktenvermerk bereits vor in den Akten, die wir übermittelt bekommen haben? Wissen Sie das? Oder können Sie uns den zur Verfügung stellen? Der muss ja vorhanden sein: ein mehrseitiger Aktenvermerk genau zu diesem Thema!

Dr. Helmut Salomon: Wenn ich etwas geschrieben habe und das an irgendjemanden verschickt habe, dann muss das dort aufliegen. – Punkt eins.

Punkt zwei: Wir hatten auf Grund der Fülle der elektronischen Daten, die im Innenministerium, im Bundeskriminalamt angefallen sind, nicht mehr genug Speicherkapazitäten. Wir mussten Dinge löschen, weil wir diese Menge an Bits und Bytes nicht mehr abspeichern konnten. Daher sind auch einige Sachen von mir im Zuge der Notwendigkeit, den Speicher zu bereinigen, vor einem Jahr oder vor einem halben Jahr gelöscht worden, ohne zu wissen, dass das für uns wesentlich ist.

Wenn dieser Aktenvermerk irgendwo in den Unterlagen ist, und ich habe den verschickt auf meinem Mail-Ordner, dann habe ich das gemacht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das ist ja unglaublich! Sie haben Teile der elektronisch vorhandenen Daten und Fakten, also Aktenbestandteile, gelöscht, weil Sie nicht genug Gigabyte Speicherplatz hatten? (*Dr. Salomon: Richtig, ja!*) Wissen Sie, was ein Gigabyte Speicherplatz kostet?

Dr. Helmut Salomon: Darüber habe ich mir keine Gedanken gemacht. (*Abg. Krainer: Unter 100 €!*) Es war notwendig, dass wir auf Grund der beengten Speicherkapazitäten in unserem Arbeitsbereich Daten herauslöschten. Vielleicht nicht wesentliche Daten –

das darf ich schon einschränkend sagen –, die gerichtsrelevant sind, aber bei Arbeitsdaten mussten wir uns knapp halten. Wir hatten nicht die Möglichkeiten. **Obmann Dr. Peter Fichtenbauer** dankt, da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, der Auskunftsperson, erklärt deren Einvernahme für beendet und *unterbricht* die Sitzung.

16.48

(Die Auskunftsperson Dr. Salomon verlässt den Sitzungssaal. – Die Sitzung wird um 16.48 Uhr unterbrochen und um 16.55 Uhr medienöffentlich wiederaufgenommen.)

16.55

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer *nimmt* die unterbrochene Sitzung *wieder auf* und leitet zur Anhörung von **Brigadier Bernhard Treibenreif** als *nächster Auskunftsperson* über.

Der Obmann dankt Herrn Treibenreif für dessen Erscheinen, erinnert diesen an die Pflicht zur Angabe der Wahrheit, weist ihn auf die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage hin – eine vorsätzliche falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und gibt sodann dessen Personalien aus dem Akt wie folgt wieder, die in dieser Form von der Auskunftsperson als korrekt bestätigt werden:

Bernhard Treibenreif; Geburtsdatum: 24.8.1965; per Dienstadresse EKO Cobra, Wiener Neustadt; Exekutivbeamter.

Der Obmann setzt fort:

Herr Treibenreif, Sie sind öffentlich Bediensteter. Gemäß § 6 der Verfahrensordnung dürfen Sie sich bei Ihrer Einvernahme nicht auf die Amtsverschwiegenheit berufen. Ihre vorgesetzte Dienstbehörde wurde von Ihrer Ladung und dem Thema Ihrer Befragung in Kenntnis gesetzt. Ihre Dienstbehörde hat keine Mitteilung gemacht, dass sie die Wahrung der Vertraulichkeit Ihrer Aussage für erforderlich hält.

Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. – Liegt einer dieser Gründe bei Ihnen vor? (*Die Auskunftsperson verneint dies.*)

Der Obmann gibt nun auch die Personalien der *Vertrauensperson* wieder, die von dieser als korrekt bestätigt werden:

Dr. Thomas Frad; 16.3.1967, wohnhaft in Wien; Rechtsanwalt.

Sodann fragt der Obmann die Mitglieder des Ausschusses, ob jemand der Ansicht sei, dass Herr Dr. Frad als Vertrauensperson auszuschließen wäre, weil er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen werde oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte, was *nicht* der Fall ist, und er setzt mit der *Belehrung der Vertrauensperson* fort:

Den Inhalt der Belehrung über die Strafdrohung bei einer vorsätzlich falschen Aussage haben Sie bereits bei der Auskunftsperson mitgehört. Diese Belehrung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten. Strafrechtliche Folgen kann daher zum Beispiel die Anstiftung zur falschen Beweisaussage haben.

Ihre Aufgabe ist die *Beratung* der Auskunftsperson. Sie haben aber nicht das Recht, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder an Stelle der Auskunftsperson zu antworten. Wenn Sie sich nicht daran halten würden, können Sie als Vertrauensperson ausgeschlossen werden. Sie können auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen würde.

Sollten Sie der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- und Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson kommt, haben Sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden. Dieser wird dann, wenn er es für erforderlich hält, mich informieren.

Herr Treibenreif, vor Eingang in die Befragung haben Sie die Möglichkeit zu einer zusammenhängenden Erklärung der den Gegenstand des Zeugnisses bildenden

Tatsachen gemäß § 11 Abs. 2 der Verfahrensordnung. – Wünschen Sie, eine solche zusammenhängende Erklärung abzugeben? (*Die Auskunftsperson bejaht dies.*)

Brigadier Bernhard Treibenreif (Einsatzkommando Cobra): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich möchte ganz kurz mich vorstellen: Ich bin Bernhard Treibenreif. Ich bin Exekutivbeamter und Leiter des Einsatzkommandos Cobra. Das ist mein Hauptjob. Ich habe, seit eben diese Behauptungen des Herrn Dr. Haidinger im Raum stehen, doch einige Male gehört, ich sei in meiner Funktion als Kabinettsmitglied Cobra-Chef geworden, und so weiter. Das möchte ich ganz gern richtigstellen.

Ich bin seit Herbst 2003 mit der Führung der Cobra betraut, bin seit 1.4.2004 ständig bestellt durch Dekret auch des Herrn Bundespräsidenten, war vorher, vor meiner Funktion als Cobra-Kommandant, bereits seit dem Jahr 1999 glaublich auch in Stellvertreterfunktion, damals noch unter Minister Karl Schlögl. Ich bin dann, nachdem mein Vorgänger in die Privatwirtschaft gewechselt ist, als damaliger Stellvertreter nachgerückt, und das war lange vor meiner Zeit als Mitarbeiter im Kabinett der Frau Bundesminister Prokop.

Ich wurde ins Kabinett gebeten, beziehungsweise die Frau Bundesminister Prokop hat mich gefragt damals im Mai 2005, ob ich als Fachberater für polizeiliche Fragen als ihr Mitarbeiter fungieren möchte, unter Beibehaltung meiner Funktion als Cobra-Kommandant. Das habe ich gerne gemacht. Der Grund der Frage war vor allem damals: Wir hatten eine sehr, sehr große Polizeireform in Umsetzung mit 1.7.2005, und ich war österreichweit der stellvertretende Projektleiter damals von General Franz Lang für diese Polizeireform. Das heißt, ich habe mich in diese Materie nicht einarbeiten müssen, und das war der Hauptgrund meiner Einschätzung nach, warum ich ins Kabinett geholt wurde.

Meine Tätigkeit dort, die bis jetzt noch andauert, nämlich neben meiner Funktion als Cobra-Kommandant, ist einfach, dass Fachfragen und polizeiliche Fragen den Bereich der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit betreffend eben von mir bearbeitet werden. Das heißt, dass ich vor allem als Fachexperte oder als Fachreferent im Kabinett des Ministers, jetzt von Günther Platter, tätig bin.

Das war einmal die Vorstellung meiner Person. Und ich wollte vor allem auch sagen zu dieser immer wieder geäußerten Feststellung, ich sei da irgendwie als Kabinettsmitglied etwas geworden, dass das nicht der Fall ist. Ich war schon lange vorher Cobra-Chef und habe mich dann eben dazu bereit erklärt, nebenbei diese Beraterfunktion auszuüben.

Um noch ganz kurz ein Bild zu geben, was ein Kabinettsmitglied macht: Ich bin für Fragen wie jetzt zum Beispiel die Schengen-Erweiterung zuständig. Wenn hier irgendwelche strategischen Dinge zu entscheiden oder zu planen waren, das war zum Beispiel meine Aufgabe. Oder die Polizeireform-Umsetzung, der EU-Vorsitz und so weiter. Also solche Fragen werden da bearbeitet.

So weit zu meiner Funktion auch jetzt noch im Kabinett und zu meiner Hauptfunktion als Kommandant des Einsatzkommandos Cobra.

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer erteilt als erstem Fragesteller Abg. Neubauer das Wort.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Sehr geehrter Herr Generalmajor Treibenreif, ich wollte Sie gleich zu Beginn fragen, ob Sie zur Causa BAWAG von Dr. Haidinger direkt informiert wurden. Wenn das nicht der Fall war, von wem sonst?

Bernhard Treibenreif: Ich weiß nicht. „Informiert wurden“ – was meinen Sie damit? Allgemein informiert? (*Abg. Neubauer bejaht dies.*)

Es ist so, dass natürlich Angelegenheiten des Bundeskriminalamtes in den fachlichen Tätigkeitsbereich von mir und damals auch vom Kollegen Pilschl gefallen sind. Das heißt, wir haben immer wieder Kontakt gehabt, aber nicht nur in der Causa BAWAG, sondern vor allem auch in anderen täglichen Dingen wie Kriminalstrategie, Kriminalitätsentwicklung, aktuelle Entwicklungen, Vorbereitung von Schengen und so weiter. Also es ist nicht so gewesen, dass die Causa BAWAG täglich Thema gewesen wäre, sondern vielmehr waren andere Dinge im täglichen Geschäft im Vordergrund. Es war damals der Vorsitz der EU zu bewältigen, auch hier waren viele Entscheidungen zu treffen, und so weiter.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Können Sie sich erinnern, wann Sie in etwa von Dr. Haidinger das erste Mal über die Causa BAWAG informiert wurden?

Bernhard Treibenreif: Ich weiß nicht, ob mich Dr. Haidinger einmal darüber informiert hat. Es waren damals, wo dann die SOKO gegründet wurde, manchmal Fragen zu klären oder zu beantworten. Soweit ich mich erinnern kann – ich habe das nicht primär bearbeitet –, ging es am Anfang darum, dass diese Sonderkommission entsprechende Räumlichkeiten bekommt, Infrastruktur und so weiter. In der Sache war ich nicht besonders tief und oft involviert.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Umso bemerkenswerter erscheint mir, dass Sie, wie wir gehört haben von Dr. Haidinger, um Ladungstermine von einzuvernehmenden Personen in dieser Causa BAWAG gebeten haben. Wie erklären Sie sich das?

Bernhard Treibenreif: Also ich persönlich kann mich nicht konkret erinnern, dass ich jemals konkret einen Ladungstermin angefordert hätte. Ich schließe es nicht zu 100 Prozent aus, aber glaube nicht, dass so eine Anfrage, so ein Ersuchen von mir einmal gestellt worden sei.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Wurde die Weitergabe von Informationen der Einvernahmen in der Causa BAWAG untersucht, oder gab es nur eine Nachfrage im BKA?

Bernhard Treibenreif: Darf ich noch einmal die Frage hören?

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Gerne. Die Frage richtet sich darauf, ob die Weitergabe von Informationen in der Causa BAWAG untersucht wurde oder ob es nur eine Nachfrage im BKA dazu gab?

Bernhard Treibenreif: Sie meinen Weitergabe von Informationen an die Medien? (*Abg. Neubauer bejaht dies.*) Es war immer wieder Thema, teilweise waren wir selbst überrascht und haben auch nachgefragt, wie es sein kann, dass Informationen rausgehen. Soweit ich weiß, hat Dr. Haidinger diese angeblichen Weitergaben oder diese Weitergabe immer wieder selbst auch untersucht. Er hat, glaube ich, auch in seiner SOKO gefragt, wer das weitergegeben haben könnte und so weiter. Es war Thema, manchmal. Ich wurde auch einmal gefragt von ihm, was mit Berichten, die zum Beispiel auch an das Innenministerium gehen, geschieht.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Sie haben selbst in dieser Angelegenheit keine Untersuchungen vorgenommen?

Bernhard Treibenreif: Es ist nicht Aufgabe eines Büros eines Ministers, hier in die operative Durchführung direkt einzugreifen. Also, wenn irgendetwas festgestellt wird, ist es Aufgabe der betrauten Dienststelle, dies zu machen, und nicht primär des Ministerkabinetts.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Sie sind ja als Chef der Cobra nicht irgendjemand, Sie müssen ja gerade bei Ihrer Einheit besonders darauf achten, dass die

Funktionalität entsprechend hoch ist. Inwieweit wurmt es einen, wenn man hört, dass bei einer Sondereinheit dann solche Lücken sind?

Bernhard Treibenreif: Ich kann das jetzt als Chef der Cobra beantworten. Es gibt natürlich oft Amtshandlungen, wo ein sehr, sehr großes Interesse besteht, dass, natürlich auch um die Amtshandlung nicht zu gefährden, im Vorfeld nichts an die Öffentlichkeit gelangt. Und natürlich ist es von einem großen Interesse, dass, um eben den Zweck der Amtshandlung nicht zu gefährden, keine Informationen im Vorfeld irgendwie weitergegeben werden.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Und trotzdem haben Sie eigentlich selber nichts getan und auch keine Vorschläge gemacht, wie man eventuell diese Lücken schließen oder wie man an Ermittlungen herangehen könnte?

Bernhard Treibenreif: Ich habe mich hier in diese Fachexpertise der Experten nicht eingemischt. Ich habe gewusst, dass hier immer wieder auch Nachforschungen angestellt werden, teilweise auch veranlasst vom Herrn Dr. Haidinger, und somit ist diese Angelegenheit ohnehin bearbeitet worden.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Nach unseren Informationen haben Sie auch die entsprechenden Wochenberichte erhalten. Was haben Sie mit denen gemacht? Haben Sie die routinemäßig an entsprechende Personen weitergeleitet oder waren die nur für Sie alleine bestimmt?

Bernhard Treibenreif: Es war meiner Erinnerung nach so, dass von Beginn der Gründung dieser Sonderkommission immer wieder diese sogenannten Wochenberichte – oder waren es Monatsberichte?; ich weiß nicht, ob auch größere Zeiträume zusammengefasst worden sind – dann vom Bundeskriminalamt, also im Wege von der SOKO über die Abteilungsleitung, über die Bundeskriminalamtsleitung an das Innenministerium übersandt wurden, also an die Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, und von dort meistens auch zur Information an das Kabinett, sprich: an den Kabinettschef.

Und dieser hat uns dann normalerweise, sprich: den Kollegen Pilsl und mich immer wieder auch beteiligt damit. (*Abg. Parnigoni: ... Ita?*) – Es war ins Kabinett meistens Ita, soweit ich weiß. Und wir haben es dann eben immer auch cc: bekommen, weitergeschickt dann, weil wir eben fachlich zuständig waren für die Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): An wen weitergeschickt?

Bernhard Treibenreif: An uns, an Generalmajor Pilsl und mich. Wobei: Ich habe selbst nicht so oft diese Wochenberichte wissentlich bekommen. Aber wahrscheinlich auch an mich, weil ich nicht primär mit dieser Führung des Falles BAWAG beschäftigt war. Das heißt einmal: Es wurde natürlich informiert. Aus meiner Sicht ist das auch legitim, dass eine Ressortleiterin bei so einem Fall informiert wird über Vorhaben, über außergewöhnliche Feststellungen und so weiter, weil ja sie die Gesamtverantwortung dafür hatte, die Frau Bundesminister Prokop.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Haben Sie Herrn Dr. Haidinger beauftragt, konkrete Unterlagen zu Daten über Geldflüsse von der BAWAG an die SPÖ an Sie, an das Kabinett zu übermitteln?

Bernhard Treibenreif: Ich habe von diesen Behauptungen erstmals seit eben dem 5. Februar, oder seit diese Behauptungen aufgestellt sind, gehört. Meiner Erinnerung nach hat es nie einen konkreten Auftrag von meiner Seite an den Dr. Haidinger gegeben, dass er mir konkrete Daten über irgendwelche Geldflüsse übermitteln soll. Natürlich, ich weiß nicht, ob man in einem Gespräch mal drüber gesprochen hat. Aber einen konkreten Auftrag nach meiner Erinnerung hat es nicht gegeben.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): ... Geldflüsse von der BAWAG zur SPÖ erhalten. An wen haben Sie diese Info weitergegeben, wenn das der Fall gewesen ist?

Bernhard Treibenreif: Der letzte Halbsatz ist für mich sehr wichtig. Ich habe auch jetzt bei der Aussage vor der Staatsanwaltschaft gesagt, dass ich mich konkret an so eine Übergabe von Zetteln, wo Geldflüsse festgestellt worden sind, nicht erinnern kann. Ich habe es aber auch nicht zu 100 Prozent ausgeschlossen. Es kann sein, dass vielleicht einmal so ein Wochenbericht oder was persönlich übergeben worden ist, vielleicht auch mit einer Beilage oder etwas. Aber es war eben ... – Ich kann es nicht genau sagen. Es ist mir auch nicht so in Erinnerung, als wenn das irgendwie sensationell gewesen wäre. Also, normalerweise sind diese Wochenberichte dann ausgedruckt worden oder genommen worden und sind sporadisch oder einfach periodisch zu Informationen für die Frau Bundesminister dann auch verwendet worden. Und das war es dann.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Haben Sie Wahrnehmungen darüber, wer im Kabinett in der Causa BAWAG im Wesentlichen Kontakt mit Dr. Haidinger gehabt hat?

Bernhard Treibenreif: Wie gesagt, ich habe in dieser Zeit ganz normalen Kontakt gehabt, nicht allzu oft, aber auch vor allem in anderen Dingen: Kriminalitätsstrategieentwicklung und so weiter. Es war nicht so, wie ich bereits gesagt habe, dass das die Prima Causa war. Das war nicht so. Es hat Kontakte gegeben, aber die waren vor allem auch im normalen Arbeitsumfeld. Bei diesen Kontakten ist natürlich auch über das gesprochen worden: Wie laufen die Ermittlungen? Braucht ihr etwas? Und so weiter. Vor allem am Anfang ist, glaube ich, Personal zugeführt worden und Räumlichkeiten. Es ist geschaut worden, dass die Räumlichkeiten bekommen und so weiter.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Meine Frage haben Sie mir aber nicht konkret beantwortet. Ich habe Sie gefragt, ob Sie mir sagen können, wer im Kabinett konkret in der Causa BAWAG der Ansprechpartner gewesen ist. Irgendjemanden muss es ja gegeben haben.

Bernhard Treibenreif: Ja, Ansprechpartner primär für den Bereich der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit waren damals der Generalmajor Pilsl und ich. Und ob andere Kontakte mit Kabinettschef und so weiter oder Stellvertreter stattgefunden haben – wahrscheinlich, aber nicht sehr oft, kann man sagen. Also, Hauptansprechpartner ist der Bereich der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit gewesen.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Gab es zur Frage BAWAG im Kabinett auch entsprechende Besprechungen? Wenn ja: Wer hat daran teilgenommen?

Bernhard Treibenreif: Ich kann mich an größere Besprechungen im Fall BAWAG im Kabinett eigentlich nicht erinnern. Also, ich habe auch ...– Es sind auf keinen Fall irgendwelche große Besprechungen durchgeführt worden, wo operative Dinge besprochen worden sind, oder dass man Kontakt gehabt hat mit Dr. Haidinger, der ja ohnehin manchmal bei uns war, um eben auch andere Sachen zu besprechen. Das ist klar. Dass man da auch über das gesprochen hat ist auch klar. Dass man mit den Wochenberichten angeschlossen war und diese Informationen immer wieder auch noch an die Frau Bundesminister gegeben hat, das sehe ich jetzt auch noch als Selbstverständlichkeit an.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Letzte Frage: Herr Dr. Haidinger soll dem Vernehmen nach Herrn Folger händeringend gebeten haben, länger als die vereinbarten Monate in der SOKO zu bleiben.

Können Sie diese Wahrnehmung bestätigen? Wissen Sie, warum das nur so kurzfristig war, wo doch Herr Folger in Interviews bekanntgegeben hat, dass er derjenige war, der die SOKO aufgebaut hat?

Bernhard Treibenreif: Das kann ich nicht beantworten, was die Gründe für das Ausscheiden des Herrn Folger aus der SOKO waren. Das weiß ich nicht.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Sehr geehrter Herr Generalmajor Treibenreif, Sie haben uns vorher mitgeteilt, dass Sie vor der Staatsanwaltschaft eine Aussage gemacht haben. Ist ein Verfahren eingeleitet; wenn ja, welches?

Bernhard Treibenreif: Ich weiß nicht, wie das jetzt genau genannt wird. Ist das ein Ermittlungsverfahren? Das weiß ich jetzt nicht.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Mich würde nur interessieren: Sie haben gesagt, Sie haben schon vor der Staatsanwaltschaft zu dieser Causa Stellung genommen.

Bernhard Treibenreif: Ja, natürlich. Es ist aufgrund der Behauptungen des Herrn Dr. Haidinger eine Vielzahl von Angehörigen des Innenministeriums zu diesen Behauptungen befragt worden. Und mein Status, ob da ein Verfahren gegen mich eingeleitet ist, das weiß ich jetzt gar nicht.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Sind Sie als Zeuge oder als Beschuldigter einvernommen worden?

Bernhard Treibenreif: Soweit ich weiß, ist meine Einvernahme als Beschuldigteneinvernahme qualifiziert gewesen.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Wissen Sie auch wegen welchem Vorhalt? Welches Delikt?

Bernhard Treibenreif: Der Paragraph ist – ich nehme an – 302, 310 StGB.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Herr Generalmajor, haben Sie irgendwann einmal von Ihrer vorgesetzten Ministerin in einem Gespräch – es muss ja keine Weisung sein, sondern in einem Gespräch, auch informell oder formell – einen Auftrag bekommen, sollte in der Causa BAWAG irgendetwas Interessantes, vielleicht Finanzströme oder sonstiges, hervorkommen, dass das vorrangig zu behandeln ist und sofort an die Ministerin zu berichten ist?

Bernhard Treibenreif: Dass die Frau Bundesminister natürlich Interesse gehabt hat, was hier läuft, ist aus meiner Sicht selbstverständlich. Sie ist ja Gesamtverantwortliche für die Führung des Ressorts gewesen. Es war aber nicht so, dass hier in irgendeine Richtung gedrängt worden ist oder in irgendeine Richtung ständig berichtet hätte werden sollen. Es war oft so, dass man eben diese Wochenberichte – aber auch nicht sofort, sondern dann, wenn es sich ergeben hat – dann eben wieder berichtet hat, darüber geredet hat, wie der Stand ist, dass eine SOKO eingerichtet worden ist und so weiter.

Meiner Erinnerung nach, also an mich – aber wie gesagt, ich war hier nicht besonders involviert im Kabinett – hat es von der Frau Bundesminister keine solchen Anfragen oder besonderes Insistieren oder was gegeben.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Im Kabinett gibt es ja, wie das üblich ist, wie wir wissen, routinemäßige Sitzungen, zumeist wöchentlich, in manchen Ressorts auch noch öfter, aber zumindest Sitzungen, Kabinettsitzungen, Besprechungen. Können Sie uns mitteilen, ob es auch in Ihrem Kabinett wöchentliche routinemäßige Sitzungen gegeben hat?

Bernhard Treibenreif: Nein, also diese wöchentlichen routinemäßigen Sitzungen hat es aus meiner Erinnerung nicht gegeben mit der Frau Bundesminister – das war sporadisch. Also wenn Zeit war und eben kein anderer Termin war, hat man gesagt,

okay schauen wir einmal, dass wir die Referenten zusammenbringen und reden wir über aktuelle Dinge. Das hat es schon gegeben. Und an sich: Die Kabinettsreferenten haben sich schon zu periodischen Sitzungen zusammengefunden, weil es wie in einem anderen Unternehmen auch üblich ist – Sie wissen das wahrscheinlich aus der Wirtschaft besser als ich –, dass man natürlich irgendwelche Vorhaben und so weiter abspricht. Also das ist selbstverständlich.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Genau das habe ich gemeint, Jour fixe oder ähnliches.

Können Sie uns mitteilen, wer regelmäßig an diesen Besprechungen teilgenommen hat?

Bernhard Treibenreif: An diesen Referentenbesprechungen haben die Referenten teilgenommen. Das waren damals acht bis zehn Referenten aus dem Kabinett, also diese Fachleute, die halt einen Bereich zu betreuen gehabt haben. So wie ich eben die Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit und Generalmajor Pilsl haben andere Bereiche zu betreuen gehabt. Und da hat es schon periodische Sitzungen gegeben.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Ist in diesen Sitzungen jemals über die Causa BAWAG diskutiert worden?

Bernhard Treibenreif: In diesen Sitzungen ist natürlich auch darüber gesprochen worden, wie der Status ist, dass eine SOKO eingerichtet worden ist. Es ist schon darüber geredet worden, war aber ein Thema wie viele andere auch.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Wie kann man Ihren Kontakt zum Herrn Dr. Haidinger verstehen? War das ein intensiver Kontakt? War das ein sehr umgänglicher, ein freundlicher, ein regelmäßiger Kontakt? Wie würden Sie den beschreiben?

Bernhard Treibenreif: Aufgrund der funktionellen Zusammenhänge, nämlich auf der einen Seite der Direktor des Bundeskriminalamtes, auf der anderen Seite ein Referent, der für die Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit im Ministerkabinett zuständig ist, hat es natürlich ständige Kontakte gegeben. Die waren aber nicht besonders oft oder intensiv, aber immer wieder natürlich, wenn man Fragen hatte oder weil einfach Dinge auch zu besprechen waren. Das Verhältnis – also aus meiner Sicht – war im Großen und Ganzen, wie auch aus meinem Mailverkehr mit dem Herrn Dr. Haidinger ersichtlich, der in der Öffentlichkeit aufgetaucht ist, freundlich, korrekt.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Der Punkt ist nur, dass Ihnen Dr. Haidinger ja in diesen Mails, wahrscheinlich auch persönlich – sagt er zumindest –, öfters über Missstände, ja sogar über Rechtswidrigkeiten berichtet haben soll. Ist Ihnen hiezu etwas bekannt? Haben Sie eine Wahrnehmung aus Mails oder aus persönlichen Gesprächen mit Herrn Dr. Haidinger? Wenn ja, welche Missstände und Rechtswidrigkeiten könnten das sein?

Bernhard Treibenreif: Was die Causa BAWAG betrifft, glaube ich nicht, dass solche Mails existieren, wo Missstände vorgeworfen werden. Da kann ich mich nicht konkret hier erinnern.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Es gibt zum Beispiel ein Mail, vielleicht kennen Sie das. Herr Haidinger hatte ja immer einen großen Adressatenkreis seiner Mails. Da schreibt er an den Herrn Ita über Missstände im Innenressort, also über Rechtswidrigkeiten. An Sie ist so etwas nicht gelangt; Sie wissen auch nichts davon?

Bernhard Treibenreif: Also konkret dieses Mail, ich weiß nicht, ob das auch an mich gerichtet ist. Es ist so, dass mit Dr. Haidinger doch auch, obwohl das Verhältnis korrekt war, oft inhaltliche Auffassungsunterschiede eben präsent waren; vielleicht ist das ein Grund, warum er das geschrieben hat.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Noch einmal zum Kontakt zum Herrn Dr. Haidinger: War er bei Ihnen auch ab und zu im Büro und Sie bei ihm? Haben Sie da Besprechungen durchgeführt?

Bernhard Treibenreif: Also bei ihm ganz selten. Aufgrund der Tätigkeit, aufgrund der Art der Tätigkeit – nämlich das ist natürlich eine sehr, sehr intensive Tätigkeit – hat man wenig Zeit, dass man praktisch Dienststellenbesuche macht und dort eben hinfahren muss, wieder zurückfahren muss. Es hat manchmal, ganz, ganz selten – es muss aber schon etwas Außergewöhnliches gewesen sein, dass ich hingefahren bin, um mit ihm zu sprechen. Und auch die Kontakte im Kabinett waren in dieser Zeit nicht sehr intensiv, also die persönlichen Kontakte. Manchmal Besprechungen, aber nicht sehr oft.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Der Punkt ist nämlich folgender – und das ist jetzt eigentlich der eklatante Widerspruch in den bisherigen Aussagen und diesen möchte ich Ihnen vorhalten –: Herr Dr. Haidinger hat uns heute mitgeteilt – übrigens auch in den Protokollen der SOKO Vorarlberg nachlesbar –, er sei bei Ihnen persönlich im Kabinett gewesen und habe Ihnen persönlich diese Unterlagen aus dem Weninger-PC übermittelt. Es sind zwei Seiten gewesen, wo eben draufgestanden ist, wie der Geldfluss von der BAWAG zur SPÖ war. Und er hätte Ihnen das übermittelt, hätte mit Ihnen ein persönliches Gespräch geführt, Ihnen das persönlich übermittelt. Sie hätten dann noch gesagt, Sie werden das der Ministerin weiterleiten.

Hat so etwas stattgefunden oder hat das nicht stattgefunden?

Bernhard Treibenreif: Ja, wie gesagt, nicht besonders oft, aber natürlich hat es Besprechungen gegeben. Aber konkret, was ich zuerst schon gesagt habe, an so eine Unterlage, an so eine ganz konkrete Unterlage kann ich mich aus jetziger Sicht nicht mehr erinnern, schließe aber nicht aus, dass er mir vielleicht einmal einen Bericht übergeben hat, vielleicht einen Wochenbericht. Da waren manchmal auch Beilagen dabei und so weiter, aber, wie ich bereits gesagt habe, das ist mir nicht so in Erinnerung, als wäre das irgendwas Sensationelles gewesen. Dass es Kontakte gegeben hat, das ist natürlich der Fall, immer wieder, aber nicht sehr oft die Besprechungen, weil man sich ja am Telefon oder was abspricht.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Ich darf Sie noch einmal fragen: Hat es ein eigenes Gespräch im Kabinett gegeben, wo Herr Haidinger auf Sie zugekommen ist und gesagt hat, ich habe hier aus dem Computer des Herrn Weninger Unterlagen, die belegen, dass es einen Geldfluss von der BAWAG zur SPÖ gegeben hat und das übermittle ich Ihnen hiermit, was immer Sie damit machen? – So ähnlich klingt das nämlich in den Aussagen des Herrn Haidinger.

Bernhard Treibenreif: Also aus meiner Erinnerung hat es kein eigenes Gespräch für so etwas gegeben. Es kann sein, dass ein Wochenbericht übergeben worden ist, aber sicher nicht in so einem eigenen Gespräch oder ...

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Oder ist es im Zuge dessen geschehen? Vielleicht hat er vorher über das Wetter oder über seine Freizeitbeschäftigungen gesprochen. Aber noch einmal die konkrete Frage: Schließen Sie aus – machen wir es anders –, dass in Ihrem Kabinett, im Büro ein diesbezügliches Gespräch, wo der Inhalt mit Ihnen erörtert worden ist, nämlich diese Weninger-Akten übergeben worden sind, stattgefunden hat, wo Sie konkret auch darauf angesprochen worden sind?

Bernhard Treibenreif: Wie ich bereits ausgeführt habe, ein eigenes Gespräch zu diesem Thema hat es sicherlich nicht gegeben. Man hat sich auch zu anderen Themen besprochen, die im Tagesgeschäft zu bearbeiten waren. Wie gesagt, nicht sehr oft, also die Treffen in dieser fraglichen Zeit waren sicher nicht öfter als sonst. Ein Treffen mit

einem Direktor eines Bundeskriminalamtes und ein eigenes Treffen hat es für das sicher nicht gegeben. Dass im Zuge dieser Besprechung vielleicht einmal ein Wochenbericht übergeben worden ist, der ansonsten per Mail gesendet worden ist, dass da unter Umständen eine Beilage dabei war, die mir jetzt nicht mehr so in Erinnerung ist, wie der Herr Dr. Haidinger das jetzt beschreibt, das schlieÙe ich nicht aus.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Können Sie mir den Sinn eines Wochenberichtes in kurzen Sätzen erklären?

Bernhard Treibenreif: Diese Berichte, die von der SOKO gemacht worden sind, hatten den Zweck, die Ressortleitung, sprich auch die Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, über den Stand der Dinge zu informieren!

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Das heißt, diese Wochenberichte waren von ziemlichem Interesse und Bedeutung?

Bernhard Treibenreif: Nein, das würde ich so nicht sehen, das war eigentlich schon Routine. Die SOKO arbeitet noch jetzt und Wochenberichte waren schon damals Routine. Es ging dabei darum, was geschehen ist, was die Vorhaben sind und ob es irgendetwas Besonderes gegeben hat.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Hat man diese Wochenberichte in der Regel sofort wissbegierig gelesen und verschlungen oder sofort in die „Rundablage“ gelegt, weil es sowieso nichts Neues gibt?

Bernhard Treibenreif: Nein, man hat sie nicht in die „Rundablage“ gelegt. Es war so, dass natürlich die Ressortleiterin über den Stand der Dinge informiert worden ist, aber es war nicht so, dass jeder darauf gewartet hätte.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Sie haben in Ihrer Aussage bei der SOKO Vorarlberg mitgeteilt, dass Sie mit Herrn Haidinger nicht oft Kontakt hatten und dass in der Causa BAWAG im Wesentlichen Herr Pils – das haben Sie wortwörtlich gesagt – mehr eingebunden war als Sie. Was heißt denn das? Wieso war er mehr eingebunden?

Bernhard Treibenreif: Das heißt, dass wir zwei, Herr Pils und ich, im Kabinett der Frau Bundesministerin als Referenten für den Bereich der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit zuständig gewesen sind. Intern hatten wir so eine Art Aufgabenaufteilung, teilweise nach Bundesländern, weil das Tätigkeitsfeld so umfangreich war. Das reicht von Kriminalprävention über Ermittlungstätigkeit, über Polizeireform, über EU-Vorsitz bis hin zu den Sondereinheiten. Wir haben also eine Aufgabenaufteilung vorgenommen. Für das Bundeskriminalamt war nicht primär ich zuständig, sondern Kollege Pils. Nur wenn man sich gegenseitig vertreten hat, wenn Fragen aufgetaucht sind, wenn einer unterwegs oder nicht da war, dann wurde es von dem anderen Referenten bearbeitet!

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Können Sie sich erinnern, wann Sie von der Existenz dieser Weninger-PC-Dokumente und über den Geldfluss von der BAWAG an die SPÖ erfahren haben?

Bernhard Treibenreif: Jetzt, in den Aussagen seit Februar dieses Jahres. Ich kann, wie gesagt, nicht ausschließen, dass mir im Zuge eines Wochenberichtes irgendetwas übergeben worden ist, habe aber diese Unterklage nicht speziell und nicht spezifisch im Kopf!

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): War Ihnen bekannt, dass parallel zur SOKO BAWAG, von der Sie Ihre Wochenberichte bekamen und von deren Ermittlungen Sie ja auch gewusst hatten, auch das BIA in dieser Causa ermittelt?

Bernhard Treibenreif: Das ist mir jetzt bekannt. Damals war es mir eigentlich nicht bekannt. Mir war nicht bewusst, dass hier weitere Ermittlungsschienen bestehen. Ich

nehme an, dass das damals sicherlich auch mit der Staatsanwaltschaft und so weiter abgesprochen war. Damals war mir das aber eigentlich nicht bewusst. Jetzt weiß ich es, weil ich es im Rahmen dieses gesamten Themenkomplexes festgestellt worden ist.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Nein, es war nämlich so, dass sich Herr Direktor Haidinger sowie der Leiter der SOKO, Herr Dr. Salomon, um es einmal milde auszudrücken, nicht sehr gefreut haben, als sie erfahren haben, dass das BIA ermittelt hat, sich sogar darüber beschwert haben und erfahren wollten, warum das der Fall sei. Deswegen frage ich, ob Sie da auch irgendwie eingebunden und vielleicht auch Adressat einer solchen Beschwerde waren?

Bernhard Treibenreif: In die Entscheidungsfindung, dass das BIA in Ermittlungen eingebunden wird, war ich sicherlich *nicht* eingebunden. Ich weiß nicht, ob ich die Information damals schon gehabt habe – wahrscheinlich. Es ist aber wie gesagt nichts Aufsehenerregendes, wenn die Staatsanwaltschaft eine Organisationseinheit des Innenministeriums mit Ermittlungen beauftragt!

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Letzte Frage: Können Sie sich beziehungsweise uns erklären, warum *aus Ihrer Sicht* Herr Haidinger so viele unrichtige Vorwürfe gegen Sie erhebt? Können Sie sich das irgendwie erklären? (*Abg. Dr. Jarolim: Aus welcher Sicht? Man muss die Frage präziser stellen!*) – Aus seiner, nicht meiner Sicht. Er hat ja gesagt, dass das nicht stimmt. Aus *seiner* Sicht, das war die Frage! (*Obmann Dr. Fichtenbauer gibt das Glockenzeichen.*)

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Das ist eine Frage, die an der Grenze ist ...

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Das Innenleben des Innenministeriums ist immer an der Grenze, aber es ist interessant! (*Zwischenruf.*) – Dunkel ist es auch nicht, es ist ziemlich hell!

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Ich möchte darum bitten, dass wir ohne große Aufregung diese Verhandlung fortsetzen!

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Können Sie sich irgendein Motiv erklären?

Bernhard Treibenreif: Herr Abgeordneter Ing. Westenthaler, ich könnte nur mutmaßen. Ich weiß nicht, was die Motivationsgründe des Dr. Haidinger sind.

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Nächste Fraktion ist die SPÖ.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Nur ganz kurz zu Beginn: Wie war im Kabinett Ihr Verhältnis zur Frau Innenministerin? Haben Sie mit Ihr persönlich gesprochen oder haben Sie rapportiert an Herrn Ita? – Ich frage Sie, um zu verstehen, wie dieses Team grundsätzlich arbeitet.

Bernhard Treibenreif: Das Verhältnis eines Referenten zu einer Bundesministerin beziehungsweise zu einem Bundesminister in einem Kabinett ist natürlich schon a priori geprägt von Vertrauen, sonst würde man, glaube ich, nicht gebeten werden, hier als Mitarbeiter beziehungsweise als Berater tätig zu sein. Es ist aber nicht so, dass man täglich oder stündlich mit der Ministerin beziehungsweise mit dem Minister in Kontakt ist, weil in diesen Funktionen sehr, sehr viele Termine wahrzunehmen sind.

Im Falle des Innenministeriums sind auch Termine in anderen Ministerien sowie in ganz Österreich wahrzunehmen, das heißt, Ressortleiter beziehungsweise Ressortleiterinnen sind unterwegs und es kann natürlich vorkommen – auch durch eigene Abwesenheiten – , dass man sich einige Tage oder eine Woche überhaupt nicht sieht.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Was ist grundsätzlich ein Vertrauensverhältnis?

Bernhard Treibenreif: Ich glaube, es ist Voraussetzung dafür, dass man dort arbeitet, dass in die Expertise, die man als Berater anbietet, ein gewisses Vertrauen gesetzt wird.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Wenn Sie da berichten, habe ich den Eindruck, dass die Causa BAWAG in dieser Zeit relativ unmaßgeblich war – wenn nicht das Letzte – und so nebenbei mitgelaufen ist. Das widerspricht einerseits den bisherigen Aussagen, andererseits auch den Aktenständen und drittens auch einer gewissen realistischen Betrachtungsweise, was so im Allgemeinen stattfindet. Sie sagen, Sie wissen dieses und jenes nicht ganz genau und das ist alles ein bisschen unsicher. Ich nehme an, dass Sie sich vorbereitet haben. Können Sie vielleicht sagen, wenn Sie näher nachdenken, wann es in dieser Angelegenheit eine Dynamik gab und wie diese Causa BAWAG im Kabinett gesehen wurde.

War es etwa so, dass man gesagt hat, um Himmels Willen, nur nicht anstreifen, wir wollen damit nichts zu tun haben, die Frau Minister halten wir frei? Was war der Umgang, soweit Sie das wahrgenommen haben?

Bernhard Treibenreif: Wie ich gesagt habe: Meiner Wahrnehmung nach war es nicht so, dass die Causa BAWAG den ganzen Tag dominiert hat, überhaupt nicht. Also, das war normales Geschäft. Am Anfang habe ich mitbekommen, dass geholfen wurde das Ganze aufzubauen, nämlich Infrastruktur, Räumlichkeiten und so weiter zur Verfügung zu stellen. Man hat natürlich auch immer wieder darüber geredet und auch die Wochenberichte weiterberichtet. Manchmal sind wir selbst gefragt worden von der Frau Bundesminister. Es hat die Befragung des oder der Verdächtigen stattgefunden. Das haben wir teilweise im Vorfeld gar nicht gewusst und so weiter. Das war dann Thema zum Beispiel.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Sagen Sie, war das möglich, dass das überhaupt keine polische Relevanz hatte? Das war an sich ein nicht unentscheidendes Jahr aus politischer Sicht. Hat das damit überhaupt nichts zu tun gehabt und war das so Alltag? Wollen Sie uns das vermitteln? (*Bernhard Treibenreif: Nein!*) Mir scheint es ein bisschen wirklichkeitsfremd. Da hätte ich ganz gerne gewusst: Mein bisheriger Eindruck ist der, dass niemand damit etwas zu tun hatte. Stimmt das so?

Bernhard Treibenreif: Es stimmt nicht, dass damit niemand etwas zu tun hatte. Es ist natürlich sehr wohl ein Thema gewesen. Aber, wie ich gesagt habe, es war nicht so, dass hier ständig Berichte angefordert wurden oder ständig berichtet wurde oder dass irgendwelche Einflussnahme stattgefunden hätte – so ist das nicht. Das ist meine Wahrnehmung.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Darf ich ganz kurz – Kollege Westenthaler hat diesen Fall schon angesprochen – aus dem Protokoll zitieren. Da wird Haidinger zur Frage der Auszüge aus Weningers Computer vernommen: Im Konkreten wurden Daten über Geldflüsse an die SPÖ im Computer des Vorsitzenden des Aufsichtsrates Weninger gefunden und von mir an den Kabinettsmitarbeiter Treibenreif in ausgedruckter Form übergeben. Ein paar Tage später rief der Leiter der SOKO Salomon den zuständigen Staatsanwalt Krakow an und fragte ihn, ob er ihm neue Ermittlungsergebnisse überbringen könne. Derartige Ermittlungsergebnisse wurden von der SOKO BAWAG immer rasch und persönlich vom Staatsanwalt überbracht. Bei diesem Termin fragte Krakow nach, ob es sich um jene Ermittlungsergebnisse handle, wegen deren ihn bereits der Journalist Worm angesprochen habe. Es handelt sich tatsächlich um diese Ermittlungsergebnisse, die ich zuvor an Generalmajor Treibenreif übergeben hatte. – Zitatende. (*Obmann-Stellvertreter Parnigoni übernimmt den Vorsitz.*)

Haidinger sagt also, er hat es Ihnen gegeben. Dann gibt es diesen Anruf von Krakow, der sagt:

Worm hat mich schon nach den Unterlagen gefragt, die an Sie gegeben wurden. Im Dokument heißt es weiter:

Deshalb wies ich Dr. Salomon an, die Unterlagen an Staatsanwalt Krakow zu übermitteln, nachdem ich von Treibenreif den Auftrag bekam, dies zu tun. Wegen dieses Vorfalls habe ich Treibenreif später angesprochen und er hat mir gesagt, dass er diese Unterlage wie alle anderen auch an die Frau Bundesminister Prokop übergeben habe. – Zitatende.

Was diese mit den Unterlagen mache, wisse er nicht. Im Übrigen sagt er, dass Sie ein hochanständiger Mensch sind.

Ich sage das nur, weil so der Eindruck vermittelt wird, dass es da eine massive Feindschaft von dieser Seite gäbe. Die sehe ich nicht.

Ist das, was da steht, völlig tatsachenwidrig, absurd und falsch? Wie kommt das zustande? Was ist Ihre Meinung dazu?

Bernhard Treibenreif: Das ist eine Behauptung des Herrn Dr. Haidinger. Sie haben jetzt vorgelesen, ich hätte ihm die Weisung gegeben, er soll das an den Staatsanwalt übermitteln. Das ist völlig absurd, so eine Weisung habe ich nie gegeben. Ich brauche einer SOKO doch nicht zu sagen, dass sie Unterlagen, die ermittelt worden sind, an die Staatsanwaltschaft übermitteln!

Ich habe es bereits in meinen Ausführungen den vorhergehenden Fragestellern gegenüber gesagt: Ich kann mich nicht konkret an eine so konkrete Unterlage erinnern. Wir haben turnusmäßig unsere Wochenberichte bekommen. Dass so etwas einmal persönlich übergeben worden ist, schließe ich nicht aus.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Dass es konkret ist, habe ich nicht gesagt. Ich habe gesagt, das ist eine Unterlage. Ich weiß nicht, wie weit Sie konkret ...

Bernhard Treibenreif: Es ist aber absurd, dass ich eine Anweisung gegeben hätte, das an die Staatsanwaltschaft zu berichten. Ich habe da auch im Rahmen meiner Akteneinsicht nachgeschaut und so weiter. Man müsste auch hier die Aussage des Herrn Staatsanwaltes Krakow mit zitieren, der von dieser Angelegenheit sagt, das weiß er nicht.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Aber dass Sie eine Unterlage bekommen und an die Frau Ministerin weitergeleitet haben – egal, wie wichtig oder wie auch immer konkret diese wäre –, ist möglich?

Bernhard Treibenreif: Wir haben im Rahmen des normalen Berichtsweges natürlich immer wieder Unterlagen bekommen. Ich *schließe nicht aus*, dass einmal so ein Wochenbericht auch persönlich übergeben worden ist. Ich schließe aber aus, dass es einmal *nur* zu diesem Zweck stattgefunden haben soll.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Das ist nicht der Wochenbericht, sondern die Zusammenfassung der Ergebnisse der Auswertung von Weningers Computer. Das ist mehr als ein Wochenbericht ...

Bernhard Treibenreif: Wie gesagt, es sind Wochenberichte per E-mail übermittelt worden – kann sein, dass das auch einmal persönlich geschah –, in denen manchmal Beilagen dabei waren, nämlich Vorhabensberichte, besondere Umstände. Ich kann mich aber nicht erinnern, dass so eine konkrete Unterlage übergeben worden wäre.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Wenn Sie so etwas an die Frau Bundesministerin übergeben haben, haben Sie das schweigend übergeben, oder haben Sie mit ihr über die Angelegenheit gesprochen? Was hat da stattgefunden? Können Sie sich erinnern, was Sie mit der Frau Bundesministerin im Zusammenhang mit der BAWAG besprochen haben?

Bernhard Treibenreif: Natürlich sind Berichte an die Ressortleiterin nicht schweigend übermittelt worden, sondern es ist natürlich immer wieder auch darüber gesprochen worden, wie der Stand der Dinge ist und was die nächsten Vorhaben sind. Das war es eigentlich.

Es ist aber, wie ich bereits ausgeführt habe, nicht so gewesen, dass wir da jeden zweiten Tag einen Jour fixe gehabt hätten, sondern das war sehr sporadisch. Aber dann wurde sehr wohl darüber gesprochen, wie der Stand der Dinge war und was gerade geschah.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Haben Sie mit der Frau Bundesministerin einmal darüber gesprochen, dass es ein bisschen komisch ist, dass in den Medien immer wieder von BAWAG-Interna berichtet wurde, die die Medien gar nicht wissen konnten. War das ein Thema? Haben Sie darüber gesprochen, wie man das verhindern kann? Hat sie Ihnen in diesem Zusammenhang etwas gesagt?

Bernhard Treibenreif: Kann sein, dass es Thema gewesen ist. Konkret kann ich mich sogar erinnern, dass wir – ich oder Kollege Pils – von der Ressortleiterin über Umstände gefragt wurden, die wir gar nicht gewusst haben. Von Einvernahmen von Verdächtigen, über die in den Zeitungen berichtet wurde, haben wir im Vorfeld teilweise gar nicht gewusst. Das war natürlich manchmal ein Thema, aber das war für uns nicht zu beantworten. Weil ich weiß, dass Herr Direktor Haidinger hierzu immer wieder selbst nachgeforscht hat – selbst in der SOKO wurde angeblich festgestellt, dass irgendeine undichte Stelle nicht festzumachen ist, weil so viele Ermittlungsstellen und, ich weiß nicht, Rechtsanwälte von diesen Ergebnissen Bescheid gewusst haben.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Rechtsanwälte und Staatsanwälte, haben Sie im Protokoll gesagt.

Es wurde heute von Herrn Haidinger berichtet und von Herrn Dr. Salomon bestätigt, dass die Frau Ministerin eigentümlicherweise Herrn Haidinger aufgefordert hat, mit Herrn Worm ein Gespräch zu führen und ihm Informationen zu erteilen. Das Gespräch hat stattgefunden. Haidinger hat sich nicht wahnsinnig darüber gefreut und wurde anschließend von der Frau Ministerin zu ihr zitiert, weil die *mangelnde Informationsweitergabe* von ihr kritisiert wurde. Salomon hat bestätigt, dass es hierzu einen Bericht von Haidinger gegeben hat. Das Ganze wirkt daher nicht völlig absurd. – Welche Wahrnehmungen haben Sie diesbezüglich gemacht?

Bernhard Treibenreif: Zu diesem konkreten Fall kann ich überhaupt nichts sagen. Ich war in dieses Ersuchen, das hier behauptet wird oder in dieses Gespräch das da stattgefunden haben soll, nicht eingebunden.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Sie waren doch in unmittelbarem Umfeld der Frau Ministerin!

Bernhard Treibenreif: Es ist nicht so, dass man da täglich im Umfeld ist. Ich habe dieses Gespräch nicht wahrgenommen und weiß auch nicht, inwieweit hier Rücksprachen zwischen Haidinger und der Frau Bundesministerin stattgefunden haben.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich halte es für wirklichkeitsfremd. Es hat auch noch etwas anderes stattgefunden. Da würde ich Sie fragen, ob Sie darüber etwas wissen. Es gab nämlich den Wunsch, die Unterlagen von der Causa BAWAG dem ÖVP-Klub zu übermitteln, und zwar *bevor* sie offiziell den Klubmitgliedern aller Fraktionen zur Verfügung gestellt wurden. Da gab es ein Gespräch zwischen Ita und Haidinger.

War das ein Thema bei Ihnen oder ist das eigentlich auch so etwas, das nebenbei gelaufen ist, wovon Sie uns überhaupt nichts sagen können?

Bernhard Treibenreif: Zu diesem Gespräch oder zu diesem Ersuchen kann ich überhaupt nichts sagen. Ich habe dazu keine Feststellung gemacht.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Sie haben uns vorhin gesagt, dass Sie mit Herrn Haidinger eigentlich relativ selten Kontakt hatten und mit ihm nur Außergewöhnliches besprochen hätten. – Was sind Beispiele für so etwas Außergewöhnliches?

Bernhard Treibenreif: Außergewöhnliches stimmt nicht ganz, sondern man hat einfach Dinge zu besprechen mit dem Leiter einer kriminalpolizeilichen Zentraleinheit, die manchmal auch persönliche Besprechungen bedingen, weil auch andere Besprechungsteilnehmer dabei sind. So etwas hat natürlich immer wieder stattgefunden, auch im Kabinett.

Zum Beispiel, weil Sie konkret gefragt haben, was das sein kann: Es kann sein, dass man über die Entwicklung von Kriminalitätsanfall spricht, wenn irgendwo ungewöhnliche Steigerungen einer Deliktgruppe feststellbar sind. Dann fragt man etwa: Wie schaut die Strategie aus, die vom Bundeskriminalamt vorgegeben wird? Wird diese Strategie in den Bundesländern von den Landeskriminalämtern umgesetzt? Gibt es hier eine durchgängige Führung? Das sind für die Führung einer großen Organisationseinheit strategisch die eher relevanten Dinge.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Haben Sie irgendwelche Wahrnehmungen dazu gemacht, wie Herr Folger in die SOKO gekommen ist, wer das forciert hat und wer ihn da haben wollte?

Bernhard Treibenreif: Soweit ich weiß, hat es zu Beginn der SOKO österreichweit eine Personalinteressentensuche gegeben. Wer sich da beworben hat, weiß ich gar nicht. Ich weiß auch nicht, wer aller in der SOKO gearbeitet hat und arbeitet. Aber ich habe natürlich gewusst, dass Kollege Folger in der SOKO arbeitet.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Wissen Sie, ob diese Zuteilung befristet oder unbefristet erfolgt ist? Er war dann drei Monate dort und ist dann wieder weggegangen. War das von Anfang an geplant, oder – wenn nicht – was war die Ursache dafür, dass er doch eher bald wieder gegangen ist?

Bernhard Treibenreif: Nein, die Ursache kenne ich nicht. Wie lange Kollege Folger dort gearbeitet hat – es gibt ein paar Grenzen nach dem Dienstrecht. Zuteilungen gegen den Willen dürfen nicht länger als drei Monate aufrechterhalten werden. Aber ich glaube, das war wahrscheinlich nicht der Fall.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Warum er weggekommen ist, werden Sie nicht wissen – oder wissen Sie das?

Bernhard Treibenreif: Nein, das weiß ich nicht.

Obmann-Stellvertreter Rudolf Parnigoni: Als Nächste: Frau Kollegin Karl, bitte.

Abgeordnete Mag. Dr. Beatrix Karl (ÖVP): Herr Kollege Jarolim hat ja schon einiges angesprochen zur Causa der Übergabe der Unterlagen betreffend Geldflüsse von der BAWAG an die SPÖ an Frau Bundesminister Prokop.

Zum einen möchte ich darauf hinweisen, dass laut Einvernahmeprotokoll des Herrn Dr. Haidinger, der ja nicht gerade als unkritischer Mensch gegenüber Kollegen bekannt ist, ausdrücklich folgende Aussage von Herrn Dr. Haidinger festgehalten ist; ich zitiere: Ich halte Generalmajor Treibenreif für einen hochanständigen Menschen, und ich glaube nicht, dass er die undichte Stelle damals gewesen ist. – Zitat-Ende.

Zum anderen möchte ich auf die Einvernahme von Andreas Pilschl durch die SOKO Vorarlberg verweisen. Hier ist es darum gegangen, warum die Frau Bundesminister diese Informationen betreffend Geldflüsse von der BAWAG an die SPÖ überhaupt haben wollte. Herr Pilschl hat dazu Folgendes angemerkt.

Die Frau Bundesminister begründet ihr Interesse im Speziellen damit, dass die Republik Österreich erst wenige Wochen zuvor rund 900 Millionen € Haftung für die BAWAG übernommen habe.

Daher meine Frage an Sie: Können Sie das bestätigen?

Bernhard Treibenreif: Darf ich die Frage noch einmal hören? – Jetzt habe ich nicht konzentriert zugehört und die Frage nicht ganz mitbekommen. Entschuldigung!

Abgeordnete Mag. Dr. Beatrix Karl (ÖVP): Die Frage ist, ob Sie es bestätigen können, dass die Frau Bundesminister ihr Interesse an der Weitergabe dieser Akten betreffend Geldflüsse von der BAWAG an die SPÖ im Speziellen damit begründet hat, dass die Republik Österreich erst wenige Wochen zuvor rund 900 Millionen € Haftung für die BAWAG übernommen habe.

Bernhard Treibenreif: Konkret dieses Ersuchen habe ich nicht gehört. Es war aus meiner Sicht natürlich schon ein legitimes Interesse der Frau Bundesminister vorhanden, dass sie über die groben Zusammenhänge der Ermittlung Bescheid weiß. Aber ich habe dieses konkrete Ersuchen nicht gehört.

Abgeordnete Mag. Dr. Beatrix Karl (ÖVP): Herr Kollege Westenthaler hat wieder die Frage angesprochen, welchen Grund es dafür gegeben hat, dass BIA-Beamte in die BAWAG-Ermittlungen eingebunden worden sind. Er kann hier keinen Grund erkennen. Ich habe heute bereits mehrfach aus dem Einvernahmeprotokoll von Herrn Dr. Haidinger zitiert und tue das noch einmal. Herr Dr. Haidinger hat Folgendes gesagt: Schließlich wurde mir von Staatsanwalt Mag. Krakow mitgeteilt, dass er diese beiden Beamten für diese Ermittlungshandlungen beigezogen habe. Der Hintergrund war, dass für den Fall, dass wieder Ermittlungsergebnisse öffentlich gemacht würden, der Verdacht nicht auf die SOKO BAWAG falle.

Können Sie diese Aussage bestätigen?

Bernhard Treibenreif: Ich habe vorhin die Antwort gegeben, dass, wenn das BIA da eingeschaltet worden ist und dies über Auftrag der Staatsanwaltschaft geschehen ist, sich das außerhalb unseres Einflussbereiches abspielt und man hier natürlich nichts dagegen haben kann. Wenn also ein Staatsanwalt eine Organisationseinheit des Innenministeriums beauftragt, aus welchen Gründen auch immer, dann wird das eigentlich nicht hinterfragt beziehungsweise schon gar nicht irgendwie konterkariert. (*Obmann Dr. Fichtenbauer übernimmt wieder den Vorsitz.*)

Noch dazu gab es damals noch nicht die neue Strafprozessordnung. Jetzt gibt es die neue Strafprozessordnung; hier sind ja die Komponente der justiziellen Verfolgungsbehörde und die Komponente der polizeilichen Ermittlungsdienststelle viel enger zusammengerückt, das ist ein Hand-in-Hand. Das kann man sich nicht so vorstellen, dass da irgendwer aufzeigt und sagt: ich fange jetzt mit Ermittlungen an, noch dazu in einer so großen Causa, die doch sensibel ist. Hier wird ohne Auftrag normalerweise nichts gemacht, was die Ermittlungen irgendwie gefährden könnte.

Abgeordneter Günter Kößl (ÖVP): Von meiner Seite her eine Zusatzfrage, Herr Generalmajor: Hat es mit Dr. Haidinger in der Sache BAWAG irgendwann einmal ein Gespräch oder einen Mail-Verkehr gegeben, aus dem Haidinger hätte ableiten können, dass es eine Weisung von Ihrer Seite gibt?

Bernhard Treibenreif: Sehr geehrter Herr Abgeordneter, meiner Erinnerung nach: nein! Ich habe dem Herrn Direktor keine Weisung gegeben – wie ich bereits vorhin ausgeführt habe –, in irgendeine Richtung forciert zu ermitteln. Es hat meines Wissens von mir dazu auch keine schriftlichen Weisungen oder irgendetwas gegeben.

Ich habe es vorhin schon ausgeführt: Bei normalen Treffen, auch zu anderen Themen, wurde natürlich über den Stand der Ermittlungen gesprochen. Es wurde

selbstverständlich auch der Ressortleiterin berichtet, wie sich der Stand der Ermittlungen gerade darstellt. Aber es ist nicht so, dass hier in eine Fallführung eingegriffen worden ist. Im Übrigen hat auch Dr. Haidinger – das weiß ich aus Medienberichten – als Zeuge im BAWAG-Prozess ausgesagt: Es hat keine Einflussnahme gegeben.

Daher bin ich oft schon sehr verwundert darüber, dass, wenn man so frei von der Leber weg reden kann, gleich einmal etwas behauptet ist, was dann einfach im Raum steht. Aber wenn man später unter Zeugenpflicht aussagt, dass es keine Einflussnahme gegeben hat, dann schaut die Sache auf einmal ganz anders aus. Darüber war ich schon sehr, sehr verwundert.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Ich möchte daran anschließen und von der Begrifflichkeit „Weisung“ weggehen. Dr. Haidinger spricht immer von einem „Wunsch“. Ein Wunsch kann auch mit Nachdruck geäußert werden und muss nicht den rechtlichen Charakter einer Weisung haben, kann aber trotzdem für einen Beamten bedeuten, dass er Informationen weitergeben muss, weil ihm klar ist, was mit einem sehr dezidierten Wunsch gemeint ist.

Daher frage ich, nachdem Sie Weisungen ausgeschlossen haben, Folgendes: Hat es Ihrerseits *Wünsche* in Richtung Dr. Haidinger gegeben?

Bernhard Treibenreif: Ich würde es so bezeichnen, dass erstens einmal, wenn Dr. Haidinger geglaubt hätte, dass im Zuge eines Gespráches an ihn ein Wunsch herangetragen worden sei, der mit einer sachlichen Wahrnehmung seiner Amtsführung nicht vereinbar gewesen wäre, dann er das hätte sagen müssen beziehungsweise seine vorgesetzten Dienststellen darüber hätte informieren müssen. Er hat auch, wie bereits erwähnt, dezidiert ausgeschlossen, dass Einflussnahme auf die Ermittlungen stattgefunden habe.

Dass wir in Gespráchen anlässlich anderer Sitzungen darüber gesprochen haben: wie laufen die Ermittlungen?, wie ist der Stand?, braucht ihr etwas, Personal und so weiter?, das hat schon stattgefunden. Aber dass es dezidierte Wünsche gegeben hätte, dass genau in diese und jene Richtung ermittelt werden soll, das hat *nicht* stattgefunden.

Ich muss hier auch feststellen, dass das Verhältnis korrekt war, aber dass doch auch manchmal ein gewisses Maß an Vorsicht von meiner Seite her vorhanden war, weil eben aus der Geschichte mit Dr. Haidinger doch immer wieder erkennbar war, dass er zum Beispiel mit der Polizeireform, deren stellvertretender Leiter ich in ganz Österreich war, nicht zufrieden war und dass er in vielen Bereichen dagegen angekämpft hat.

Deswegen war das Verhältnis nicht innig; es war freundlich und korrekt, aber nicht so, dass man da Wünsche geäußert hätte.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Das heißt, Sie schließen dezidierte Informationswünsche über die normalen Wochenberichte hinaus aus?

Bernhard Treibenreif: Informationswünsche dezidiert, das würde ich nicht sagen, denn wenn ein Wochenbericht mit zusätzlichen Informationen übermittelt oder übergeben worden ist, ist das ja auch eine Übergabe von Information. Dass darüber hinaus konkret nachgefragt worden ist: wir wollen das und das wissen – es gab vorhin die Fragestellung, ob die Frau Bundesminister auf Grund der Haftung des Bundes das wissen wollte –, das schließe ich nicht aus.

Ich selbst habe diesen Wunsch auf Information in diesem Zusammenhang nicht geäußert.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie Ihre Rolle vor allem so beschrieben, dass Sie Empfänger von Berichten waren, aber selbst keine sonderlich aktiven Schritte gesetzt haben.

Können Sie ausschließen, dass es eine E-Mail-Kommunikation Ihrerseits in der BAWAG-Causa gibt, sowohl was Ladungen als auch Geldflüsse im Hinblick auf BAWAG – SPÖ betrifft?

Bernhard Treibenreif: Ich kann mich derzeit an keine E-Mail erinnern, die in diese Richtung von mir verschickt worden wäre. Ich glaube auch nicht, dass das stattgefunden hat. Dies nach zwei Jahren zu hundert Prozent auszuschließen, traue ich mich nicht, aber meiner Erinnerung nach habe ich hier nicht irgendwelche Dinge eingefordert, da noch dazu, glaube ich, diese Ladungstermine, die von Ihnen angesprochen worden sind, auch Teil der Wochenberichte waren.

Dass man natürlich Interesse daran hatte ... – Wir sind einmal von der Ressortleiterin darauf angesprochen worden, dass irgendein prominenter Verdächtiger im BAWAG-Prozess einvernommen worden ist; das haben wir gar nicht gewusst. Zum Beispiel da sind wir gefragt worden: Wisst ihr das nicht?

Dass man dann vielleicht nachfragt, ob das stimmt: ist der wirklich einvernommen worden, ja oder nein?, das schließe ich nicht aus, überhaupt nicht.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Haben Sie den Journalisten Worm persönlich gekannt?

Bernhard Treibenreif: Ich habe den Journalisten Worm persönlich vom Sehen her gekannt, würde ich sagen. Auch in meiner Funktion als Chef des Einsatzkommandos Cobra habe ich natürlich die Verpflichtung, meine Einheit, meine Organisationseinheit immer wieder auch medial zu vertreten habe; auch deswegen habe ich ihn gekannt. Ich habe ihn zum Beispiel auch gekannt, weil ich mit Bundespräsident Klestil früher sehr viel unterwegs war, als damaliger Personenschutzkommandant des Herrn Bundespräsidenten. Da war Herr Professor Worm – ich glaube, er war Professor – immer wieder auf Auslandsreisen mit.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Haben Sie im Frühjahr, Sommer beziehungsweise Herbst 2006 irgendwann persönlichen Kontakt mit dem Journalisten Worm gehabt, sei es in einer Gesprächsrunde, sei es telefonisch, sei es unmittelbar?

Bernhard Treibenreif: Nein, telefonisch schließe ich es völlig aus. Dass ich ihn vielleicht zufällig in der Stadt getroffen habe (*Abg. Mag. Steinhauser: Das ist jetzt nicht gemeint!*), das schließe ich nicht aus. Aber sonst – bei diesem einen Gespräch, das mit der Frau Bundesminister stattgefunden haben soll, war ich nicht dabei.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Haben Sie 2006, jetzt wieder Frühjahr, Sommer, Herbst, sonstige Journalistenanfragen erhalten? – Es war ja bekannt, dass Sie im Kabinett arbeiten. Hat es irgendwann Journalistenanfragen bezüglich der BAWAG-Causa an Sie gegeben?

Bernhard Treibenreif: Die Funktion eines Referenten in einem Kabinett ist nicht so, dass man schillernd im Vordergrund steht und ständig Journalistenanfragen bekommt. In meiner Funktion als Kabinettsmitglied habe ich meiner Erinnerung nach keine journalistischen Anfragen gehabt.

Damals hatte aber Österreich den EU-Vorsitz – das dürften jedoch andere Redaktionen sein, glaube ich –, und dass ich da als Cobra-Chef manchmal gefragt worden bin, wie die Sicherheitsmaßnahmen und so weiter sind, das ist auch mein tägliches Geschäft.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Aber zur BAWAG-Causa selbst können Sie sich an keine Journalistenanfragen erinnern?

Bernhard Treibenreif: Nein, aus jetziger Sicht kann ich mich an so eine Kontaktnahme nicht dezidiert erinnern.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Wenn Sie so eine Anfrage erhalten hätten, wie wäre Ihre Vorgangsweise gewesen? Hätten Sie sie selbst beantwortet (*Bernhard Treibenreif: Nein, nein!*) oder sie weitergeleitet? An wen?

Bernhard Treibenreif: Das wird normalerweise weitergeleitet entweder an den Pressesprecher im Bundeskriminalamt oder an den Pressesprecher im Haus. Die müssen entscheiden, wer dann eine Beantwortung vornimmt.

Es ist auch nichts Außergewöhnliches, wenn ein Leiter einer Dienststelle, so wie es Direktor Haidinger war oder wie auch ich einer bin, damit beauftragt wird, zu irgendeinem Thema mit einem Journalisten zu sprechen, ein Gespräch zu führen. Es kommen immer wieder Anfragen zu gewissen Themen herein, und dann wird überlegt oder entschieden, wer etwas dazu sagt – meistens ein Fachexperte oder ein Sprecher des Innenministeriums und so weiter.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wie lautet Ihre E-Mail-Adresse im Kabinett?

Bernhard Treibenreif: Meine E-Mail-Adresse lautet:
Bernhard.Treibenreif@bmi.gv.at.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Läuft der E-Mail-Verkehr im Kabinett über einen eigenen Server oder über den Server des Innenministeriums?

Bernhard Treibenreif: Das kann ich nicht beantworten, Herr Dr. Pilz.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wer ist der Administrator dieses Servers? Wer ist zuständig für die Organisation Ihres E-Mail-Verkehrs?

Bernhard Treibenreif: Wenn irgendwelche Schwierigkeiten mit dem Computer und so weiter auftauchen, wird ein Kollege aus der Fachabteilung in der Sektion IV angerufen, und dann wird dieses Problem bearbeitet. Es gibt meines Wissens keinen speziellen Bearbeiter für irgendwelche EDV-Probleme im Kabinett.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wenn Sie Ihre E-Mails abspeichern: Ist das nur auf Ihrem Computer oder Laptop? Oder auf einem zentralen Speicher?

Bernhard Treibenreif: Das weiß ich nicht, Herr Abgeordneter Dr. Pilz.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie wissen ja, was ein Laufwerk ist?

Bernhard Treibenreif: Ja, schon, aber ich weiß nicht, wo das abgespeichert ist. Ob das auf einem Zentralcomputer gespeichert ist. Wahrscheinlich; ich weiß es nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Haben Sie eine Anforderung bekommen, E-Mails im Zusammenhang mit den Beweisthemen und dem Untersuchungsgegenstand den weitermittelnden Beamten des Innenministeriums zur Verfügung zu stellen?

Bernhard Treibenreif: Darf ich die Frage noch einmal hören?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Haben Sie eine Anfrage bekommen, Ihre E-Mails, empfangene oder gesendete, die im Zusammenhang mit dem Untersuchungsgegenstand dieses Untersuchungsausschusses stehen, an den für die Weitermittlung ans Parlament zuständigen Beamten des Innenministeriums weiterzuleiten?

Bernhard Treibenreif: Sie meinen die Weitergabe meiner E-Mails an den Untersuchungsausschuss?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): So kann man es auch nennen, ja.

Bernhard Treibenreif: Ja, ich habe diese Anfrage bekommen und habe die E-Mails, soweit sie verfügbar waren, weitergegeben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wer hat unter Ihren E-Mails die Auswahl getroffen, welche E-Mails für den Untersuchungsausschuss relevant sind?

Bernhard Treibenreif: Noch einmal: Wer hat ...?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sagen wir einmal, Sie haben viele E-Mails. Jetzt muss irgendwer aussuchen, um welche E-Mails es geht; es ist ja nicht sinnvoll, alle

an den Untersuchungsausschuss zu übermitteln. Wer hat die für den Untersuchungsausschuss bestimmten E-Mails ausgesucht?

Bernhard Treibenreif: Dazu ist zu sagen, dass ich im Schnitt als Mitarbeiter im Kabinett am Tag 80 bis 100 Mails im Eingang habe, vielleicht 60 bis 100, manchmal weniger. Auf Grund der großen Datenmenge, die nach ein, zwei Jahren zusammenkommt, werden immer wieder welche von mir gelöscht, damit wieder etwas frei ist.

Die E-Mails, nach denen ich gefragt worden bin, auch im Fall Kampusch und so weiter – die übrigens auch in der Öffentlichkeit aufgetaucht sind –, habe ich natürlich jetzt übermittelt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das heißt, Sie selbst haben die Auswahl getroffen?

Bernhard Treibenreif: Es ist ja nicht so, dass jedes E-Mail Bestandteil eines Aktes ist. Im Gegenteil, die meisten E-Mails sind oft auch persönlicher Natur und so weiter, und ich glaube, dass hier schon auch gewisse Persönlichkeitsrechte zu wahren sind. Deswegen habe ich nicht irgendjemand meine E-Mails durchschauen lassen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Hat es irgendeine Kontrolle Ihrer Auswahl der E-Mails, die dem Untersuchungsausschuss übermittelt werden, gegeben?

Bernhard Treibenreif: Kontrolle durch wen?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das wäre meine nächste Frage gewesen.

Bernhard Treibenreif: Es wurde an mich das Ersuchen herangetragen, eben die E-Mails zu übermitteln, die ich noch verfügbar habe. Das habe ich gemacht, und die wurden dann weitergeleitet. Soweit ich weiß, gibt es im Innenministerium eine Sammelstelle, und von dort wird alles zentral ans Parlament übermittelt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich wollte nur wissen – das ist ja für den Ausschuss nicht irrelevant –, ob wir uns sicher sein können, dass, gut kontrolliert, möglichst alle für uns relevanten E-Mails dem Untersuchungsausschuss übermittelt worden sind.

Also Sie haben die Auswahl getroffen; das haben Sie mir bereits beantwortet. Und es hat keine dritte Person gegeben, die diese Auswahl kontrolliert hat – ist das richtig?

Bernhard Treibenreif: Wie gesagt, die E-Mails, die ich hergegeben habe, ausgedruckt habe, werden meines Wissens an einer zentralen Stelle gesammelt; ich weiß nicht, ob dort jemand drüberschaut oder nicht. Und dann werden diese E-Mails oder diese Schreiben ans Parlament übermittelt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es hätte auch eine andere Möglichkeit gegeben. Sollten am Server oder in einem Backup-System die E-Mails des Kabinetts gespeichert sein, dann müsste auch eine Möglichkeit bestehen, dass eine Person versucht – möglicherweise auch mit einer Kontrolle –, das fürs ganze Kabinett zu erledigen und möglichst systematisiert das Ganze an die Clearingstelle und dann ans Parlament zu übermitteln. Das ist, wenn ich Sie richtig verstehe, in dieser Form nicht geschehen?

Bernhard Treibenreif: Ich weiß nicht, ob das datenschutzrechtlich oder von den Rechten der Privatperson her überhaupt möglich wäre. Ich hätte keine große Freude damit, wenn meine Mails, die oft den Charakter eines Telefongespräches haben und nur geschrieben werden, weil man eben denjenigen oder diejenige nicht erreicht hat, unter Umgehung von Persönlichkeitsrechten gescreent werden.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wir haben das mit dem Verfahrensanwalt besprochen, denn das war für uns natürlich eine wichtige Frage, weil wir Datenschutzrechte nicht verletzen wollen. – Der Verfahrensanwalt hat uns darauf hingewiesen, dass die E-Mails auf einem Gerät, das in dienstlicher Funktion benutzt

wird, wie jede andere dienstliche Unterlage zu behandeln sind und den gleichen rechtlichen Status genießen wie andere Dokumente eines Angehörigen des Bundesministeriums für Inneres. Der Untersuchungsausschuss hat also selbstverständlich das Recht, dieser Unterlagen zugemittelt zu bekommen. Nachdem Datenschutz eine Aufgabe des Parlaments ist, hätte das Parlament die Aufgabe, E-Mails mit eindeutig privatem Charakter auszusondern. Wir sind aber nie so weit gegangen, weil ich persönlich es für durchaus sinnvoll halte, dass es bereits im Innenministerium ...

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Die Vertrauensperson wendet sich an den Verfahrensanwalt mit der Auffassung, dass diese Thematik nichts mit dem heutigen Beweisbeschluss beziehungsweise dem Ladungsbeschluss zu tun hat. Wenn das noch von Relevanz ist, dann würde ich das einer späteren Befragung vorbehalten. Es geht jetzt ja faktisch um die Aktenmethodik im Innenministerium, und das ist etwas weit weg vom Beweisbeschluss.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Fichtenbauer, Sie haben heute Fragen zu völlig anderen Beweisthemen zugelassen. Das ist eine Frage zu diesem Beweisthema, weil ich dahinter kommen möchte, ob möglicherweise noch weitere E-Mails zu unserem Beweisthema dem Untersuchungsausschuss durch die Art und Weise der Übermittlung nicht zugänglich gemacht worden sind.

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Ich bitte den Herrn Verfahrensanwalt um seine Meinung.

Verfahrensanwalt-Stellvertreter Dr. Walter Presslauer: Das scheint mir ein zulässiger Konnex zum Gegenstand der Untersuchung zu sein.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Danke schön. Ich versuche, es ohnehin so kurz wie möglich zu halten.

Sie haben mit dem Argument vollkommen Recht, dass E-Mails rein privater Natur nicht vom Untersuchungsgegenstand umfasst und daher vom Innenministerium nicht zu übermitteln wären.

Mir geht es nur darum: Ich möchte irgendwie dahinter kommen, ob es sich um eine vollständige, systematisierte Übermittlung handelt. Ihre Antworten haben – das ist jetzt meine sehr persönliche Bewertung – zumindest bei mir den Schluss zugelassen, dass das nicht der Fall ist, sondern dass die Auswahl sehr persönlich und von niemandem kontrolliert ist. Möchten Sie dazu noch etwas bemerken? – Bitte.

Bernhard Treibenreif: Die E-Mails, die zum Anfragegrund Bezug haben, habe ich hergegeben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich kann Sie ja schwer fragen, ob Sie E-Mails, die Ihr Verhalten in der Causa BAWAG möglicherweise in einem eher den Auskünften Dr. Haidingers entsprechenden Licht zeigen, übermittelt haben oder nicht. Das wäre eine rein rhetorische Frage. Wir werden aber vielleicht eine Möglichkeit suchen müssen, das – bei allen Respekt vor Ihrem Umgang mit Ihren E-Mails – ein bisschen besser zu kontrollieren.

Das sind eigentlich schon die wesentlichsten Fragen, ich stelle nur mehr eine letzte. Ich glaube, der Eindruck hat sich aus den Protokollen der Einvernahmen bestätigt, dass eigentlich Herr Pilsl in allem, was die BAWAG betrifft, im Kabinett der Hauptbetroffene beziehungsweise Hauptakteur war. Ist das richtig?

Bernhard Treibenreif: Ja, das ist weitgehend richtig. Ich war auch immer wieder mit diesen Angelegenheiten befasst, hauptzuständig war aber Kollege Pilsl. Das heißt aber nicht, dass ich nicht involviert war.

Abgeordneter Elmar Mayer (SPÖ): Herr Brigadier, ich möchte ergänzend kurz zu diesen E-Mails fragen, ob alle E-Mails, die Sie in diesem Zusammenhang mit Herrn Haidinger ausgetauscht haben oder die er an Sie geschickt hat, bei der Ablage mit dabei sind. Ich frage auch darum, weil Kabinettchef Switak, als wir ihn betreffend die Aktenablage von E-Mails befragt haben, gesagt hat: Da müssen Sie Brigadier Treibenreif fragen, denn er war zu dieser Zeit auch schon tätig, und daher muss er Ihnen das beantworten.

Bernhard Treibenreif: Wenn irgendwelche Aufträge erteilt oder irgendwelche Anregungen von außen an einen Minister herangetragen werden, dann werden E-Mails, die an das Innenministerium, also an die Linienorganisation, verschickt werden, normalerweise im Akt abgelegt. Wenn es sich hingegen um E-Mails handelt, die eher den Charakter eines Telefonates haben, weil man einfach eine Information austauscht, dann würden, wenn man alle ablegt, wahrscheinlich in ein paar Jahren zigtausende E-Mails zusammenkommen. Diese werden daher immer wieder gelöscht.

Abgeordneter Elmar Mayer (SPÖ): Sie haben gesagt, dass im Wesentlichen Pils für die BAWAG-Kontakte der SOKO zuständig war, und Sie haben das auch immer wieder begründet. Sie hätten hingegen eher Kontakt zur Generaldirektion gehabt. Wie erklären Sie sich im Hinblick darauf die Aussage von Generaldirektor Buxbaum? Er hat gesagt: Das Kabinett hat mich meist nicht eingebunden. Er hat also hier beklagt, dass er bei verschiedenen Aktenläufen und Vorkommnissen überhaupt nicht eingebunden war. Wie können Sie das erklären?

Bernhard Treibenreif: Jetzt müsste ich wissen, welcher Aktenlauf konkret gemeint ist. Ich weiß nicht, was er da konkret gemeint hat. Das kann ich nicht beantworten, weil ich konkret wissen müsste, auf welche Aktenlage er das bezogen hat.

Abgeordneter Elmar Mayer (SPÖ): Hinsichtlich der diskutierten Unterlagen, die wir bekommen haben, und hinsichtlich der Kontakte zwischen Kabinett und BMI hat er wiederholt gesagt, dass er zu verschiedenen Akten nichts sagen kann, weil er davon ausgeschaltet wurde.

Bernhard Treibenreif: Diese von mir angesprochenen Wochenberichte, die die SOKO erstellt hat, sind umgekehrt über die Leitung des Bundeskriminalamtes, über die Generaldirektion für öffentliche Sicherheit, an das Kabinett gelangt. Da war die Generaldirektion sehr wohl eingebunden. Und soweit mir erinnerlich ist, hat es keine oder kaum Aufträge in der BAWAG gegeben. Da war also nichts einzubinden.

Abgeordneter Elmar Mayer (SPÖ): Eine letzte Frage zum Thema Personalzuführung: Wussten Sie vom Naheverhältnis zwischen Folger und Pils?

Bernhard Treibenreif: Ob es da ein Naheverhältnis gab, weiß ich nicht, aber beide Kollegen stammen aus dem Landespolizeikommandobereich für Oberösterreich. Ich kann nicht beurteilen, ob es da eine besondere Nahebeziehung, also eine Freundschaft, gab, ich glaube aber nicht.

Abgeordneter Josef Broukal (SPÖ): Herr Brigadier! Herr Dr. Salomon hat gesagt, dass man eine Zeit lang in der Sonderkommission über die kurzzeitigen Veröffentlichungen von Vernehmungsprotokollen und auch von Vorhaben verzweifelt war. Er hat hier ausgesagt, dass sich, Wochen bevor diese Akten das Haus in Richtung Justizministerium verlassen haben, entsprechende Medienberichte fanden, sodass man in diesem Fall nicht raten muss, ob das aus dem Justiz- oder aus dem Innenministerium kam. Er hat folgende vier mögliche Quellen des Vertrauensbruchs – ungeordnet – genannt: Das Kabinett, dem er täglich nach Ende der Vernehmung schriftlich berichten musste; Exekutivbeamte der Sonderkommission selbst ... (*Abg. Mag. Kukacka: Das stimmt nicht!*) Was stimmt jetzt nicht? (*Abg. Mag. Kukacka: Sie können doch nicht*

etwas anderes behaupten, als Herr Dr. Salomon gesagt hat!) Er hat ohnehin eine Vertrauensperson. Sind Sie die zweite? Dann müssen Sie sich hier vereidigen lassen! Dr. Salomon hat berichtet, dass er jeweils am ... (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Mag. Kukacka.*)

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer (*das Glockenzeichen gebend*): Ich bitte um Ruhe! Herr Abgeordnete Broukal ist am Wort!

Abgeordneter Josef Broukal (SPÖ): Dr. Salomon hat berichtet, dass er in Richtung Haidinger jeden Abend Berichte gegeben hat und dass diese Berichte dann entlang der Linie weitergegangen sind.

Zweitens hat er gesagt, dass ein möglicher Kreis, aus dem das kommen könnte, die Exekutivbeamten der Sonderkommission selbst gewesen sein könnten.

Weiters sagt er, dass die Verteidiger sowie die Beschuldigten und Zeugen natürlich auch im Besitz der angefertigten Protokolle waren.

Salomon hat dann den für mich eigentlich sehr traurigen Satz geprägt. Er hat gesagt – und ich hoffe, Herr Kukacka, dass Sie sich daran erinnern können! –, dass man zeitweise davon ausgegangen ist, die Befragungen einzustellen, weil die kriminalpolizeiliche Arbeit dadurch zum Erliegen gekommen ist, dass durch ständige zeitnahe Veröffentlichungen Zeugen und Beschuldigte – somit der ganze Täterkreis – vorgewarnt waren.

Sie stellen uns das immer so dar, als ob Sie das nicht berührt hätte! – Ich war Journalist, und da ist man zugegebenermaßen auch sehr arbeitsteilig unterwegs. Ich war immer mit der Innenpolitik befasst. Aber ich sage Ihnen ganz ehrlich: Wenn es einen Aufsehen erregenden Kriminalfall oder eine Wirtschaftsgeschichte gab beziehungsweise sich im Ausland etwas abgespielt hat, dann habe ich auch aufgepasst. – Im Hinblick darauf habe ich Mühe, zu verstehen, dass Sie ganz so unbeteiligt waren, wie Sie heute sagen! Ich will Sie Folgendes fragen: Hat man im Kabinett daran gedacht, das Büro für interne Angelegenheiten damit zu beauftragen, diesen sehr zeitnahen Veröffentlichungen durch umfangreiche kriminaltaktische Maßnahmen auf die Spur und auf die Schliche zu kommen? – Das ist meine erste Frage.

Wenn das nicht der Fall war, dann würde ich Sie bitten, uns zu sagen, warum das in einem Kabinett, in dem lauter gute Sicherheitsbeamte sitzen, eine so abwegige Idee gewesen wäre.

Meine zweite Frage: Welche Vorsichtsmaßnahmen hat man ergriffen? Ich weiß, ganz laienhaft gesagt, mit welcher sehr gängigen Methode man herausfindet, wer Dokumente weitergibt: Im Zeitalter von Word und anderen Programmen ist es überhaupt kein Problem, die Dokumente typographisch zu verändern, also lauter Unikate anzufertigen, die sich etwa in der Zeichengröße oder durch den linken und rechten Rand unterscheiden. Deren Auftauchen im „NEWS“ als Faksimile lässt dann einen eindeutigen Schluss auf den zu, von dem das ausgegangen ist.

Sind solche Maßnahmen ergriffen worden? Und wenn nicht: Können Sie sich vorstellen, warum es keine Option war, das BIA mit allen Möglichkeiten, die es hat, oder etwa auch Mag. Polli und seine Abteilung zu beauftragen, dass sie diese undichten Stellen, die die Behörden so sehr zur Verzweiflung gebracht haben, finden.

Bernhard Treibenreif: Sehr geehrter Herr Abgeordneter, ob das BIA zur Auffindung oder zur Lösung dieser Problematik eingeschaltet wurde, weiß ich nicht. Vielleicht ist das geschehen, das weiß ich aber nicht, der Auftrag erfolgte aber nicht vom Kabinett. Das kann unter Umständen von der SOKO ausgegangen sein.

Ich weiß aber, dass das ein Thema war. Direktor Haidinger hat mich auch einmal gefragt, was wir mit Wochenberichten machen, ob wir diese weitergeben. Darauf habe

ich gesagt: Selbstverständlich nicht! Wir bereiten Informationen auf, wir machen Informationen für die Frau Bundesminister, und das war es. Und ich weiß auch, dass die SOKO interne Ermittlungen angestellt hat und dass hier wirklich nachgeforscht wurde. Ob das BIA eingeschaltet war, kann ich Ihnen jetzt aber nicht beantworten; vom Kabinett jedenfalls nicht, es kann aber sein, dass es beteiligt war. Das weiß ich nicht, es ist aber nicht ausgeschlossen. Der Vorschlag wurde vielleicht sogar umgesetzt. Zweitens haben Sie gefragt, ob Dokumente verändert wurden: Von uns nicht! Wir haben diese Wochenberichte bekommen, da gab es einen größeren Verteiler. Das ist über die Linienorganisation gegangen. Von uns ist daran aber nichts verändert und auch nichts weitergeschickt worden.

Abgeordneter Josef Broukal (SPÖ): Ihrer Beobachtung nach ist es im Kabinett etwa in diesen unregelmäßig stattfindenden Sitzungen nie ein Thema gewesen, dass da ein Maximum an kriminalistischem Sachverstand aufgewendet werden muss und dass man sich da Ergebnisse erwartet. – Soweit ich das verstanden habe, galt das BIA ja viele Jahre lang als die Crème de la crème, was diese Dinge betrifft, und wurde weit über seinen eigenen Bereich hinaus eingesetzt, weil man eben der Auffassung war, dass das eine besonders schlagkräftige Ermittlungstruppe sei.

Wurde da diesbezüglich nichts vorgeschlagen? Auch von Ihnen nicht?

Bernhard Treibenreif: Ich habe das konkret nicht vorgeschlagen. Dass immer wieder Informationen in Medien aufgetaucht sind, war sicherlich auch Thema von irgendwelchen Gesprächen. Davon gehe ich aus. Ob das BIA eingeschaltet war, kann ich nicht sagen, es ist aber möglich. Ich weiß es nicht, Herr Abgeordneter!

Abgeordneter Josef Broukal (SPÖ): Dass dieses Kabinett eine sehr arbeitsteilige Veranstaltung ist, das lernen wir heute. Jeder sitzt in seinem Zimmer, und auch wenn etwas die causa prima ist, alle Zeitungen täglich voll damit sind und Illustrierte damit aufmachen, spricht man nicht darüber.

Bernhard Treibenreif: Das kann ich jetzt gar nicht beantworten.

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Bevor ich weiteren Rednern das Wort erteile, setze ich die Befragung aus folgendem Grund kurz aus:

Nach dem Ladungsbeschluss war für die Zeit ab 16.30 Uhr Generalmajor Andreas Pilsl geladen. Jetzt ist es 18.30 Uhr, also zwei Stunden später. Das heißt, dass der Zeitplan nicht einzuhalten ist.

Ich stelle daher den *Antrag*, die geladene Auskunftsperson Generalmajor Pilsl für heute zu entlassen. Ich füge hinzu: Wir werden ihn mit Entschuldigung entlassen und in Aussicht nehmen, ihn für 13.5.2008 neu zu laden.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Wir können uns durchaus vorstellen, diesem Antrag zuzustimmen, weil es vernünftig und sinnvoll ist, diese Einvernahme zu verschieben.

Ich stelle jetzt aber formell einen weiteren *Antrag*, den wir in der Fraktionsführerbesprechung schon besprochen haben, und zwar, dass wir heute noch die Gegenüberstellung Treibenreif – Haidinger vornehmen, weil es vor allem im Zusammenhang mit der Frage der Übergabe der berühmten Weninger-Akten – wie ja jeder mit vernommen hat – zu eklatanten Widersprüchen gekommen ist. Diese Gegenüberstellung wird wahrscheinlich nicht sehr lange dauern, sie ist aber notwendig. Somit stelle ich einen diesbezüglichen Antrag.

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Der Antrag ist ordnungsgemäß gestellt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich habe den Eindruck, dass wir uns jetzt in einer Geschäftsordnungssitzung befinden.

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Ist noch eine Debatte über die Verschiebung der in Aussicht genommenen Befragung von Pilsl gewünscht?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Kollege Fichtenbauer, ich glaube, wir haben uns gerade in eine Geschäftsordnungssitzung begeben. Ich möchte nur, dass kein Formalfehler unterläuft.

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Dann müssten wir die Presse und die Öffentlichkeit kurz ausschließen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich habe nicht die geringste Lust, dass wir uns nachher vorwerfen lassen müssen, dass wir uns nicht an die Verfahrensordnung und an die Geschäftsordnung gehalten haben.

18.27

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer leitet nunmehr zum *nichtöffentlichen* Teil der Sitzung über.

(Fortsetzung 18.28 Uhr bis 18.39 Uhr unter Ausschluss der Medienöffentlichkeit; s. Auszugsweise Darstellung; nichtöffentlicher Teil.)

18.40

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer leitet wieder zum *medienöffentlichen* Teil der Sitzung über und ersucht darum, die beiden *Auskunftspersonen Dr. Herwig Haidinger* und *Brigadier Bernhard Treibenreif* zur *Gegenüberstellung* in den Saal zu bitten. *(Die Auskunftspersonen Dr. Herwig Haidinger und Brigadier Bernhard Treibenreif werden von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)* Der Obmann setzt sodann die Befragung mit der *Gegenüberstellung* der *Auskunftspersonen Dr. Haidinger* und *Brigadier Treibenreif* fort und wiederholt, dass die bereits erteilten Belehrungen hinsichtlich der Wahrheitsverpflichtung und der rechtlichen Konsequenzen von falschen Aussagen gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch weiterhin gelten.

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Es ist folgende Gegenüberstellung betreffend eines Widerspruches durchzuführen, den im Besonderen Abgeordneter Westenthaler hervorhebt.

Heute um 12.50 Uhr hat die Auskunftsperson Dr. Herwig Haidinger in der Befragung durch Abgeordneten Westenthaler auf folgende Frage, die ich wörtlich wiedergebe, eine Antwort gegeben, die ich dann ebenfalls verlese.

Westenthaler: „Jetzt die Geschichte mit den Weninger-Dokumenten vom PC des Herrn Weninger, die ja bei der Hausdurchsuchung – ich glaube, am 21. Juni – sichergestellt worden sind. Wie hat sich das abgespielt? Wie sind Sie zu denen gelangt? Hat der Herr Salomon die Ihnen gegeben oder haben Sie die angefordert? Wie sind Sie überhaupt in Kenntnis dieser Unterlagen gekommen?“

Antwort Dr. Haidinger: „Diese Unterlage hat mir Dr. Salomon persönlich in meinem Büro übergeben. Diese Unterlage habe ich persönlich an Bernhard Treibenreif, bei ihm im Büro, in der Herrengasse, im Kabinett der Bundesministerin, übergeben.“

Am heutigen Tage, vor zirka 30, 40 Minuten, hat Generalmajor Treibenreif sich auf eine auf den gleichen Inhalt abzielende Frage dahingehend geäußert, dass er dies nicht ausschließen könne, sich nicht daran erinnern könne und es möglicherweise als Anlage zu den Wochenberichten zu der Übergabe gekommen sei, er aber keine spezifische Erinnerung daran habe.

Der Widerspruch, den im Besonderen Abgeordneter Westenthaler an dieser Äußerung festmacht, liegt darin, dass dieses Nebenbei-Erlebnis, an das er sich in dieser wichtigen Sache nicht mehr erinnern könne, den wahren Kern darstellt. Aus diesem Grunde ist es zur Gegenüberstellung im Hinblick auf diesen Aussageinhalt gekommen. Wir haben uns darauf verständigt, nur diesen Aussageinhalt zum Gegenstand dieser Prozedur zu machen.

Zuerst erteile ich das Wort Herrn Abg. Ing. Westenthaler.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Danke, Herr Vorsitzender. Meine erste Frage richtet sich an Herrn Dr. Haidinger. Herr Dr. Haidinger, können Sie uns noch einmal exakt das Zustandekommen dieses Termins erklären und wie sich dieser Termin abgespielt hat? Das heißt: Wie kam es zu diesem Termin im Büro des Herrn

Treibenreif? Welches Gespräch hat dort stattgefunden? Was haben Sie ihm übergeben? Wie hat er darauf reagiert?

Dr. Herwig Haidinger: Die Information, diesen Zettel habe ich von Dr. Salomon bekommen, habe, soweit ich das noch weiß, angerufen bei Bernhard Treibenreif und habe gefragt, ob er da ist. Das war er. Ich kann mich dann noch daran erinnern, dass ich mit meinem Dienstwagen selbst in die Herrengasse gefahren bin, ich habe das dorthin gebracht und habe Bernhard Treibenreif den Zettel in seinem Büro übergeben.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): War das ausschließlich der Zettel und diese Unterlage oder war das in einem Konvolut, in einer Art Wochenbericht? Oder war das ausschließlich eine Übergabe dieser beiden Zettel?

Dr. Herwig Haidinger: Das war eine Übergabe ausschließlich dieses Zettels oder zweier. Ich glaube, es war einer.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Und der Termin hat auch ausschließlich den Sinn dieser Übergabe gehabt? (*Dr. Haidinger: Ja!*)

Dann frage ich Herrn Treibenreif, nachdem er das jetzt gehört hat, was er uns dazu mitteilt.

Bernhard Treibenreif: Sehr geehrter Herr Ingenieur! Ich habe vorhin gesagt, dass ich es nicht ausschlieÙe, von Herrn Dr. Haidinger im Rahmen der Übergabe eines Wochenberichts eine Zusatzinformation bekommen zu haben. Ich kann mich aus meiner Erinnerung *nicht* erinnern, dass irgendein ganz, ganz spezieller Übergabetermin stattgefunden hätte. Ich bleibe bei meiner Aussage von vorhin.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Ich habe noch eine Ergänzungsfrage, und zwar: Es gab ja noch eine weitere Frage von mir am Vormittag, nämlich ob Sie noch Aufzeichnungen über den genauen Termin haben. Sie haben gesagt, Sie haben keinen Zugang mehr zu Ihrem Kalender. Ist dieser Termin bei Ihnen irgendwo aufgezeichnet, eingetragen? Wissen Sie das? Ist der nachzuliefern in Protokollen?

Dr. Herwig Haidinger: Im Postfach II BKA in der Direktion des Bundeskriminalamtes gibt es diesen Kalender. Die SOKO Marent hat – ich glaube, für ein Jahr – Auszüge daraus geholt. Sie haben mich vorher gefragt, ob sie das machen dürfen. Ich sagte: Selbstverständlich, das steht Ihnen zur Verfügung. Ob dieser eine Termin dort eingetragen ist? – Ich kann es Ihnen nicht sagen.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Herr Dr. Haidinger, haben Sie in dieser Zeit mehrere Termine bei Herrn Treibenreif in seinem Büro gehabt?

Dr. Herwig Haidinger: Nein, nur diesen.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Das heißt, es hat auch keinerlei sonstige Übergaben von Sonstigem gegeben? (*Dr. Haidinger: Nein!*)

Herr Treibenreif, wissen Sie, ob Sie mehrere Termine mit Herrn Haidinger gehabt haben in dieser Zeit in Ihrem Büro oder an einem anderen Ort?

Bernhard Treibenreif: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ja, ich gehe davon aus, dass wir in dieser Zeit einige Termine hatten. Wie ich bereits vorhin erwähnt habe, nicht allzu viele, weil einfach nicht so oft Bedarf ist an irgendwelchen strategischen Besprechungen. Ich gehe aber davon aus, dass in einem Zeitraum von mehreren Monaten immer wieder Bedarf war, mit dem Herrn Direktor des Bundeskriminalamtes zu sprechen. Darum habe ich auch darauf hingewiesen, dass ich mich nicht an diesen speziellen Termin erinnern kann, dass aber sporadisch zu anderen Themen immer wieder auch Termine stattgefunden haben, um einfach Dinge mit einer Führungskraft zu besprechen, die im normalen Ablauf eines Unternehmens erforderlich sind.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Können Sie da Beispiele anführen, zu welchen Themen zum Beispiel Termine stattgefunden haben?

Bernhard Treibenreif: Ich muss Ihnen sagen, dass ich das nach zwei Jahren nicht mehr weiß. Es hat aber des Öfteren Besprechungen – des Öfteren ist übertrieben – immer wieder auch Besprechungen gegeben zu vielfältigen Themen. Der Herr Direktor wird mir in diesem Fall wahrscheinlich beipflichten: zu Kriminalstrategie, Kriminalitätsentwicklung und so weiter und so weiter.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Das heißt, ich fasse zusammen: Es hat aus Ihrer Sicht mehrere Gespräche gegeben zu verschiedensten Themen, an die Sie sich heute nicht mehr erinnern können, auch nicht an ein Gespräch über den brisanten Inhalt von Funden auf den Weninger-PC, aber Sie schließen es auch nicht aus, dass diese Übergabe stattgefunden hat.

Bernhard Treibenreif: Ich bleibe exakt bei meiner Aussage, dass es mehrere Termine im Laufe eines halben Jahres gegeben haben muss mit einem leitenden Funktionär der Generaldirektion einfach zu Tagesthemen. Dass dabei über BAWAG-Ermittlungen und so weiter gesprochen worden ist, davon gehe ich aus und das schließe ich ebenfalls nicht aus. Und dass hier mal ein Wochenbericht oder auch eine Beilage übermittelt worden ist, schließe ich auch nicht aus. Das war aber für mich nicht so spektakulär, dass ich mich jetzt ganz konkret daran erinnern kann.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Jetzt sagt uns Herr Dr. Haidinger, er war überhaupt nie mit Ihnen zusammen, um Ihnen einen Wochenbericht zu übermitteln. Was sagen Sie da dazu? Haben Sie jemals einen Wochenbericht von ihm bekommen? Beilagen zu einem Wochenbericht?

Bernhard Treibenreif: Ich gehe davon aus, denn sonst hätte ich es nicht gesagt.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Dr. Haidinger, was war der Gesprächsinhalt mit Herrn Treibenreif bei diesem Treffen? War das ein: Grüß Gott! Hier haben Sie Unterlagen zur BAWAG. Und: Auf Wiederschaun! Oder hat es dort zumindest einen Smalltalk gegeben? Hat sich Herr Treibenreif bei Ihnen bedankt? Hat er gesagt, was er mit diesen Unterlagen machen wird?

Dr. Herwig Haidinger: Ich habe den Zettel übergeben und gesagt, das ist, wie angefordert, ein Ermittlungsergebnis hinsichtlich SPÖ-Geldflüssen. Bernhard Treibenreif hat sich bedankt, und er hat mir sinngemäß auch gesagt, er würde das an die Ministerin weitergeben. Ich habe nachher – ich habe das auch schon ausgeführt – mit Bernhard Treibenreif darüber gesprochen, nachdem das nämlich veröffentlicht worden ist, und habe ihn dazu gefragt. Dazu sagte mir Bernhard Treibenreif, er hat diesen Zettel an die Chefin, an die Frau Bundesministerin, weitergegeben, was die damit gemacht hat, das wisse er nicht.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Das heißt, Sie haben bei diesem Treffen ihn dezidiert auf den Inhalt dieses Papiers aufmerksam gemacht, er hat sich bedankt, hat Ihnen gegenüber gesagt, er wird das der Ministerin weiterleiten, und hat Ihnen dann in einem anderen Gespräch bestätigt, das der Ministerin übergeben zu haben? (*Dr. Haidinger: Korrekt!*) – Danke. Ich glaube, ich habe keine weiteren Fragen.

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Haben andere Abgeordnete Fragen? – Bitte, Herr Kollege.

Abgeordneter Mag. Helmut Kukacka (ÖVP): Hoher Ausschuss! Ich stelle fest, dass das im Wesentlichen dem entspricht, was beide Herren ja auch schon vor der Marent-Kommission ausgesagt haben, deren Berichte uns ja vorliegen. Ich glaube, es liegt jetzt an der Staatsanwaltschaft, daraus irgendwelche Schlüsse zu ziehen. Ob das notwendig ist, brauchen nicht wir hier zu entscheiden.

Ich möchte nur abschließend fragen, ob Herr Dr. Haidinger bei dem bleibt, was er auch vor der Marent-Kommission ausgesagt hat:

Ich halte Generalmajor Treibenreif für einen hochanständigen Menschen, und ich glaube nicht, dass er die undichte Stelle damals gewesen ist.

Dr. Herwig Haidinger: Ich hatte, solange ich beruflich mit Bernhard Treibenreif zu tun hatte, immer den besten Eindruck von ihm, und ich bin auch der Meinung, dass er ein fähiger Offizier ist. Ja.

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Die Gegenüberstellung ist beendet. Ich danke vielmals.

18.52

(Die Auskunftsperson Dr. Herwig Haidinger verlässt den Sitzungssaal.)

18.53

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Generalmajor Treibenreif hat noch Fragen vor sich.

Abgeordneter Elmar Mayer (SPÖ): Eine Zusatzfrage hätte ich noch zu den Wochenberichten. Sie haben gesagt, dass Sie die jetzt regelmäßig bekommen haben. Wie, ist ja etwas offen in der Zwischenzeit. Es hat dann bei den Wochenberichten ab einem bestimmten Zeitpunkt keine weiteren Termine gegeben, die früher drinnen waren, wann wer zur Vernehmung geladen wird ins BKA.

Kann es dazu gekommen sein, dass Sie dann in der Folge interveniert haben oder nachgefragt haben in der Abteilung, was mit den Terminen ist und wer vorgeladen wird? Oder gab es hier weitere ergänzende Ermittlungen von Ihnen?

Bernhard Treibenreif: Nein. Also ich weiß nicht, die Wochenberichte waren immer anders gestaltet. Es war nicht so, dass hier immer wieder Termine drinnen waren. Es waren einfach teilweise Vorhabensberichte, teilweise Berichte über das, was eine Woche lang durchgeführt worden ist, oft Berichte über Hausdurchsuchungen, Zeugeneinvernahmen und so weiter. Ich habe mich nicht so im Detail beschäftigt, dass ich immer geschaut habe, was ist genau nächste Woche geplant und so weiter. Dass es einmal eine Nachfrage zu einem Wochenbericht gegeben haben kann, das ist möglich, aber das kann höchstens vereinzelt gewesen sein. Mir ist derzeit auch nicht erinnerlich, ob ich da einmal konkret irgendetwas nachgefragt hätte. Ich glaube eher nicht.

Abgeordneter Elmar Mayer (SPÖ): Ihnen ist auch nicht aufgefallen, dass plötzlich bei diesen Wochenberichten die Vorschau auf die kommende Woche gefehlt hat mit diesen Vernehmungsterminen und Ähnlichem?

Bernhard Treibenreif: Nein. Es gab die Vorschau, und über Vorhaben ist schon auch immer wieder berichtet worden, aber es wäre mir auch nicht aufgefallen, dass das gefehlt hätte. Ich glaube nicht, dass das gefehlt hat, denn es war immer so ein Rückblick und auch, glaube ich, ein Vorausblick dabei. Ich weiß nicht, ob das dann gefehlt hat. Ich glaube nicht. Also ich glaube, das ist dabei gewesen.

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer dankt, da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, der Auskunftsperson, erklärt deren Befragung für beendet, erinnert an den nächsten Sitzungstermin – 29. April, 10 Uhr, BR-Saal – und *schließt* die Sitzung.

Schluss der Sitzung: 18.56 Uhr